



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Perspektiven und Frame-Verwendung in der
Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands
rund um den Wahlsieg von *Syriza* in *SZ* und *FAZ*“

verfasst von / submitted by

Philipp Marx, Bakk. BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Hajo Boomgaarden, PhD, MA

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung:	5
1.1. Problemstellung	5
1.2. Forschungsziel und Eingrenzung des Analyse-Rahmens	7
1.3. Aufbau der Arbeit	8
2. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise	10
2.1 Die Finanzkrise	10
2.2 Finanz- und Wirtschaftskrise führen zur Schuldenkrise	14
2.3 Das europäische Krisenmanagement und innereuropäische Ungleichgewichte	15
2.4 Die aktuelle Lage der Schuldenkrise Griechenlands	19
2.5 Syriza	21
3. Überblick über den Forschungsstand: Studien zur Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands	26
4. Governance-Theorie	33
4.1. Notwendigkeit der Legitimierung von politischer Herrschaft	34
4.2. Regulierung von Märkten	35
4.3. Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerbspolitik	38
4.4. Verhandlungen und Policy-Transfer	40
5. Framing-Ansatz	42
5.1. Framing-Definition	42
5.2. Die Rolle von Journalisten im Framing-Prozess	46
5.3. Framing-Effekte	48
6. Forschungsdesign und Methode	50
6.1. Forschungsfragen, Untersuchungszeitraum und Untersuchungsgegenstand	50
6.2. Framing-Ansatz und die Inhaltsanalyse	51
6.3. Das vierstufige Framing-Konzept	52
6.4. Die Inhaltsanalyse als Methode	55
7. Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse	62
7.1. Ergebnisdarstellung	62
7.2. Zwischenfazit	73
7.3. Operationalisierung der anderen Stufen des Framing-Konzepts	75
7.4. Pretest, Validität und Intracoderreliabilität	80
8. Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse	82
8.1. Häufigkeitenanalyse	82
8.1.1. Häufigkeiten der 30 Inhaltlichen Kategorien	83
8.1.2. Tendenzframing	85

8.1.3.	AkteurInnenframing:	88
8.1.4.	Basis-Frames:	90
8.2.	Zusammenhänge der Akteure mit der Tendenz und den Basis-Frames	91
8.2.1.	Akteure und ihre Tendenz gegenüber der griechischen Regierung	91
8.2.2.	Basis-Frames und Akteure	93
8.3.	Faktorenanalyse:	95
8.3.1.	Vor dem Wahlsieg von Syriza / Erster Untersuchungszeitraum	96
8.3.2.	Nach dem Wahlsieg von Syriza / Zweiter Untersuchungszeitraum.....	96
8.3.3.	Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen.....	97
8.3.4.	SZ/Nach dem Wahlsieg von Syriza	98
8.3.5.	FAZ/Nach dem Wahlsieg von Syriza.....	99
8.3.6.	Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen	99
8.4.	Der Zusammenhang zwischen den stabilen Faktoren und den anderen Stufen der Framing-Analyse	100
9.	Interpretation der Ergebnisse	103
9.1.	Identifikation von Frames.....	103
9.2.	Zentrale Unterschiede zwischen den Untersuchungszeiträumen	111
9.3.	Zentrale Unterschiede zwischen den Zeitungen	115
9.4.	Fazit und Ausblick.....	117
10.	Abbildungsverzeichnis	125
11.	Tabellenverzeichnis.....	126
12.	Literaturverzeichnis.....	127
13.	Anhang	132
13.1.	Abstract (Deutsch)	132
13.2.	Abstract (Englisch)	134
13.3.	Codebuch	136

1. Einleitung:

1.1. Problemstellung

Die so genannte Griechenlandkrise ist ein Thema, das die Medienberichterstattung der EU-Staaten in den letzten Jahren wesentlich mit bestimmt hat. Das Ausmaß der Schuldenkrise Griechenlands kam Ende 2009 – in Folge der Finanzkrise - zum Vorschein. Der Staat stürzte in eine tiefe Rezession, mit weitreichenden sozialen Folgen. Die Schuldenlast war höher als zunächst angenommen. In der Folge wurde das Rating des Staates herabgesetzt und die Re-Kapitalisierung bzw. neue Kreditaufnahme auf den internationalen Finanzmärkten dadurch teurer. Griechenland schlitterte damit immer tiefer in eine Schuldenkrise. Neubäumer (2011) identifiziert die Offenlegung der unsoliden Haushaltspolitik Griechenlands als Hauptauslöser der so genannten Eurokrise (vgl. Neubäumer, 2011: 827ff.).

Die Debatte um die Griechenlandkrise nahm dabei laut Kutter (2014) im Vergleich zu anderen Krisen-Staaten im politischen Diskurs vieler EU-Staaten eine besondere Rolle ein (vgl. Kutter, 2014: 446f.). „However, Greece was the only one to be continuously addressed in international news and commentary.” (Kutter, 2014: 447) Bickes, Otten und Weymann (2014) kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass die Darstellung der Griechenlandkrise als selbst-verschuldet, durch die deutschen Printmedien, sehr stark dazu beigetragen hat, dass Griechenland im politischen Diskurs so eine wichtige Rolle eingenommen hat (vgl. Bickes/Otten/Weymann, 2014: 439). Die deutsche Medienlandschaft nimmt in diesem politischen Diskurs also eine besonders wichtige Rolle ein. Dies ergibt sich allein daraus, dass Deutschland im Zuge der Rettungsaktionen der Folgejahre, die höchsten Haftungen übernahm. Bisher durchgeführte Studien zur Berichterstattung deutscher Medien über die Griechenlandkrise kommen durchwegs zu kritischen Ergebnissen. Bickes, Otten und Weymann kommen etwa zu dem Schluss, dass der *Spiegel* die deutsche Regierung in diesem Kontext eher positiv thematisiert und die Krisenstaaten als abhängig vom prosperierenden Deutschland darstellt (vgl. Bickes/Otten/Weymann, 2014: 440). Mylonas (2015), der den *Spiegel* in Bezug auf den Diskurs über die Sparpolitik untersuchte, kam zu dem Schluss, dass neoliberale Ideen reproduziert wurden (vgl. Mylonas, 2015: 266). Doudaki (2015) betont auf Basis seiner Studie über griechische Medien, dass dem öffentlichen Sektor die alleinige Schuld für die Krise gegeben wird (vgl. Doudaki, 2015: 7). Ein erster Blick auf den Forschungsstand legt also die Vermutung nahe, dass speziell in deutschen Printmedien einseitig über die Griechenlandkrise berichtet wird bzw. gewisse Perspektiven und Aspekte das Thema prägen.

Grundsätzlich lässt sich wohl auch dahingehend ein Konfliktfeld identifizieren, dass sich die öffentliche Wahrnehmung in deutschen Printmedien offensichtlich von den Einschätzungen der betroffenen griechischen Bevölkerung maßgeblich unterscheiden. Dies manifestiert sich nicht zuletzt am Wahlsieg der Partei *Syriza* im Jänner 2015. Die griechischen Parlamentswahlen am 25. Jänner 2015 führten nämlich zu einem Regierungswechsel. Mavrozacharakis (2015) argumentiert, dass die griechischen Wähler¹ mit ihrem Votum gegen die Austerität gestimmt haben (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 36).

Die Austeritätspolitik, die im Zuge des Krisenmanagements in der Europäischen Union vor allem in Griechenland eingesetzt wurde, ist auch in den Wirtschaftswissenschaften bzw. in der Ökonomie sehr umstritten (vgl. Ebner, 2014: 56f.). Auch die Hauptursachen für die Schuldenkrise Griechenlands werden kontrovers diskutiert. Einige sehen systemische Ursachen als hauptverantwortlich an (vgl. Bieling, 2011: 161f.) – andere nennen Griechenland selbst als Hauptauslöser der Krise (vgl. Neubäumer, 2011: 830f.), wenngleich die Finanzkrise auch in dieser Argumentation, zumindest eine der Ursachen für den Anstieg der Staatsschulden darstellt (vgl. Neubäumer, 2011: 827). Speziell in der Ursachendiskussion und in der Frage nach dem europäischen Krisenmanagement gehen die Meinungen jedenfalls auseinander. Deshalb gilt es, im Literatur- bzw. Theorieteil der Arbeit, auf die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Perspektiven einzugehen. Für die Erfassung und für die methodische Aufarbeitung dieser komplexen Inhalte bietet sich grundsätzlich der Framing-Ansatz an. Dieser eignet sich nämlich speziell dann für die Analyse, wenn bei einem Thema plurale Wirklichkeiten vorliegen (vgl. Potthoff, 2011: 64) bzw. bei Streitthemen (vgl. Matthes, 2007: 140f.). Potthoff beschreibt die Framing-Analyse als Verfahren, das das Ziel hat, das Phänomen des Frames sichtbar zu machen. Bei der Analyse textueller Frames, eignet sich demnach besonders die Inhaltsanalyse als Methode (vgl. Potthoff, 2011: 282f.).

Aufbauend auf dieser Problemstellung ergibt sich folgende forschungsleitende Fragestellung:

Forschungsleitende Fragestellung: Welche Perspektiven und Frames werden im Rahmen der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands verwendet?

¹ Für eine bessere Leserlichkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf das durchgängige Gendern verzichtet. Die männliche Form soll dezidiert beide Geschlechter mit einschließen. Zwischendurch werden immer wieder auch beide Geschlechter (Bsp.: die Bürgerinnen und Bürger) genannt oder das Binnen-I verwendet, um die reflektierte Vorgehensweise zu unterstreichen.

1.2. Forschungsziel und Eingrenzung des Analyse-Rahmens

Der Wahlsieg des Linksbündnisses *Syriza* am 25. Jänner 2015 markierte – wie bereits kurz angesprochen - eine markante politische Veränderung in Griechenland. Der Wahlsieg kann wohl als Ausdruck der Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit den bisherigen politischen Maßnahmen, die wesentlich auch von den EU-Institutionen mitbestimmt wurden, interpretiert werden und fordert diese heraus (vgl. Mylonas, 2015: 253). Deshalb erscheint gerade der Zeitraum rund um den Wahlsieg von *Syriza* äußerst interessant. Damit kann grob ein Untersuchungszeitraum ausgemacht werden, indem etwa einige Monate vor dem Wahlsieg von *Syriza* und einige Monate danach, im Fokus der empirischen Analyse stehen könnten.

In Bezug auf einen möglichen konkreten Untersuchungsgegenstand für die Analyse, lässt sich aus der bisherigen Argumentation ableiten, dass vor allem deutsche Printmedien im Kontext der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands, eine wichtige Rolle eingenommen haben. Laut Früh (2015) werden meist die überregionalen Abonnementzeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung* als Leitmedien im Printbereich bezeichnet. Hinzu kommen noch Wochenzeitungen wie die *Zeit*, *Spiegel* und der *Focus* (vgl. Früh, 2015: 205). Für die konkrete Wahl des Untersuchungsgegenstandes erscheint es an dieser Stelle sinnvoller, Tageszeitungen heranzuziehen, da man hier vermuten könnte, dass eher unbewusst (im Vergleich zu den Wochenzeitungen) gewisse thematische Perspektiven und Frames vermittelt werden. Und gerade diese unbewusste Verwendung erscheint vor dem Hintergrund der Problem- und Fragestellung besonders interessant.

Das Ziel der Abschlussarbeit ist es dementsprechend, herauszufinden, aus welchen Perspektiven und mit welchen Schwerpunkten die Schuldenkrise Griechenlands, in den untersuchten deutschen Printmedien und rund um den Wahlsieg von *Syriza*, thematisiert wird.

Der gewählte Zeitraum gibt einen Einblick in eine Phase der medialen Berichterstattung, als die Schuldenkrise Griechenlands, rund um den Wahlsieg von *Syriza*, sehr ausführlich und kontrovers diskutiert wurde. Die unterschiedlichen Facetten und Perspektiven, mit denen dieses komplexe wirtschaftspolitische Themenfeld potenziell thematisiert werden kann, gilt es im Vorfeld der empirischen Analyse, kritisch zu diskutieren. Ziel der Literaturdiskussion muss es demnach sein, die Hauptkonfliktfelder und die dominierenden Argumentationen, die im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands vorgebracht werden, hervorstreichen und miteinander in Beziehung zu setzen. Ziel der Literaturdiskussion ist außerdem, konkrete Forschungsfragen herauszuarbeiten, die damit auch das konkrete Forschungsdesign bestimmen und festlegen.

1.3. Aufbau der Arbeit

Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und Überblick über den Forschungsstand

Die Komplexität des gewählten Themenfelds *Schuldenkrise Griechenlands* wird in der Abschlussarbeit in einem eigenen Kapitel thematisiert. Damit sollen die unterschiedlichen Perspektiven, mit denen dieses Problemfeld thematisiert werden kann, dargestellt werden. Dabei stehen die Zusammenhänge zwischen Finanz- und Schuldenkrise, die multiplen Ursachen für die Schuldenkrise, sowie europäische und globale Zusammenhänge des Problems im Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Außerdem wird konkret die aktuelle wirtschaftspolitische Situation Griechenlands und die Position und Rolle der Partei *Syriza* kritisch diskutiert. Anschließend wird ein Überblick über den bisherigen Forschungsstand gegeben. Dabei werden bereits durchgeführte Studien zur Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands thematisiert und Schlussfolgerungen, die Anregungen für die Interpretation der Ergebnisse der eigenen Forschungsarbeit liefern können, getroffen.

Theoretische Konzepte

Zwei theoretische Konzepte stehen anschließend im Fokus der Arbeit. Dabei wird einerseits die Governance-Theorie, die im Wesentlichen die Interdependenzen verschiedener gesellschaftlicher Akteure beschreibt, als theoretischer Anhaltspunkt für die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands herangezogen. Die Governance-Theorie verfolgt grundsätzlich einen interdisziplinären Zugang und verknüpft politik- und wirtschaftswissenschaftliche, sowie soziologische Perspektiven. Bei der Diskussion der Governance-Theorie stehen theoretische Konzepte wie die Regulierung von Märkten, Verhandlungsmacht bei internationalen, politischen Entscheidungsfindungen, Policy-Transfer und die Wettbewerbsfähigkeit im Zentrum. Damit fokussiert die Behandlung der Governance-Theorie auf die inhaltliche Ebene dessen, was die Inhaltsanalyse empirisch zu erfassen versucht.

Und andererseits wird der kommunikationswissenschaftliche Framing-Ansatz als theoretisches Konzept für die Forschungsarbeit herangezogen. Dieser dient für das Verständnis und die konkrete kommunikationswissenschaftliche Verarbeitung der untersuchten Kommunikationsinhalte. Auf der Grundlage des Framing-Ansatzes wird ein Framing-Konzept konzipiert, auf dessen Basis die empirische Methode der Inhaltsanalyse durchgeführt wird.

Methodische Vorgehensweise

Die methodische Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit ist als vierstufige Framing-Analyse konzipiert, die sich in der methodischen Umsetzung an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring und an der integrativen Inhaltsanalyse nach Werner Früh orientiert. Diese vierstufige Framing-Analyse baut auf der zuvor geführten Literatur-Diskussion und auf den daraus abgeleiteten Forschungsfragen auf.

2. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise

Im ersten Kapitel des Theorieteils der vorliegenden Arbeit werden nun die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise allgemein, und auch die konkrete Situation Griechenlands konkret, dargestellt. Dabei steht zunächst eine kurze Aufarbeitung der Finanz- und Weltwirtschaftskrise aus Perspektive der Politischen Ökonomie im Fokus, da diese als eine der Hauptursachen für das Ausbrechen der Schuldenkrise in den Euroländern – und allen voran in Griechenland – identifiziert werden kann. Die Perspektive der Politischen Ökonomie wird deshalb gewählt, weil die vorliegende Arbeit dem Anspruch einer interdisziplinären Herangehensweise gerecht werden will. Im Zuge des Literaturstudiums stellt sich außerdem heraus, dass es in erster Linie die wissenschaftliche Disziplin der Politischen Ökonomie war, die sich mit den Ursachen und Problemfeldern der Weltwirtschaftskrise differenziert auseinandergesetzt hat. Die nachfolgenden Ausführungen und Darstellungen dienen für die weitere theoretische und empirische Vorgehensweise in der vorliegenden Arbeit als Kontextinformationen, die eine theoretisch reflektierte Herangehensweise ermöglichen sollen. Gleichzeitig können im *Kapitel Interpretation der Ergebnisse* dadurch Rückschlüsse getroffen und Querverbindungen gezogen werden.

2.1 Die Finanzkrise

Da es sich bei der Finanzkrise und vor allem bei den Ursachen für dieselbe um ein sehr stark polarisiertes und konfliktbehaftetes Themengebiet handelt, gilt es hier besonders, möglichst transparent zu machen, mit welchen Quellen man arbeitet, um sie in dieser Kürze (eine ausführliche Behandlung würde den Rahmen dieser Magisterarbeit sprengen) darzustellen. Die Literaturquelle für die folgenden einleitenden Ausführungen ist in erster Linie der Sammelband „Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise“ in der Reihe „Globale Politische Ökonomie“ – herausgegeben von Brigitte Young, Hans-Jürgen Bieling, Oliver Kessler und Andreas Nölke. Young arbeitete zum Zeitpunkt der Veröffentlichung als Professorin am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Münster (vgl. Kessler, 2011: 251) und arbeitete in den Folgejahren unter anderem als Expertin für die EU-Kommission. Bieling lehrte unter anderem Politik und Wirtschaft (Political Economy) und Wirtschaftsdidaktik am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen und war Professor für Politik und Organisation der Zivilgesellschaft im europäischen und globalen Kontext an der Hochschule Bremen (vgl. Kessler, 2011: 249). Kessler lehrte am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Erfurt und war Professor für Geschichte und Theorie der

Internationalen Beziehungen an der Universität von Groningen (vgl. Kessler, 2011: 249). Andreas Nölke ist seit 2007 Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie, am Fachbereich Sozialwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt (vgl. Kessler, 2011: 250). Insgesamt lässt sich also eine politikwissenschaftliche Perspektive attestieren, die aber den Anspruch einer interdisziplinären Herangehensweise betont. Die Vernetzung der Sphären Politik und Wirtschaft in Form der Politischen Ökonomie erscheint gerade im Kontext der vorliegenden Thematik als sehr nützlich und sinnvoll. Immerhin verkörpert die Schuldenkrise Griechenlands geradezu ein Paradebeispiel für die enge Verflechtung von Ökonomie und Politik (mehr Details zu den Zusammenhängen von Ökonomie und Politik sind auch im *Kapitel Governance-Theorie* zu finden). Die vorliegende Arbeit verfolgt grundsätzlich den Anspruch, einer interdisziplinären Vorgehensweise gerecht zu werden.

Kessler (2011) argumentiert, dass es verschiedene Erklärungsansätze für die Finanzkrise gibt, da hierbei auch verschiedene Dynamiken aufeinandertreffen. Er macht dabei im Wesentlichen drei Themenfelder aus. Erstens die Spekulationsblase am amerikanischen Immobilienmarkt. Zweitens neue Finanzprodukte, die zur Ausbreitung der Krise beigetragen haben und drittens die institutionellen und regulatorischen Veränderungen (vgl. Kessler, 2011: 7). Young (2011) sieht den Ursprung für die globale Finanzkrise im US-amerikanischen Subprimebanksektor. Demnach waren der Wandel der makroökonomischen Verhältnisse in den USA in Kombination mit den komplexen Finanzverbriefungen am Immobilienmarkt die Hauptursachen für die Finanzkrise. Young bezeichnet die neuen makroökonomischen Verhältnisse in den USA auch als privatisierten Keynesianismus, bei dem vor allem die ärmeren Schichten der Gesellschaft die Kosten und Risiken zu tragen haben (vgl. Young, 2011: 15f.). Dieser privatisierte Keynesianismus steht für ein über Konsum finanziertes und privatverschuldetes makroökonomisches Modell, das sich in den USA demnach in den 1990er Jahren etabliert hat (vgl. Young, 2011: 33).

„Die ‚Schuld‘ lag aber nicht bei den überschuldeten Hausbesitzern und auch nicht bei einzelnen Finanzinstituten, sondern in einem systemischen Problem des Finanzkapitals“ (Young, 2011: 25)

Young sieht in der Finanz- und Wirtschaftskrise also vielmehr ein systemisches Problem, als das Zusammenwirken einzelner Dynamiken. Kessler dagegen spricht auch von institutionellen Veränderungen in Folge der Krise, die sich für ihn vor allem in den staatlichen Interventionen und den Verstaatlichungen von Banken widerspiegeln, die Ausdruck eines diskursiven Wandels

sein. Eine proaktive Fiskalpolitik hat demnach wieder an Legitimität gewonnen (vgl. Kessler, 2011: 11f.).

Als eine der Hauptursachen für die Wirtschaftskrise wird häufig die Machtverschiebung zwischen dem Finanzsektor und dem produktiven Wirtschaftssektor gesehen. Dieses auch unter dem Begriff Finanzialisierung bekannte Phänomen beschreibt eine Verschiebung der Bedeutung von Einkommen aus Lohnarbeit und Produktion, hin zu Profiten aus Finanzgeschäften (vgl. Heires/Nölke, 2011: 38f.).

„In der Regel wird der Druck der Finanzmärkte daher hauptsächlich in Form von Lohnkürzungen, Umstrukturierungen sowie intensivierter Arbeit an die Beschäftigten weitergegeben.“ (Heires/Nölke, 2011: 40f.)

Heires und Nölke argumentieren, dass irreführende Risikobewertungen durch Rating-Agenturen, die eine zentrale institutionelle Komponente des Finanzsystems sind, entscheidend zur Entstehung der Subprime-Krise beigetragen haben (vgl. Heires/Nölke, 2011: 45). Laut Sinclair liegt ein grundlegendes Problem der Rating-Agenturen darin, dass die Ratings von den bewerteten Unternehmen bezahlt werden. Dieser Interessenskonflikt stelle demnach ein Problem für die Qualität des Ratings dar (vgl. Sinclair, 2011: 183). Demnach kam nach der Subprime-Krise viel Kritik an den Ratingagenturen auf, weil die Bewertungen falsch waren (vgl. Sinclair, 2011: 190). Langenohl weist im Kontext der Subprime-Krise auch darauf hin, dass Finanzmärkte Deutungsökonomien sind. Dies zeigt sich an der geradezu paradigmatischen Reputation einiger Akteure (vgl. Langenohl, 2011: 95). Für diese besondere Reputation eines Finanzmarktakteurs sind die angesprochenen Ratingagenturen ein gutes Beispiel. Heires und Nölke kommen generell zu dem Schluss, dass die aktuelle Phase der Finanzialisierung sehr anfällig für Finanzkrisen ist und diese entscheidend zur Entstehung und Verschärfung der Krise beigetragen hat (vgl. Heires/Nölke, 2011: 47).

Bei der Gegenüberstellung der Argumentationen von Kessler und Young weiter oben, wurde schon ersichtlich, dass ein Hauptkonfliktfeld in der Analyse der Weltwirtschaftskrise, die Frage ist, ob es sich dabei um eine systemische Krise handelt oder nicht. Auch Mügge (2011) stellt sich die Frage, ob es sich dabei um eine Krise innerhalb der Weltwirtschaft handelt oder um eine Krise der Weltwirtschaft selbst. Er verknüpft dies mit der Frage, ob die Krise von den inneren Widersprüchen des Kapitalismus getrieben ist (vgl. Mügge, 2011: 53). Mügge beantwortet diese Frage selbst ganz klar mit Nein. Das Ausmaß der Krise sei demnach eher dem Zufall geschuldet, als einem inhärenten Systemfehler des globalen Kapitalismus. Er

argumentiert im Wesentlichen, dass es sich dabei in erster Linie um eine Derivat-Krise handelt. Demnach gibt es eine lose Verknüpfung verschiedener Ursachen (vgl. Mügge, 2011: 54).

Die lose Verknüpfung dieser Ursachen bedeutet, dass sich die gegenwärtige Krise nicht auf eine alles überspannende Dynamik reduzieren lässt, sei es die ‚Vermarktung‘ der Gesellschaft oder der Niedergang amerikanischer Wirtschaftshegemonie.“ (Mügge, 2011: 54)

Diese Argumentation spricht also klar gegen systemische Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise und unterscheidet sich damit etwa klar von jener von Heires und Nölke bzw. Young, wie weiter oben dargestellt. Dieser Konflikt ist deshalb so interessant für die vorliegende Arbeit, weil damit bis zu einem gewissen Grad auch eine ideologische Sichtweise mitschwingt, die bei der Forschungsthematik „Berichterstattung über die Griechenlandkrise“, gerade vor dem Hintergrund des Wahlsiegs von *Syriza*, immer mit zu bedenken ist.

Mügge, der die Finanzkrise also als nicht-systemisch begründet ansieht und sie in erster Linie als Derivat-Krise bezeichnet, identifiziert vor allem zwei Derivat-Produkte die jedenfalls wesentlich zur Finanzkrise beigetragen haben: Credit Default Swaps (CDS) und Collateralized Debt Obligations (CDO). Mit CDOs werden grob gesagt Kreditausfallrisiken umverteilt. Dabei werden vermeintlich sehr sichere Anlagen mit extrem risikvollen vermischt (vgl. Mügge, 2011: 55f.). Diese CDOs haben bei der Subprimekrise am US-amerikanischen Immobilienmarkt eine entscheidende Rolle gespielt. Dadurch haben Kredite, die ein sehr hohes Ausfallrisiko hatten, durch die Bündelung mit anderen Anlagen zu einem CDO, eine hohe Bewertung von den Ratingagenturen bekommen.

Die Credit Default Swaps sind vom Prinzip her mit einer Versicherung vergleichbar. Sie sind Kreditausfallsversicherungen. Man versichert sich etwa gegen den Bankrott einer Firma oder eines Staates. Der entscheidende Unterschied zu einer normalen Versicherung – etwa bei einem Auto – ist allerdings, dass ein CDS dem Käufer erlaubt, sich gegen einen Bankrott einer Firma zu versichern, auch wenn er ihr gar kein Geld geliehen hat (vgl. Mügge, 2011: 56f.). Das bedeutet letztlich, dass man auf den Bankrott einer Firma wetten und damit eine Menge Geld verdienen kann. Dies ist deshalb auch so relevant, weil auch im Zuge des Aufkommens der Schuldenkrise Griechenlands, Credit Default Swaps gekauft wurden, um sich gegen den Bankrott zu versichern oder eben um darauf zu wetten. Wenn viele Anleger in diese Credit Default Swaps für Griechenland investieren, bedeutet das gleichzeitig, dass das Rating vermutlich herabgesetzt wird und eine erneute Kreditaufnahme durch die erhöhten Zinsen am Kapitalmarkt deutlich teurer wird. Aufgrund dieses direkten Zusammenhangs mit der Schuldenkrise Griechenlands und als eine von mehreren Ursachen dafür, erschien es

erforderlich, hier im Rahmen dieses Kapitels kurz auf zwei der in diesem Kontext wichtigsten Derivat-Produkte einzugehen, ohne dabei zu sehr in ökonomische Details zu gehen.

2.2 Finanz- und Wirtschaftskrise führen zur Schuldenkrise

In Folge des Ausbrechens der Finanzkrise, von der nun einige Charakteristika dargestellt wurden, haben viele Staaten zur Bewältigung ebendieser Krise große Schuldenlasten aufgenommen.

„Tatsächlich haben vor allem die atlantischen OECD-Staaten als ‚lenders of last resort‘ zur Bewältigung der Finanzkrise gewaltige Schuldenlasten in ihren öffentlichen Haushalten angehäuft, die nun in eine Fiskalkrise münden.“ (Ebner, 2014: 56)

Damit ist ein direkter Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und der Fiskal- bzw. Staatsschuldenkrise gegeben.

„Auf absehbare Zeit drohen anhaltende Budgetdefizite mit weitreichenden Einschränkungen politischer Handlungsspielräume (...) So ergibt sich die paradoxe Situation, dass das Versagen der Finanzmärkte einer weiteren Expansion von Marktmechanismen sogar noch Vorschub leistet.“ (Ebner, 2014: 56)

Ebner nimmt hier also eine sehr kritische Position ein und argumentiert, dass gerade die von den Finanzmärkten ausgelöste Krise, eine weitere Stärkung von Marktmechanismen nach sich zieht. Damit zählt er wohl zu jenen Autoren, die die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und in direkter Folge auch der Schuldenkrise, als systemisch ansehen (vgl. Ebner, 2014: 56).

Der starke Anstieg der Staatsverschuldung hat laut Ebner auch dazu geführt, dass ein länderübergreifendes Schuldenmanagement im Euroraum etabliert wurde. Schuldner waren dabei die europäischen Nationalstaaten und Gläubiger waren die privaten Akteure des Finanzsektors. In diesem Kontext sind demnach auch die strikten Sparprogramme, die den Schuldnerstaaten auferlegt werden, zu sehen – dies sei laut Ebner mit dem Ziel geschehen, bei den Finanzmarktakteuren positive Erwartungshaltungen zu schaffen. Er kritisiert, dass supranationale Kollektivregelungen die staatliche Haushaltssouveränität direkt einschränken (vgl. Ebner, 2014: 56f.).

2.3 Das europäische Krisenmanagement und innereuropäische Ungleichgewichte

Auch Bieling sieht systemische Ursachen als hauptverantwortlich für die Krise an und kritisiert die europäische Krisenpolitik. Er attestiert der Europäischen Union eine schwache, in sich widersprüchliche, interne europäische Krisenpolitik. Die angekündigten und gesetzten Maßnahmen tangieren demnach die eigentlichen Ursachen der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise nur geringfügig (vgl. Bieling, 2011: 161f.).

Die Liberalisierung und Deregulierung des europäischen Finanzmarktes sind demnach zwei der Hauptursachen für die Finanzkrise (vgl. Bieling, 2011: 167). Hinzu kommen laut Bieling noch einige innereuropäische Faktoren. Dabei kritisiert er vor allem strukturelle Ungleichgewichte bei den innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Bieling, 2011: 170).

Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten haben aber gleichzeitig auch durch Krisenfonds und finanzielle Unterstützung einzelner Banken, das Finanzsystem stabilisiert und haben zudem auch durch einige Konjunkturpakete, die wirtschaftliche Entwicklung wieder angekurbelt (vgl. Bieling, 2011: 170). Bieling streicht also durchaus auch positive Aspekte des europäischen Krisenmanagements heraus. Der Hauptkritikpunkt richtet sich darauf, dass die falschen Debatten über die Ursachen geführt wurden. Demnach haben die Debatten über die Austrocknung von Steueroasen und über die Kontrolle von Hedgefonds die eigentlichen Ursachen der Krisendynamik aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt – nämlich die Währungskonkurrenz in Verbindung mit der kompetitiven Deregulierung der Finanzmärkte. Diese - aus Bielings Sicht – Hauptursachen wurden nur sehr indirekt bekämpft. In Bezug auf die Debatte über weitere europäische Konjunkturprogramme kritisiert Bieling vor allem die Position Deutschlands, die den Diskurs über die Sparpolitik und Haushaltskonsolidierung neu belebt habe. Dies sei vor allem vor dem Hintergrund von nationalen Präferenzen zu sehen, die letztlich auch jene Vorstöße zu einer weitergehenden europäischen Vergemeinschaftung unterbanden – wie etwa eine europäische Wirtschaftsregierung (vgl. Bieling, 2011: 172f.).

Eine Hauptursache für das Ausmaß der Euro- und Schuldenkrise in Europa sieht Bieling in den ungleichmäßigen, innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Einigen Staaten (vor allem in Süd- und Osteuropa) mit einem beträchtlichen strukturellen Defizit, stehen wenige Überschussländer – allen voran Deutschland – gegenüber. Das Problem sieht Bieling in diesem Zusammenhang in der gemeinsamen Währung, der demnach nur sehr bescheidende europäische Instrumente eines Lastenausgleichs gegenüberstehen. (vgl. Bieling, 2011: 174). Dem öffentlichen Diskurs, der Deutschland oft als Geldgeber und Griechenlands Retter nennt,

stellt Bieling eine konkrete Mitschuld Deutschlands an der ungleichen Krisensituation gegenüber.

„Zum anderen wird dieses Grundproblem noch dadurch verstärkt, dass die deutsche Wettbewerbsstrategie – d.h. die komparative Absenkung der Löhne, Einkommen und Sozialleistungen – diese Konstellation zum Teil aktiv herbeigeführt hat.“ (Bieling, 2011: 174).

Dieser Absenkung der Löhne, Einkommen und Sozialleistungen standen höhere Löhne und Inflationsraten in den vor allem südeuropäischen Ländern gegenüber, die deshalb auch aufgrund der gemeinsamen Währung Wettbewerbsnachteile hinnehmen mussten (vgl. Bieling, 2011: 176). Bieling kritisiert im Kontext des europäischen Krisenmanagements auch die deutsche Tagespresse.

„Das zurückhaltende europäische Krisenmanagement wird in der deutschen Tagespresse oft eher positiv als Ausdruck einer nicht-aktionistischen Politik mit Augenmaß honoriert. Angesichts der in diesem Beitrag aufgezeigten ökonomischen Strukturprobleme und der vielfältigen Gefahren eines sich wechselseitig verstärkenden Krisenstrudels liegt letztlich jedoch eine andere Lesart sehr viel näher.“ (Bieling, 2011: 178)

Mit Bezug auf Bieling wurde bereits die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Währungsunion – Stichwort Währungskonkurrenz - angesprochen. Ebner sieht darin auch die Politik der Austerität begründet, die er als Fortsetzung des angebotspolitisch verkürzten Paradigmas der Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet. Diese wirtschaftspolitischen Programme werden demnach als alternativlos bezeichnet (vgl. Ebner, 2014: 57). Ebner kann als scharfer Kritiker der Austeritäts- bzw. Sparpolitik identifiziert werden. Er sieht darin also eine Fortsetzung eben jener Wirtschaftspolitik, die die Finanz- und Wirtschaftskrise mitverschuldet hat. Ebner argumentiert, dass die Austeritätsprogramme eine tendenzielle Entdemokratisierung der wirtschaftlichen und politischen Systeme bewirken. Gleichzeitig werde das Versagen der Finanzmärkte durch das überschuldungsbedingte Staats- und Politikversagen überlagert. Die Austeritätspolitik zielt demnach darauf ab, eben jene öffentliche Verschuldung, die für die Stabilisierung der Finanzmärkte aufgenommen wurde, abzubauen. Und eben jene Austeritätsprogramme bewirken einen weiteren Vermarktlichungsschub (vgl. Ebner, 2014: 57ff.).

„Die Legitimationsproblematik betrifft also paradoxerweise weniger das Marktsystem selbst, sondern vielmehr den überschuldeten Staat, der zuvor mit öffentlichen Mitteln für die Stabilisierung der Märkte gesorgt hat.“ (Ebner, 2014: 59)

Dieser Argumentation zufolge führt die Austeritätspolitik automatisch zu einer weiteren Dominanz der Finanzmärkte. Dies erscheint deshalb jedenfalls zum Teil schlüssig, da der Staat aufgrund der Sparpolitik in seinem Handeln eingeschränkt wird und eventuell durch Privatisierungen weitere Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Privatbereich verliert. Young (2014) widerspricht an dieser Stelle bis zu einem gewissen Grad. Sie betont, dass die deutsche Austeritätspolitik kein Ausdruck neoliberaler Ideologie ist. Vielmehr sei die Verfolgung von Preisstabilität als oberstem Ziel, einer ordoliberalen Ausrichtung zu zuschreiben. Diese Politik setze nämlich strikte Regeln für die Geld- und Fiskalpolitik voraus und distanziert sich damit klar vom Neoliberalismus und dessen Vertrauen in die freien und selbstregulierenden Marktkräfte. Die Ordoliberalen argumentieren dagegen, dass die Finanzmärkte einen strikten Ordnungsrahmen benötigen (vgl. Young, 2014: 64f.).

„Ziel des Ordoliberalismus ist es (...) einen vertraglichen Ordnungsrahmen in der Eurozone durchzusetzen, um die Auswirkungen der globalen neoliberalen Finanzialisierung (insbesondere auf den Anleihenmärkten) durch Regeln zu bändigen.“ (Young, 2014: 65)

Im Gegensatz dazu steht im Neoliberalismus die radikale Freiheit der Finanzmärkte und die Finanzialisierung aller politischen und wirtschaftlichen Bereiche im Mittelpunkt. Die festen Regeln der Geldstabilität, die laut Young die Überschussländer (allen voran Deutschland) implementieren, sprechen gegen eine neoliberale Einordnung dieser Politik (vgl. Young, 2014: 67f.). Gleichzeitig gibt Young aber auch zu bedenken, dass neoliberale Finanzialisierungsprozesse auch im ordoliberalen System präsent sind (vgl. Young, 2014: 69).

Wenn man das europäische Krisenmanagement bzw. die Austeritätspolitik nun als ordoliberal kennzeichnet, lohnt es sich wohl, zu hinterfragen, welche Krisenursachen Vertreter dieser wirtschaftspolitischen Überzeugung nennen. Laut Young vertritt die Mehrheit der deutschen ordoliberalen Ökonomen die Meinung, dass die Schuldenkrise vor allem auf fiskalpolitische Disziplinlosigkeit zurückzuführen ist. Demnach haben die niedrigen Zinsen auf den Kapitalmärkten zum folgenden Konsumrausch in den südlichen Staaten der Eurozone geführt. Demzufolge können zukünftige Krisen nur mit verbindlichen Regeln verhindert werden (vgl. Young, 2014: 70f.). Auch damit ist wohl mit Sicherheit ein wichtiger Faktor für die besondere Tragweite der Schuldenkrise in manchen Euroländern angesprochen. Gleichzeitig sollte auch nicht vergessen werden, wie Neubäumer 2011 in der Fachzeitschrift *Wirtschaftsdienst* argumentiert, dass die Finanzkrise die eigentliche Ursache für den Anstieg der Staatsschulden war (vgl. Neubäumer, 2011: 827). Neubäumer geht aber durchaus differenziert an die Ursachen-Suche heran und identifiziert darüber hinaus die Offenlegung der unsoliden

Haushaltspolitik Griechenlands als Hauptauslöser der so genannten Eurokrise, betont aber gleichzeitig, dass eine solche Haushaltspolitik ohne innovative Finanzierungstechniken, die letztlich auch zur Finanzkrise geführt haben, nur schwer möglich gewesen wäre (vgl. Neubäumer, 2011: 827). Spätestens an dieser Stelle wird klar ersichtlich, dass auch die Gründe und Ursachen für die Schuldenkrise – ebenso wie für die Finanz- und Wirtschaftskrise – mannigfaltig sind und je nach Argumentationsweise mal jener und mal ein anderer Aspekt besonders hervorgehoben wird.

Die bisherige Argumentation der vorliegenden Arbeit legt jedenfalls einen engen Zusammenhang zwischen der Finanz- und der Schuldenkrise nahe. Außerdem wurden bereits strukturelle Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ausgemacht. Neubäumer (2011) unterstreicht in ihrem Fachzeitschrift-Artikel einige Kernelemente der bisherigen Argumentation. Sie betont, dass die gemeinsame Währung die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte noch verstärkt hat, und den südeuropäischen Staaten zu niedrige Zinsen am Kapitalmarkt ermöglicht hat, die zu einer exzessiven Kreditvergabe, sowie zu Preis- (Inflation) und Lohnsteigerungen geführt haben. Diese Steigerungen sind vor allem im Vergleich zu Deutschland zu sehen (Neubäumer, 2011: 828f.).

„Die Reallöhne wurden in den GIPS-Staaten stärker als die Produktivität erhöht, während die deutschen Reallöhne sogar leicht sanken und damit weit hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieben.“ (Neubäumer, 2011: 829)

Die Entwicklungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit konnten nicht durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden und damit stiegen die Leistungsbilanzdefizite vor allem in den südeuropäischen Staaten (vgl. Neubäumer, 2011: 829). Griechenland hatte die Haushaltsdefizite beim Eintritt in die Eurozone gezielt zu niedrig ausgewiesen. Das Publik-Werden löste Spekulationen gegen griechische Staatsanleihen (wie weiter oben anhand von Credit Default Swaps geschildert) und damit letztlich die Eurokrise aus (vgl. Neubäumer, 2011: 830f.). Interessant ist, dass sich laut Neubäumer schon 2004 herausstellte, dass Griechenland seinen Beitritt zur Eurozone nur mit falschen Angaben erreicht hatte. Dies sei mit der Hilfe der Investmentbank *Goldman Sachs* geschehen, die dies durch innovative Finanzierungstechniken bewerkstelligt hätte (vgl. Neubäumer, 2011: 831). Zu den bekannten Folgen führten diese falschen Zahlen aber erst 2009/10, weil ein Teil der regelmäßigen Staatseinnahmen Griechenlands aufgrund der Zahlungsausfälle als Folge der Finanzkrise wegfielen. Erst 2010 räumte die griechische Regierung öffentlich ein, die griechischen Defizit- und Schuldenquoten künstlich gesenkt zu haben (vgl. Neubäumer, 2011: 831).

„Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass an den Finanzmärkten darauf gesetzt wurde, dass Griechenland seine Staatsschulden auf Dauer nicht mehr bedienen könne. Damit wurde im März 2010 die Eurokrise ausgelöst, deren Folgen bekannt sind.“ (Neubäumer, 2011: 831)

Neubäumer kommt auf Basis ihrer Überlegungen auch zu Lösungsvorschlägen. Demnach ist der Fokus auf die Fiskal-Kriterien zu eng. Vielmehr müsse eine Wieder-Annäherung der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Länder der Eurozone erreicht werden. Im Gegensatz etwa zu den USA, gibt es in der Eurozone demnach nämlich kaum Mechanismen zur Korrektur von langfristig nicht tragbaren Leistungsbilanzdefiziten (vgl. Neubäumer, 2011: 832).

2.4 Die aktuelle Lage der Schuldenkrise Griechenlands

Im Folgenden werden nun kurz aktuelle Entwicklungen und Einschätzungen zur Schuldenkrise im Euroraum und speziell in Griechenland, dargestellt. Laut Schmidt und Weigert (2014) hat sich die Situation auf den Finanzmärkten 2014 schon stabilisiert. Dies zeige sich demnach an den gesunkenen Zinsaufschlägen für Staatsanleihen von Griechenland und anderen Krisenländern (vgl. Schmidt/Weigert, 2014: 29). Demnach haben die umfassenden Sparmaßnahmen tatsächlich zu Konsolidierungsfortschritten geführt. Schmidt und Weigert nennen nicht zuletzt Griechenland als Beispiel für erhebliche Anpassungsbemühungen in Bezug auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Schmidt/Weigert, 2014: 29f.). Dies bezieht sich auf das Jahr 2014 – also den ersten Untersuchungszeitraum – vor dem Wahlsieg von *Syriza*. Auch sagen diese Wirtschaftszahlen nur wenig über die soziale Situation der griechischen Bevölkerung aus. Deren Unmut – könnte man ja argumentieren – zeigt sich ja an der Wahl von *Syriza* im Jänner 2015. Diese offensichtliche Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung kann anscheinend nicht alleine mit wirtschaftlichen Kennzahlen verstanden werden.

Zum Zeitpunkt des dritten Hilfspakets (im August 2015 beschlossen) entspricht die Schuldenlast Griechenlands 184% des BIP von 2014 (vgl. Fiedler/Kooths, 2015: 610). Das dritte Hilfspaket wurde im August 2015 beschlossen und liegt damit schon außerhalb des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit. Dennoch erscheint es sinnvoll, die Größenordnung der Schuldenlast, die sich Mitte 2015 noch darstellt, darzulegen, um auch die Berichterstattung Anfang 2015 in diesem Kontext betrachten zu können. Außerdem kann an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass ein mögliches drittes Hilfspaket bereits Anfang 2015 in den deutschen Tageszeitungen thematisiert wurde.

Ob und inwieweit die griechische Schuldenlast, die zum größten Teil von öffentlichen Stellen im übrigen Euroraum gehalten werden, tragfähig ist, wird laut Fiedler und Kooths (2015) kontrovers diskutiert. Insbesondere der IWF drängt demnach auf einen Forderungsverzicht der europäischen Gläubiger. Fiedler und Kooths identifizieren in der europäischen Vorgehensweise auch ein politisches Kalkül der Regierungen der Eurozone, das darauf abzielt, die Rückzahlung der Kredite durch Konditionalitäten sicherzustellen (vgl. Fiedler/Kooths, 2015: 610f.). Fiedler und Kooths argumentieren, dass die Kreditgeber durch diese Vorgehensweise auch ihren Einfluss erhalten und weiterhin den Reformdruck aufrecht erhalten wollen. Wenn das Land durch einen großzügigen Schuldenschnitt wieder kapitalmarktfähig gemacht werden würde, dann wäre dieser Einfluss deutlich geschwächt (vgl. Fiedler/Kooths, 2015: 613).

„Indes ist der durch die gewählte Strategie der Geberländer aufrecht erhaltene Reformdruck bei weitem keine Garantie für eine erfolgreiche Reformpolitik.“ (Fiedler/Kooths, 2015: 613)

Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden einige Kernelemente der Finanzkrise dargelegt und damit verknüpft, die Ursachen für die Schuldenkrise der Euro-Länder – allen voran Griechenland – diskutiert. Letztlich lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Ursachen für beide Krisen wohl mannigfaltig sind und die Betonung des einen oder anderen Aspekts der jeweiligen Perspektive geschuldet ist. Insgesamt kann man aber wohl grob zwei Argumentationsstränge ausmachen. Einerseits gibt es jene Politikwissenschaftler, Ökonomen, Experten, usw., die systemische Ursachen für die Krisensituationen sehen und jene, die einzelnen Elementen der Finanzmärkte (CDS, CDO, Rating-Agenturen, etc.) oder Verfehlungen einzelner Regierungen (Griechenland speziell und Kreditaufnahme südeuropäischer Länder allgemein) die Hauptschuld an der Schuldenkrise zuweisen. Dass es einen Zusammenhang zwischen Finanz- und Schuldenkrise gibt, ist wohl unbestreitbar. Die Tragweite der einzelnen Ursachen bleibt wohl für weitere Diskussionen offen. Dies ist auch eine zutiefst politische Frage. Das zentrale Anliegen dieses Kapitels war es, die unterschiedlichen Argumentationen darzulegen und die Komplexität dieser multiplen Krisen aufzuzeigen. Diese theoretische Fundierung kann und wird jedenfalls bei der Interpretation der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit hilfreich sein, da damit einige notwendige Kontextinformationen gegeben sind, die bei einer solch komplexen Thematik aus Sicht des Autors jedenfalls erforderlich sind. Dieser Konflikt zwischen systemischen und nicht-systemischen Krisenursachen ist sowohl für die Interpretation der qualitativen Inhaltsanalyse, als auch für die Interpretation der Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse relevant.

2.5 Syriza

Da der Wahlsieg von *Syriza* für das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit eine wesentliche Rolle spielt, sollen nun in diesem Unterkapitel kurz und prägnant einige Überlegungen zu dieser politischen Partei dargestellt werden. Im Fokus stehen die gesellschaftspolitischen Ursachen für den Wahlerfolg und die Frage, ob *Syriza* als populistisch bezeichnet werden kann. Emmanouil Mavrozacharakis (2015) beschäftigte sich im Februar 2015 an der Universität München mit den Ursachen für den Wahlerfolg von *Syriza*. Er absolvierte ein Master Diplom am Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Kreta und war von 2009-2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter des griechischen Parlamentes. Heute ist er u.a. Forscher des Zentrums für Menschenrechte und des Zentrums für Politikforschung und Dokumentation am Institut für Politikwissenschaft der Universität Kreta und kann damit durchaus als wissenschaftlicher Insider der griechischen Innenpolitik bezeichnet werden.

Die griechischen Parlamentswahlen am 25. Jänner 2015 führten zu einem Regierungswechsel. Die Koalitionsregierung zwischen der konservativen *Nea Dimokratia (ND)* und der sozialdemokratischen *PASOK* wurde von einer Koalitionsregierung zwischen der linksextremen Partei *Syriza* und der rechtsextremen *ANEL* („Unabhängige Griechen“) abgelöst (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 4). Wenn eine solche Koalition an den beiden extremen Polen der politischen Landschaft zustandekommt, stellt sich die Frage nach den Ursachen. Nicht zuletzt haben die in den vorigen Kapiteln erläuterten Ereignisse und Entwicklungen dazu geführt. Mavrozacharakis argumentiert, dass der stark ausgeprägte Staatsapparat Griechenlands und der damit verbundene Klientelismus auch wesentliche Gründe für dieses Wahlergebnis darstellen (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 7). Hinzu kommt die Periode der Memoranden bzw. Hilfspakete seit 2010, die demnach bei der griechischen Bevölkerung ein generelles Gefühl der Abneigung gegenüber politischen Eliten und gegenüber der EU bewirkten (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 25).

„Eine tiefe Legitimationskrise von gesellschaftlicher, politischer und kultureller Tragweite.“ (Mavrozacharakis, 2015: 25)

Interessant ist, dass laut Mavrozacharakis eine Umfrage vor den Wahlen belegte, dass der größte Teil der Gesellschaft der Linksallianz *Syriza* ebenso misstraute wie den damaligen Regierungsparteien (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 30). Dies unterstreicht die tiefe Legitimations- und Vertrauenskrise der griechischen Bevölkerung gegenüber der Politik bzw. der politischen Elite.

Die Linkspartei *Syriza* habe laut Mavrozacharakis das hoffnungsvolle Versprechen nach einem sozialen Wiederaufbau am besten vertreten. Die griechischen Wähler haben demnach mit ihrem Votum gegen die Austerität gestimmt (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 36). Zahlen belegen die enormen negativen sozialen Auswirkungen der Krise in Griechenland. Berichten der Europäischen Kommission zufolge haben seit 2008 die Arbeitslosigkeit und die Armuts-Bedrohung stark zugenommen und gleichzeitig hat eine Reduktion der Nominallöhne je Arbeitnehmer stattgefunden. Parallel gerät Griechenland aufgrund der Sparpolitik auch immer mehr in eine Gesundheitskrise (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 31ff.). Mavrozacharakis kommt dementsprechend insgesamt in Bezug auf die Ursachen für den Wahlsieg von *Syriza* auch zu einem differenzierten Ergebnis.

„Konkreter formuliert ist der Wahlsieg von SYRIZA Ergebnis einerseits der chronischen strukturellen Probleme von Wirtschaft und Politik, somit auch des Versagens der Vorgängerregierungen, die wichtige Reformen drosselten und andererseits des Versagens der Sparprogramme und der Troika die keinen fiskalpolitischen Raum für sozialpolitische Abfederung ließen.“ (Mavrozacharakis, 2015: 36)

Mavrozacharakis, der wie weiter oben dargestellt, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter des griechischen Parlaments war, nimmt dabei durchaus eine sehr kritische Position gegenüber *Syriza* ein. Einerseits zeigt sich die Volksnähe der Partei demnach zwar durch das Gleichheits- und das Solidaritätspotenzial, das der Politischen Linken generell zugeschrieben wird, andererseits vertritt *Syriza* demnach aber auch Haltungen, die sie mit den rechtspopulistischen Parteien teilt. Darunter fallen laut Mavrozacharakis die feindliche Haltung gegenüber der Globalisierung, gegen die fortschreitende europäische Integration und gegen die fiskalpolitischen Anforderungen von Seiten der EU und gegen deren teilweise undemokratischen Verfahrensweisen am Weg zur Beschlussfassung (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 36f.).

Im Zentrum des politischen Programms von *Syriza* standen vor der Wahl die Bewältigung des Schuldenproblems durch die radikale Neuverhandlung mit den Kreditgebern bzw. durch einen radikalen Schuldenschnitt, und Themen wie die soziale Frage (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 38).

„Das Versprechen der Schuldensenkung und der Beendigung des Sparprogramms durch Neuverhandlung mit den Kreditgebern übte eine erhebliche Resonanz auf die Wahlbevölkerung aller gesellschaftlichen Schichten aus.“ (Mavrozacharakis, 2015: 38)

Der zentrale Kritikpunkt von Mavrozacharakis am Wahlprogramm von *Syriza* ist, dass die zentrale Frage, ob im Euroraum überhaupt realistischerweise die notwendigen Kräfteverhältnisse gegeben sind, um die Sparmaßnahmen neu zu verhandeln, nicht gestellt wird. Diese seien demnach eben nicht gegeben, da die europäische Richtung schon vorgegeben sei. Das Ziel sei nämlich die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber China und den Schwellenländern zu erhöhen. Dieses Modell basiere auf niedrigen Arbeitskosten und der Abschwächung demokratischer Verfahren (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 40f.). Und genau diese unrealistischen Hoffnungen auf die Beendigung bzw. radikale Neuverhandlung der Sparprogramme kritisiert Mavrozacharakis als populistisch.

„Auf der anderen Seite ist der Populismus des SYRIZA zwar nicht fremdenfeindlich und richtet sich nicht gegen andersdenkende, ist aber Innovations-, und Reformfeindlich.“ (Mavrozacharakis, 2015: 39)

Dieser Assoziierung von *Syriza* mit Populismus widersprechen Stavrakakis und Katsambekis (2014), die eine klare Abtrennung von rechtspopulistischen Parteien, die die fundamentalen europäischen Werte in Frage stellen und riskieren, betonen (vgl. Stavrakakis/Katsambekis, 2014: 121). Während *Syriza* zwar gegen die Sparpolitik und Memoranden auftritt, unterstützt die Partei nämlich demnach gleichzeitig den Verbleib in der Eurozone und fordert u.a. die höhere Besteuerung von Großkonzernen und eine verstärkte Regulierung des Finanzsektors. Diese Forderungen wurden von politischen Parteien, die die Austeritäts-Politik unterstützten, als populistisch und unrealistisch bezeichnet (vgl. Stavrakakis/Katsambekis, 2014: 126). Stavrakakis und Katsambekis kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass der Diskurs von *Syriza* von einem antagonistischen Schema bestimmt ist, das zwischen „us/the people“ und „them/the establishment“ unterscheidet. Das „Wir“ sind jene Leute, die von der Sparpolitik betroffen sind und das „them“ sind politische Eliten, die diese Politik-Programme implementieren (vgl. Stavrakakis/Katsambekis, 2014: 130). In Bezug auf die vorigen Unterkapiteln der vorliegenden Arbeit, wo unter anderem der zentrale Konflikt zwischen einem systemischen und nicht-systemischen Krisendiskurs herausgearbeitet wurde, lässt sich jedenfalls sagen, dass die Partei *Syriza* jedenfalls systemische Ursachen für die Krise sieht und diese dementsprechend bekämpfen will.

“For Tsipras and SYRIZA [today’s] Europe is on edge. Two worlds collide. On one side stand the productive forces of democracy, the people fighting to create a society of justice, equality and freedom. On the other side, a neoliberal biopolitical project unfolds.” (Stavrakakis/Katsambekis, 2014: 131)

Festlegung des Untersuchungszeitraums

Im Zuge dieser Auseinandersetzung mit *Syriza* hat sich gezeigt, dass die Linkspartei die aktuelle (Wirtschafts-) Politik der EU, speziell in Bezug auf Griechenland, herausfordert. Vor diesem Hintergrund bestätigt sich die in der Einleitung getroffene Annahme, dass gerade der Zeitraum rund um den Wahlsieg von *Syriza* für die Analyse der vorliegenden Forschungsarbeit zentral ist. Ein zentrales Ziel der Forschungsarbeit ist deshalb, zu untersuchen, wie der Wahlsieg von *Syriza* die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands verändert hat. Daraus kann folgende erste Forschungsfrage abgeleitet werden.

FF1: Wie unterscheiden sich die verwendeten thematischen Perspektiven und Frames vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*?

Dementsprechend werden für die empirische Analyse folgende zwei Untersuchungszeiträume festgelegt.

Untersuchungszeiträume:

Vor dem Wahlsieg von *Syriza*: 1. Juni bis 31. Dezember 2014

Nach dem Wahlsieg von *Syriza*: 25. Jänner bis 25. April 2015.

Im Zuge der ersten Materialsichtung hat sich die Auswahl der beiden Untersuchungszeiträume grundsätzlich bestätigt. Es gibt am Ende des ersten Untersuchungszeitraumes schon einige Bewertungen der Vorhaben von *Syriza*, ohne dass die Partei schon im Amt ist. Es handelt sich dabei aber nur um die letzten Tage und deshalb werden diese Berichte aufgrund der hohen Relevanz der politischen Umwälzungen schon in den Untersuchungszeitraum mit hineingenommen. Mit dem 31.12. endet dann aber der erste Untersuchungszeitraum und der zweite beginnt mit dem Wahlsieg von *Syriza* am 25. Jänner. Da die Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen einen zentralen Teil des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit darstellen, soll durch diesen zeitlichen Abstand mehr Trennschärfe erreicht werden. Es ist nämlich davon auszugehen, dass in den Wochen vor dem Wahlsieg schon sehr viel über einen möglichen Wahlsieg von *Syriza* spekuliert wird.

Zwischenfazit

In diesem Unterkapitel konnte ansonsten grundsätzlich aufgezeigt werden, dass die Bewertung des politischen Auftretens und des politischen Programms der Linkspartei *Syriza* sehr kontrovers ausfällt. Entscheidend erscheint in diesem Kontext, ob man die politischen Veränderungen, die *Syriza* propagiert, für realistisch umsetzbar hält. Es zeigt sich, dass eine

unrealistische Betrachtungsweise dazu führt, *Syriza* als populistisch zu sehen und sie in eine enge Verbindung zu rechtspopulistischen Parteien zu stellen, die mit einfachen Lösungen beim Volk ankommen wollen. Es gibt aber durchaus auch eine andere Sichtweise, die *Syriza* klar von rechtspopulistischen Parteien und deren antieuropäischen Stellungen abgrenzt. Die Frage, inwiefern die Forderungen von *Syriza* als unrealistisch und die Linkspartei als populistisch dargestellt wird, kann sowohl anhand des qualitativen Kategoriensystems, als auch mit Bezugnahme auf die Häufigkeiten und Frames der quantitativen Inhaltsanalyse, diskutiert werden.

Die Frage, ob die Forderungen von *Syriza*, die in diesem Unterkapitel kurz und prägnant dargestellt wurden, als realistisch betrachtet werden können, steht durchaus auch in einem engen Konnex zur Frage nach den systemischen oder eben nicht-systemischen Ursachen für die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise. Wenn man nämlich systemische Ursachen für diese multiplen Krisen als hauptverantwortlich betrachtet, dann erscheint es im Umkehrschluss auch plausibler, die radikalen Forderungen von *Syriza* als realistisch zu betrachten und die Sparpolitik und Reformauflagen zu überdenken. Dieses Kapitel verfolgte insgesamt das Anliegen, die Komplexität dieser gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Problematik aufzuzeigen, die naturgemäß dazu führt, dass die Medien das Thema *Schuldenkrise Griechenlands* aus unterschiedlichsten Perspektiven thematisieren können und damit insbesondere bei dieser Forschungsthematik mit Framing-Prozessen zu rechnen ist (mehr dazu im *Kapitel Framing-Ansatz*).

3. Überblick über den Forschungsstand: Studien zur

Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands

Nach dieser in erster Linie politökonomischen Betrachtungsweise der Finanzkrise und der Ursachen für die Schuldenkrise, wird der Fokus nun mehr auf kommunikationswissenschaftliche Aspekte gelegt. Es gibt zum Thema *Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands* schon einige Studien. Diese sollen nun im folgenden Kapitel aufgearbeitet werden und damit wird ein kurzer Überblick über den Forschungsstand gegeben. Eine weiterführende Thematisierung von Studien zur Berichterstattung von der Finanz- und Wirtschaftskrise allgemein würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit definitiv sprengen und erscheint auch für die Forschungsthematik nicht zweckmäßig zu sein. Vielmehr ist für die eigene empirische Vorgehensweise relevant, zu welchen Erkenntnissen andere WissenschaftlerInnen, die sich mit der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands auseinandergesetzt haben, gekommen sind. Wenngleich dies nicht ausschließt, dass die Ursachen für die Schuldenkrise im Ansatz mitschwingen.

Tracy (2012) untersuchte etwa in seiner Studie die Darstellung der Griechenlandkrise in den US-Medien zwischen Dezember 2009 und Juli 2010. Hierfür wurden unter anderem mehrere Printmedien – darunter die *New York Times* – einer Framing-Analyse unterzogen. Die genauere Konzeption der Studie geht nicht aus dem Artikel aus der Fachzeitschrift *Journalism Practice* hervor. Jedenfalls argumentiert Tracy, dass die News-Medien allgemein immer mehr auf Business- und Finanzberichterstattung fokussieren. Damit kommt es demnach zu einer Themen-Verlagerung von breiteren sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen, hin zu einer sehr begrenzten und spezifischen Berichterstattung (vgl. Tracy, 2012: 515). So führt Tracy etwa an, dass Hedge Fonds und Trader – u.a. Goldman Sachs, Morgan Stanley usw. - gemeinsam mit den Rating-Agenturen, ganz gezielt die Finanzsituation der griechischen Regierung in den Jahren 2009 und 2010 unterminierten. Er kritisiert in diesem Kontext, dass diese Finanzmarktakteure in den untersuchten US-Medien kaum kritisch thematisiert werden (vgl. Tracy, 2012: 515f.). Auch Mylonas (2015), der die Berichterstattung der deutschen Wochenzeitung *Spiegel* über die Griechenlandkrise in Bezug auf den Diskurs über die Sparpolitik untersuchte, kam zu dem Schluss, dass neoliberale Ideen reproduziert wurden (vgl. Mylonas, 2015: 266).

„ (...) *the non-systemic crisis-narratives serve to further legitimize austerity and to dislocate its failure as a moral failure of people and a problem of failed local institutions.*” (Mylonas, 2015: 254).

Die Erkenntnis, dass der *Spiegel* der Schuldenkrise keine systemischen Ursachen zuschreibt, ist natürlich vor dem Hintergrund des vorigen Kapitels besonders interessant. Hier wurde der Konflikt zwischen einer systemischen und nicht-systemischen Betrachtungsweise ja als ein zentrales Merkmal der Diskussion herausgearbeitet.

Bickes, Otten und Weymann (2014), die den *Spiegel*, *The Economist* (GB) und *Time* (USA) in Hinblick auf die Darstellung der Schuldenkrise Griechenlands im Vergleich zu Spanien und Italien untersuchten, kritisierten, dass vor allem der *Spiegel* Deutschland im Kontext der Griechenlandkrise in einem verhältnismäßig guten Licht darstellt. Die Autoren kommen auf Basis ihrer Studie zu dem Schluss, dass der *Spiegel* Deutschland in diesem Kontext fast ausschließlich mit positiven Attributen in Verbindung bringt und fast als heldenhaft darstellt (vgl. Bickes/Otten/Weymann, 2014: 440).

“The economically weaker countries are dependent on the strong and flourishing German nation.” (Bickes/Otten/Weymann, 2014: 440)

Diese finanzielle Abhängigkeit Griechenlands (und teilweise anderer südeuropäischer Staaten), die ja auch schon im vorigen Kapitel differenziert diskutiert wurde, wird also laut dieser Studie in der deutschen Wochenzeitung *Spiegel* einseitig dargestellt. Demnach wird nicht auf die strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone und nicht auf andere womöglich systemische Ursachen der Schuldenkrise eingegangen (mehr zur Ursachen-Diskussion im *Kapitel Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise*).

Zu differenzierteren Ergebnissen kommt Kutter (2014) in ihrer Studie zur Berichterstattung der deutschen Finanzpresse. Zwar zeigte auch die Analyse der Zeitung *Handelsblatt*, dass zum Teil negative Stereotype verstärkt wurden. Gleichzeitig zeigt die Studie auch, dass die Finanzjournalisten oft Lösungsvorschläge für die Krise unterbreiteten, die der politischen Haltung der deutschen Regierung widersprachen – wie etwa ein Schuldenschnitt oder eine Fiskalunion (vgl. Kutter, 2014: 460). Diese Erkenntnisse sprechen klar gegen die These von anderen weiter oben zitierten WissenschaftlerInnen, die in der Medienberichterstattung in erster Linie neoliberale Ideen reproduziert sehen. Interessant ist dabei, dass ausgerechnet die Finanzpresse offensichtlich negativer über die Rolle der deutschen Regierung in der Griechenlandkrise berichtet als etwa der *Spiegel*.

Die Lösungsvorschläge der Zeitung *Handelsblatt* wurden laut Kutter meist im Kontext von zwei Haupt-Ursachen für die Krise thematisiert: einerseits im Kontext der hohen Staatsverschuldung und andererseits im Kontext der Fehler im institutionellen Design der Eurozone (vgl. Kutter, 2014: 460). Gleichzeitig gab es Berichte, die diesen Ursachen auch

widersprachen und diese herausforderten. So wurden laut Kutter immer wieder auch Geschichten über die Fehler des Bankensystems gebracht. Die größere Anziehungskraft der Staatsschulden-Story liegt für Kutter schlichtweg in der generalisierenden Abstraktion begründet (vgl. Kutter, 2014: 461).

Interessant ist hierbei, dass das *Handelsblatt* offensichtlich im Kontext der Griechenlandkrise auch über Fehler im institutionellen Design der Eurozone berichtete. Die strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone wurden bereits im vorigen *Kapitel Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* thematisiert.

“(...) a specific notion of crisis was established. The Greek crisis appeared as symptomatic of a general failure of fiscal policy applying to all EU member states, and as revealing systemic failure in the regulatory design of the EMU.” (Kutter, 2014: 461)

Ein Kritikpunkt, der in einigen Studien immer wieder vorkommt, ist die einseitige Thematisierung der Austeritätspolitik. Mylonas kritisiert etwa im Fazit seiner Studie vor allem die Berichterstattung der deutschen Wochenzeitung *Spiegel* zur Austeritätspolitik, bei der es im Wesentlichen nur darum gehe, die BürgerInnen wettbewerbsfähiger zu machen und gleichzeitig ihre Rechte zu reduzieren (vgl. Mylonas, 2015: 266). Bickes, Otten und Weymann kommen außerdem zu dem Schluss, dass *Spiegel*, *The Economist* und *Time* es verabsäumen, die aus ihrer Sicht verantwortlichen Finanzmarktakteure - wie Investmentbanken, Spekulanten usw. – zu nennen (vgl. Bickes/Otten/Weymann, 2014: 441).

„The media construct a reality in which the European monetary union falls victim to some kind of superior power. Instead of identifiable actors, fate seems to be the guiding principle of crisis.” (Bickes/Otten/Weymann, 2014: 441)

In einer Studie zur deutschen Boulevardzeitung *Bild* kommt Mylonas (2012) zu dem Schluss, dass die Griechen allgemein und die griechische Regierung im Speziellen, offen beschuldigt werden, die Krise alleine verursacht zu haben. Diese Schuldzuweisungen erfolgen demnach auch über die Zuschreibung bestimmter kultureller Eigenschaften (vgl. Mylonas, 2012: 667). Diese Vereinfachung in der Boulevardzeitung überrascht an dieser Stelle nicht, da schon weiter oben mit Kutter argumentiert wurde, dass gewisse Ursachen-Zuschreibungen und Themen wohl aufgrund einer Vereinfachung bzw. generellen Abstraktion stattfinden. So bewerteten etwa Beck, Berghofer, Dogruel und Greyer (2012) die Informationsleistung der *Bild*-Zeitung zur Griechenlandkrise als ungenügend. Das Boulevardblatt verbreite demnach nur, was in die

eigene Erzählungslogik passe und verschweige Informationen, die ein differenziertes Bild zeichnen würden (vgl. Beck/Berghofer/Dogruel/Greyer, 2012: 112).

Festlegung des Untersuchungsgegenstands

Generell berichten innerhalb der deutschen Medienlandschaft eher Qualitätszeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über die großen wirtschaftspolitischen Themen wie die Griechenlandkrise (vgl. Beck/Berghofer/Dogruel/Greyer, 2012: 172). Die beiden Zeitungen sind auch deshalb besonders als Untersuchungsgegenstand geeignet, weil bislang im Kontext dieser Thematik kaum Studien dazu durchgeführt wurden – im Gegensatz etwa zum *Spiegel*. Dies hat sich anhand dieser Darstellung des Forschungsstandes gezeigt. Damit kann der konkrete Untersuchungsgegenstand für die empirische Analyse festgelegt werden.

Untersuchungsgegenstand: Leitmedien der deutschen überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen: *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Damit ist das Segment der Leitmedien der überregionalen deutschen Qualitäts-Tageszeitungen grundsätzlich abgedeckt. Gleichzeitig kann auch untersucht werden, ob sich zwischen diesen beiden Zeitungen signifikante Unterschiede in der Berichterstattung ergeben.

FF2: Wie unterscheiden sich die verwendeten thematischen Perspektiven und Frames zwischen der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*?

Generell kann die *Süddeutsche Zeitung* als eher liberal und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* als vergleichsweise eher konservativ beschrieben werden. So argumentiert etwa Karasek (2009), dass der FAZ generell eine eher rigide Wirtschaftspolitik nachgesagt wird. Deshalb schlägt er konkret vor, dass die *Süddeutsche Zeitung* im Vergleich dazu untersucht werden sollte (vgl. Karasek, 2009: 105). Aus dieser Unterscheidung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der beiden Tageszeitungen ergibt sich ein interessanter Ansatzpunkt für die Interpretation der Ergebnisse.

Abschließend für das *Kapitel Forschungsstand* erscheint es noch sinnvoll zu sein, sich Studien zur Berichterstattung griechischer Medien anzusehen. Doudaki (2015) analysierte die Berichterstattung der griechischen Medien hinsichtlich des Bailout-Diskurses. Dabei argumentiert sie, dass der vorherrschende neoliberale Krisendiskurs verstärkt wird, indem eine unterstützende Struktur geschaffen wird, in der die Bailout-Vereinbarungen als objektive und natürliche Realitäten erscheinen. Gleichzeitig werden alternative Stimmen und Interpretationen

marginalisiert (vgl. Doudaki, 2015: 5). Dem öffentlichen Sektor wird die alleinige Schuld für die Krise gegeben (vgl. Doudaki, 2015: 7). Die Informationen und Ideen werden als objektive Fakten dargestellt, die nicht herausgefordert werden können (vgl. Doudaki, 2015: 14). Schulden und Defizite werden als Hauptgründe für die Krise genannt und werden dabei quantifiziert und damit als fixe Realität beschrieben. Sie erscheinen dabei völlig losgelöst von den ursprünglichen Ursachen (vgl. Doudaki, 2015: 8). Auch Preston und Silke (2011) argumentieren, dass anstatt einer Diskussion über die Ursachen der Staatsdefizite, in den Medien eher darüber berichtet wird, welche Leistungen des Sozialstaates gekürzt werden sollen (vgl. Preston/Silke, 2011: 50). Auch Mylonas kritisiert in seiner Studie zur Berichterstattung der griechischen Zeitung *Ekathimerini* die Fokussierung auf die Symptome der Krise, anstatt auf den systemischen Charakter und den historischen Kontext Griechenlands einzugehen. Die Zeitung trägt damit aus seiner Sicht zur Normalisierung der Einschränkung der griechischen Demokratie bei, die durch die Notfallpolitik der Austerität abgelöst wird (vgl. Mylonas, 2014: 317).

Kaitatzi-Whitlock (2014) argumentiert, dass die Berichterstattung der griechischen Medien sehr stark dadurch vorbestimmt ist, dass sie von den internationalen Nachrichtenagenturen als Quellen abhängig sind (vgl. Kaitatzi-Whitlock, 2014: 36). Kaitatzi-Whitlock stellte vor allem in der Anfangsphase der Griechenlandkrise innerhalb der Europäischen Union eine negative Stimmung gegenüber Griechenland fest.

“Self-interested politicians and financial markets’ leaders supplied the core media with such contents against Greece. Collusion partners assigned the dirty propaganda strategies to select aggressive and most vulgar media. Dominant media and market forces mounted a clearly anti-Hellenic propaganda campaign.” (Kaitatzi-Whitlock, 2014: 41)

Diese negative Stimmung habe sich in einer zweiten Phase der Krise aber zum Teil gedreht, da laut Kaitatzi-Whitlock kontinuierlich mehr sympathisierende Stimmen in Richtung Griechenland laut wurden. Dies habe demnach auch damit zu tun, dass die Situation Griechenlands nach einigen Jahren der Interventionen der Troika, deutlich schlechter war als zu Beginn (vgl. Kaitatzi-Whitlock, 2014: 41). Basierend auf diesen Erkenntnissen aus bisher durchgeführten Studien zur Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands, stellt sich die Frage, wie *SZ* und *FAZ* die Handlungen und Forderungen der griechischen Regierung im Untersuchungszeitraum bewerten und wie positiv oder negativ sich die Tendenz gegenüber der griechischen Regierung darstellt. Hierfür wird folgende dritte Forschungsfrage gestellt, die im

Zuge der vierstufigen Framing-Analyse mit einem Tendenzframing (Details dazu im *Kapitel Forschungsdesign und Methode*) beantwortet werden kann.

FF3: Welche wertenden Tendenzen in Bezug auf die griechische Regierung können in der *SZ* und *FAZ* identifiziert werden und wie unterscheidet sich die Tendenz zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen und Zeitungen?

Zwischenfazit

Diese kritischen Studien zeichnen insgesamt ein eher negatives Bild der Berichterstattung der untersuchten Printmedien. Wenngleich bedacht werden sollte, dass zumindest einige dieser Studien einer bestimmten ideologischen Position nahestehen scheinen, zeigt sich doch, dass die Schuldenkrise Griechenlands und die Wirtschaftskrise allgemein viel Konflikt- und Diskussionspotenzial bieten. Generell treffen bei dieser komplexen wirtschaftspolitischen Thematik verschiedene ideologische Positionen aufeinander. Die Vertreter der einen Seite geben dem Staat und der Fiskalpolitik die Schuld an der wirtschaftlichen Misere und befürworten das freie Wirken der Finanzmärkte und die andere Seite sieht die Schuld bei ebendiesen freien Finanzmärkten und fordern deshalb eine deutliche Regulierung derselben. Die beiden wirtschaftspolitischen Positionen werden auch im *Kapitel Governance-Theorie* noch näher diskutiert.

An dieser Stelle bleibt jedenfalls festzuhalten, dass es schon reichlich Studien zu den Ursachen der Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise gibt, sowie einige zu der Berichterstattung über die Griechenlandkrise. Es zeigt sich, dass einige Studien ein sehr kritisches Bild der Printmedien zeichnen, die demnach mit ihrer Berichterstattung eher die vorhandene Ideologie der freien Märkte stärken.

Forschungslücke, sowie gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Relevanz der Fragestellung

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es nun, hier einen Schritt zurück zu gehen und mit einer sehr offenen Herangehensweise die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands zu untersuchen. Der kommunikationswissenschaftliche Framing-Ansatz bietet sich in diesem Kontext besonders an (mehr dazu im *Kapitel Framing-Ansatz*). Eine solche systematische Vorgehensweise, die eben auf dem Framing-Ansatz beruht, auf ein vierstufiges Framing-Konzept baut und qualitative/quantitative, sowie induktive/deduktive methodische Verfahren kombiniert (mehr dazu im *Kapitel Forschungsdesign und Methode*), verspricht, hier ein objektives Gesamtbild von der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands im

vorgegebenen Zeitraum zu zeichnen. Eine weitere Einzigartigkeit der vorliegenden Forschungsarbeit liegt naturgemäß im Untersuchungszeitraum. Die dargestellten Studien untersuchten Zeiträume der Berichterstattung vor dem Wahlsieg von *Syriza*. Da es sich bei der Schuldenkrise Griechenlands um ein gegenwärtiges Phänomen handelt, das sich schnell weiter entwickelt, ergibt sich die wissenschaftliche Relevanz der vorliegenden Fragestellungen auch aus dem Alleinstellungsmerkmal des neuen Untersuchungszeitraums. Die gesellschaftspolitische Relevanz ergibt sich aus dem Umstand, dass es sich dabei um ein medial omnipräsentes Thema handelt, das den öffentlichen europäischen Diskurs polarisiert und prägt.

Hierfür werden die deutschen Qualitäts-Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* untersucht. Ideologische Positionen sollen dabei von der empirischen Arbeit losgelöst sein. Die erhaltenen Ergebnisse werden im daran anschließenden Kapitel interpretiert und diskutiert.

Einige der verschiedenen theoretischen Positionen und wirtschaftspolitischen Überlegungen, die im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands relevant sind, werden nun im folgenden *Kapitel Governance-Theorie* näher diskutiert.

4. Governance-Theorie

Die nun folgende Auseinandersetzung mit der Governance-Theorie soll anschließend als theoretische Basis für die Interpretation der empirischen Ergebnisse bzw. für das Fazit der vorliegenden Arbeit dienen. Im Folgenden werden nun einige Kernaspekte der Governance-Theorie thematisiert.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Governance-Theorie um einen interdisziplinären Ansatz, der vor allem durch die Politikwissenschaft, die Soziologie und auch von den Wirtschaftswissenschaften geprägt ist (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis, 2007: 22ff.). Und gerade diese interdisziplinäre Herangehensweise wird für das Selbstverständnis der Fachrichtung Publizistik- und Kommunikationswissenschaft auch als sehr passend angesehen. Laut Benz, Lütz, Schimank und Simonis (2007) beschreibt der Governance-Ansatz eine Perspektive, „die darauf abzielt, Strukturen, Mechanismen und Wirkungen der Bewältigung von Interdependenz zwischen individuellen, kollektiven oder korporativen Akteuren zu beleuchten.“ (Benz/Lütz/Schimank/Simonis, 2007: 18) Schimank betont zudem, dass diese Interdependenzbewältigung durch Handlungsabstimmung vollzogen wird (vgl. Schimank, 2007: 30).

*„Interdependenzbewältigung bedeutet zumeist, dass auf allen Seiten Konzessionen gemacht und Enttäuschungen eingesteckt werden,“
(Schimank, 2007: 31)*

Ein anderer Ausdruck für diese Interdependenzbewältigung wäre wohl die Kompromissfindung zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteuren. Auf europäischer Ebene etwa die Verhandlungen zwischen Troika, Geberländern und Griechenland. Der Governance-Ansatz rückt nun laut Benz, Lütz, Schimank und Simonis die Regelungsstrukturen zwischen Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt des Interesses. Diese werden in Bezug auf ihre Funktionsweise und Wirkung auf die handelnden Akteure beleuchtet (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis, 2007: 19). Mit der Governance-Theorie können etwa asymmetrische Abhängigkeitsbeziehungen konzeptualisiert werden. In diesem Kontext spielt auch die erzwungene Übernahme von Politikmaßnahmen eine Rolle (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis, 2007: 18). Aus diesen ersten Grundüberlegungen zur Governance-Theorie wird schon die Relevanz für die Thematik der vorliegenden Arbeit offensichtlich. Auch in der Schuldenkrise Griechenlands geht es ganz wesentlich um Interdependenzen zwischen verschiedenen Akteuren – auf nationaler, internationaler und supranationaler Ebene. Besonders interessant erscheint im Kontext der Griechenlandkrise –

speziell vor dem Hintergrund des Wahlsiegs von *Syriza* – die angesprochene erzwungene Übernahme von Politikmaßnahmen. Vertreter der Regulationstheorie erkennen das kritische Potenzial des Governance-Konzepts etwa vor allem in der Analyse neuer Formen der Koordination in den internationalen Beziehungen (vgl. Simonis, 2007: 220). Dies unterstreicht noch einmal die Relevanz für die Thematik der vorliegenden Arbeit.

4.1. Notwendigkeit der Legitimierung von politischer Herrschaft

Für Trute, Kühlers und Pilniok (2007), die den Governance-Ansatz aus rechtswissenschaftlicher Sicht betrachten, ist Governance die Konsequenz aus der Einsicht, dass politische Steuerung aufgrund von gesellschaftlicher Pluralität, Dynamik und Komplexität, nicht mehr wirklich einem zentralen Steuerungssubjekt zugeschrieben werden kann (vgl. Trute/Kühlers/Pilniok, 2007: 240). Dies gilt aus deren Sicht vor allem für die europäische Ebene bzw. die Europäische Union. Es handelt sich dabei eher um ein multipolares Netzwerk von Akteuren, als um ein zentrales Steuerungssubjekt (vgl. Trute/Kühlers/Pilniok, 2007: 244). Diese damit verknüpften, vielfältigen Differenzierungen und Grenzverwischungen innerhalb des politisch-administrativen und zwischen dem politischen und dem gesellschaftlichen System, fordern laut Blatter die Notwendigkeit der Legitimierung politischer Herrschaft heraus (vgl. Blatter, 2007: 272). Als Beispiel für derartige Grenzverschiebungen nennt Blatter etwa die Privatisierung von ehemals öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsunternehmen. Dies funktioniere demnach aber nur, wenn gleichzeitig individuelle, kollektive und korporative Akteure aus der Zivilgesellschaft in die politische Willensbildung eingebunden werden. Kritiker verweisen gleichzeitig darauf, dass nicht alle gesellschaftlichen Interessen in ähnlicher Weise organisations- und artikulationsfähig sind (vgl. Blatter, 2007: 276f.).

„Dabei ist die entscheidende Erkenntnis, dass die Medien gerade nicht auf ihre Funktion als (neutraler) Informationsvermittler zwischen Gesellschaft und Politik reduziert werden können, sondern dass die öffentlichen Diskurse, für die sie die Plattform darstellen, gesellschaftliche Interessen und Ideen in starkem Maße produzieren und prägen.“ (Blatter, 2007: 277)

Da die öffentliche Massenkommunikation nun laut Blatter von Rhetorik, Framing, Inszenierungen, Infotainment und vom Kampf um Aufmerksamkeit geprägt ist, ist es für die Legitimität politischer Entscheidungen, sowie politischer Akteure und Systeme entscheidend, ob eine, und welche Wahrnehmung im öffentlichen Diskurs existiert. So muss demnach etwa

das politische System gegen die zunehmende Wahrnehmung eines Bedeutungsverlustes gegenüber dem ökonomischen System, kämpfen (vgl. Blatter, 2007: 278).

Dieser Konnex, der hier zwischen individuellen, kollektiven und korporativen Akteuren einerseits und der Legitimierung von politischer Herrschaft andererseits gemacht wird, erscheint auch für das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit zentral zu sein. Demnach gilt es herauszufinden, welche Akteure in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands auftreten und ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen artikulieren. Die Inhaltsanalyse versucht deshalb, Antworten darauf zu geben, welche Akteure wie oft auftreten und wie diese sich gegenüber der griechischen Regierung positionieren (Zusammenhang mit dem Tendenzframing). Daraus ergeben sich folgende zwei Forschungsfragen.

FF4: Welche Akteure können in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands identifiziert werden und wie unterscheiden sich deren Häufigkeiten vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*, sowie zwischen *Süddeutscher Zeitung* und *Frankfurter Allgemeiner Zeitung*?

FF5: Wie positionieren sich die Akteure gegenüber der griechischen Regierung?

4.2. Regulierung von Märkten

Einer der Kernaspekte der Governance-Theorie ist die Problematik der institutionellen Regulierung von Märkten (vgl. Czada, 2007: 69f.). Czada (2007) argumentiert, dass der Neoliberalismus seit Beginn der 1980er Jahre in der Wirtschaftstheorie wächst. VertreterInnen des Neoliberalismus betrachten jede politische Einmischung in das Marktgeschehen als Hauptursache für Wohlfahrtsverluste (vgl. Czada, 2007: 76). Die Regulierung von Märkten kann allgemein wohl auch als ideologische Auseinandersetzung betrachtet werden, die sich auch an der Regierungspolitik bzw. zumindest an den geäußerten Vorhaben der linken Regierungspartei *Syriza* zeigt. Laut Czada kann eine langfristig zunehmende Vermarktlichung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft festgestellt werden. Im Zuge der gesellschaftlichen Differenzierung werden demnach immer mehr Bedürfnisse über den Markt befriedigt. Gleichzeitig hat aber auch der Bereich der politischen Kollektiventscheidungen – also die Staatstätigkeit – eher zu- als abgenommen. Zahlreiche Funktionen der Daseinsvorsorge werden nun etwa vom Staat erfüllt (vgl. Czada, 2007: 76f.).

Gemeinhin lassen sich im Kontext der institutionellen Regulierung von Märkten zwei wesentliche Argumentationsstränge unterscheiden. Einerseits lässt sich ein Diskurs

identifizieren, der die Vorteile des freien Marktes gegenüber den regulatorischen Eingriffen des Staates betont (Liberales Verständnis).

„Die Klassiker des marktwirtschaftlichen ökonomischen Denkens (Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill) betonen den von individueller Interessenbefriedigung durch Markttausch ausgehenden Effekt allgemeiner Wohlfahrtsteigerung.“ (Czada, 2007: 70)

Demnach führt die natürliche individuelle Interessensbefriedigung also zwangsläufig und automatisch zu einem positiven Effekt für die Allgemeinheit (vgl. Czada, 2007: 70). Im Fokus steht hier der fortlaufende Wettbewerbsprozess. Im Mittelpunkt steht der individuelle Marktakteur (vgl. Czada, 2007: 71). In den 1970er Jahren wurde demnach die Politik noch als federführender Akteur diskutiert, der die krisenanfällige Marktökonomie reguliert und große Krisen verhindert. Es wurde versucht, eine Komplementarität zwischen Markt und Politik zu finden. Der herrschende Diskurs beim liberalen Verständnis zielt nun aber auf die Maxime, dass mehr Markt und weniger Einmischung der Politik zu stärkerem Wirtschaftswachstum, zu hoher Beschäftigung und einem höheren Maß an Wohlstand führen (vgl. Czada, 2007: 77). Die politische Marktregulierung wird in diesem Kontext als wachstumsschädlich angesehen und der umverteilende Wohlfahrtsstaat gilt als Beschäftigungsbremse (vgl. Czada, 2007: 77).

Dem steht andererseits ein Diskurs gegenüber, der im Zusammenspiel von Markt und Politik die regulatorische und soziale Dimension betont. Dieser zweite wesentliche Argumentationsstrang geht vom zentralen Problem der sozialen Entbettung und Einbettung der Märkte aus (vgl. Czada, 2007: 69)

„Die marxistische Kritik der politischen Ökonomie kritisiert demgegenüber den Markt als eine Quelle sozialer Ungleichheit. Als zentrale Institution des Kapitalismus diene er nicht der Befriedigung realer Lebensbedürfnisse, sondern allein der Reichtumsmehrung und dem Herrschaftsanspruch einer besitzenden Klasse.“ (Czada, 2007: 70)

Demnach ist der Kapitalismus von großen Gewinnen, Konzentration und Akkumulation von Reichtum geprägt. In diesem Kontext erscheinen Angebot und Nachfrage zunehmend als gestaltbare Größen. Der unregulierte Markt führt demnach zu Monopolstellungen und Kartellstrukturen (vgl. Czada, 2007: 71f.).

Diese zwei zentralen Argumentationsstränge der Governance-Theorie, im Kontext von Marktregulierung, dienen als Orientierung und sollen zwei unterschiedliche Perspektiven darstellen, die im Kontext der Berichterstattung über die Griechenlandkrise vorkommen könnten. Die im Zuge der empirischen Analyse herausgearbeiteten Frames können in Bezug

auf diese beiden grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Positionen hin, untersucht und interpretiert werden. Diese beiden Perspektiven können auch mit der Diskussion um systemische oder nicht-systemische Ursachen für die Schuldenkrise, die im *Kapitel Die Finanz-Wirtschafts- und Schuldenkrise* geführt wurde, verknüpft werden und sind eben vor allem für eine weiterführende Interpretation der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit relevant, um die Diskussion auch in einen größeren Kontext einzubetten.

Regulierung von Märkten im Kontext der EU

Nach dieser Auseinandersetzung mit den beiden ideologischen Positionen, wird nun kurz die konkrete institutionelle Regulierung von Märkten bei den gegenwärtigen Gegebenheiten diskutiert. Die Regulierung von Märkten in Europa ist im Kontext der institutionellen Regelungen der Europäischen Union zu betrachten.

Börzel (2008) argumentiert, dass durch die europarechtlich gebotene Öffnung nationaler Märkte ein Wettbewerbsdruck auf Unternehmen und die Regulierungsstandards in den einzelnen Mitgliedsstaaten entsteht (vgl. Börzel, 2008: 71).

„Im Schatten supranationaler Institutionen verhandeln die Mitgliedstaaten über die Bedingungen und Regeln, unter denen sie auf dem Binnenmarkt konkurrieren.“ (Börzel, 2008: 86)

Bei den angesprochenen Bedingungen und Regeln geht es auch um marktkorrigierende Regulierung. Dabei sollen vor allem soziale und politische Risiken gemindert werden (vgl. Börzel, 2008: 86). Laut Börzel greift die Rechtsfortbildung des Europäischen Gerichtshofs zunehmend als marktkorrigierende Instanz ein (vgl. Börzel, 2008: 81).

Schwierigkeit der Regulierung von globalisierten Märkten

Damit ist schon ein zentrales Konfliktfeld und eine zentrale Problematik dieser marktkorrigierenden Regulierung angesprochen. In den freien und globalisierten Märkten, in denen die Akteure nach einer möglichst hohen Rendite streben, erscheinen die Wirkungen und auch die Durchsetzbarkeit von staatlichen Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen eingeschränkt zu sein (vgl. Remmel, 2011: 215). Die Schlussfolgerung ist, dass das unbedingte Streben nach einer möglichst hohen Rendite, das dem Agieren auf den freien und globalisierten Märkten zu Eigen zu sein scheint, in einem Widerspruch zur realistischen Möglichkeit der effektiven Regulierung ebendieser Märkte steht. Zumindest gibt es hier ein starkes Spannungsfeld.

Remmel kommt deshalb zu dem Schluss, dass aufgrund der hohen Innovationsdynamik im Finanzsektor und dem hohen Ausmaß der Globalisierung, eine laufende Anpassung des regulatorischen Rahmens an die veränderten Marktbedingungen eigentlich kaum vom Staat gewährleistet werden kann (vgl. Remmel, 2011: 215). Daraus leitet er ab, dass aufgrund der Schwierigkeit der staatlich geprägten Regulierung, auch die Forderung nach weniger Regulierung diskutiert werden sollte. Dies begründet Remmel auch mit der Rolle des Staates in der Krise. Durch expansive geldpolitische bzw. fiskalische Maßnahmen habe der Staat notwendige Strukturreformen aufgeschoben und bereits den Nährboden für die nächste Krise gelegt (vgl. Remmel, 2011: 222). Remmel kann damit wohl als Vertreter jenes Diskurses identifiziert werden, der die Vorteile des freien Marktes gegenüber den regulatorischen Eingriffen des Staates betont. Er vertritt damit ein eher liberales Verständnis, das die Vorteile im freien Wirken der Märkte sieht, dem Staat grundsätzlich die Fähigkeit zur Regulierung abspricht und staatlichen Eingriffen eher negative Auswirkungen attestiert.

4.3. Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerbspolitik

In einem engen Konnex zur Regulierung von Märkten steht die bereits angesprochene Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten und damit verbunden, auch die Wettbewerbspolitik.

Verhältnis zwischen Wettbewerbspolitik und Sozialpolitik

Zentral für die Wettbewerbspolitik ist ihr Verhältnis zur Sozialpolitik. Die beiden Policy-Felder sind für Funk (2010) ganz eng miteinander verknüpft. Dabei besteht im Wesentlichen ein Interessenskonflikt. Die Mitgliedstaaten streben nach einem Wettbewerbs- und Standortvorteil gegenüber den anderen Ländern. Dieser ist nicht zuletzt durch geringe Sozialkosten zu generieren. Dieses Streben der Mitgliedstaaten steht laut Funk einer Entwicklung der Europäischen Union zur Sozialunion im Weg. Daraus erklärt sich demnach auch die relative Schwäche der gemeinschaftlichen Sozialpolitik (vgl. Funk, 2010: 184). Dementsprechend gering kann auch der Status der Sozialpolitik gegenüber jenem der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft bewertet werden (vgl. Funk, 2010: 186). In kaum einem anderen Gebiet findet sich laut Börzel (2008) in der EU ein so hohes Maß an Zentralisierung wie in der Wettbewerbspolitik. Die Europäische Zentralbank und die Kommission können hier ohne jegliches Mitwirken der Regierungen der Mitgliedsstaaten, rechtlich verbindliche Entscheidungen treffen (vgl. Börzel, 2008: 80). Demgegenüber ist die gemeinschaftliche

Sozialpolitik erheblich eingeschränkt. Dabei ist nicht nur explizit festgelegt, dass bei der Durchführung von sozialpolitischen Maßnahmen auf die Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten zu achten ist, sondern auch die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist rechtlich festgeschrieben (vgl. Funk, 2010: 187f.).

„Die EU hat es nicht geschafft, dem relativ hoch entwickelten Wirtschaftsmodell ein einigermaßen gleichgewichtiges Sozialmodell zur Seite zu stellen.“ (Funk, 2010: 190).

Die angesprochenen Entscheidungen in der Wettbewerbspolitik, die also von einer hohen Zentralisierung geprägt sind, können erhebliche Auswirkungen für die Mitgliedstaaten haben. Im Kampf um eine bessere Wettbewerbsfähigkeit besteht nämlich die Gefahr eines so genannten „race to the bottom“ an regulativen Standards (vgl. Lütz, 2007: 137).

„Die artikulierte oder antizipierte Drohung mobiler Marktakteure, nationale Produktionsstätten und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, kann Regierungen dazu veranlassen, regulative Standards zu senken und damit ein regulatives ‚race to the bottom‘ einzuleiten.“ (Lütz, 2007: 137)

Benz (2007b) argumentiert, dass Staaten in einem Standortwettbewerb nach wirtschaftlichem Erfolg streben. Deshalb werden möglichst günstige Bedingungen für Unternehmen geschaffen (vgl. Benz, 2007b: 306). Dieser Standortwettbewerb fördert der ökonomischen Theorie zufolge die Effizienz des öffentlichen Sektors, bringt aber gleichzeitig eben auch negative Effekte mit sich. Die Interessen von Unternehmen an niedrigen Steuern und Regulierungen dominieren und wirtschaftsschwache Regionen werden weiter benachteiligt. Dies kann zum angesprochenen „race to the bottom“ – also einem Unterbieten von Regulierungsstandards – führen. Studien zum internationalen Regulierungswettbewerb zeigen aber auch, dass die Gefahr dieses „race to the bottom“ meist überschätzt wird (vgl. Benz, 2007b: 307). Für eine weitere Auseinandersetzung mit den Ungleichgewichten im Standortwettbewerb und in der Wettbewerbsfähigkeit bei einzelnen Staaten innerhalb der Eurozone, sei noch einmal auf das *Kapitel 2.3. Das europäische Krisenmanagement und innereuropäische Ungleichgewichte* verwiesen, wo die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten im Kontext der Schuldenkrise diskutiert wird.

In diesem Kontext wird es jedenfalls interessant zu sehen sein, ob und wie das Spannungsfeld zwischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik thematisiert wird und, wie in den beiden deutschen Tageszeitungen über die Wettbewerbsfähigkeit berichtet wird und, ob die möglichen negativen Effekte überhaupt Teil der Auseinandersetzung sind. Auch dieser Aspekt dient eher der

generellen Einordnung der Ergebnisse in einen größeren Kontext, die im Zuge der Interpretation angestrebt wird.

4.4. Verhandlungen und Policy-Transfer

Abschließend werden mit Verhandlungen und Policy-Transfer noch zwei weitere Aspekte der Governance-Theorie kurz thematisiert, die in einem engen Zusammenhang zueinander stehen.

Laut sozialpsychologischen Theorien sind politische Verhandlungen durch Macht bestimmt. Diese Macht äußert sich speziell in der Möglichkeit, anderen Akteuren mit dem Abbruch der Verhandlungen zu drohen (vgl. Benz, 2007a: 108). Im Kontext der Thematik der vorliegenden Arbeit stehen vor allem die Verhandlungen zwischen verschiedenen Staaten im Fokus –relevant sind natürlich auch Verhandlungen auf supranationaler Ebene, wobei die Realpolitik zeigt, dass die Entscheidungen auch dort wesentlich von den Interessen einzelner Nationalstaaten geprägt sind. Laut Benz hat die Erforschung internationaler Politik gezeigt, dass Staaten in erster Linie als nutzenmaximierende Akteure auftreten, „die zwar eine Verhandlungslösung anstreben, aber gleichzeitig ihre eigenen Ziele, unter Einsatz von Taktiken und Drohungen, verfolgen“ (Benz, 2007a:109). Eine starke Verhandlungsmacht kann demnach etwa dadurch suggeriert werden, wenn der Eintritt in Verhandlungen möglichst lange verweigert wird (vgl. Benz, 2007a:110). Interessant wird dabei zu beobachten sein, im Kontext welcher Frames die Verhandlungen zwischen den Geldgebern und Griechenland thematisiert werden. Dies ist für die Interpretation der selbst herausgearbeiteten Frames relevant.

Eng damit verknüpft ist der von Lütz definierte Policy-Transfer durch Hierarchie. Dieser tritt nämlich dann auf, wenn ein externer politischer Akteur einen anderen dazu zwingt, eine bestimmte Policy zu übernehmen. Diese Ausübung von Zwang basiert dabei wesentlich auf asymmetrischen Machtverhältnissen (vgl. Lütz, 2007: 136).

„Abhängigkeiten können wiederum durch die Kontrolle über Ressourcen begründet sein, die vom dominanten Akteur entweder als Anreiz oder als Sanktionsmittel eingesetzt werden, um die Übernahme einer Politikmaßnahme zu erzwingen.“ (Lütz, 2007: 136)

Die Debatte in der Policy-Transfer-Forschung fokussiert laut Benson und Jordan (2011) stark auf das Beschreiben und Erklären von Prozessen des Informationsaustausches. Dies geschieht demnach in erster Linie zwischen Akteuren auf dem nationalen Level (vgl. Benson/Jordan, 2011: 375). Der Transfer von Ideen und Informationen – im Kontext von Policy-Transfer - überschreitet dagegen zunehmend die nationalen Grenzen. Dieser Transfer geschieht demnach

in Netzwerken, die aber meist auch von nationalem Einfluss geprägt sind (vgl. Benson/Jordan, 2011: 375). Man könnte an dieser Stelle argumentieren, dass Policy-Transfer im Sinne von Ideen und Informationen, auch über die Medien-Berichterstattung vollzogen wird. Wenn bestimmte politische Inhalte bzw. Ideen regelmäßig aus einer bestimmten Perspektive so transportiert werden, können sie eine höhere politische Legitimation erfahren. In diesem Kontext wird es in der Framing-Analyse der vorliegenden Arbeit spannend zu sehen sein, welche Akteure, welche thematischen Perspektiven und Frames forcieren. Bei der Interpretation der Ergebnisse könnte man in der Folge einen möglicherweise intendierten Policy-Transfer in Form von Ideen und Informationen, argumentieren.

FF6: Wie positionieren sich die Akteure inhaltlich? Welche Zusammenhänge können demnach zwischen dem AkteurInnenframing und den anderen Stufen der Framing-Analyse hergestellt werden?

Evans rückt im Prozess des Policy-Transfers die Rolle des Akteurs in den Fokus. Dabei geht es nicht zuletzt um die kognitive Dimension der Entscheidungsfindung und darum, wie dahingehend Wissen gesammelt wird (vgl. Evans, 2009: 262). Dabei formuliert Evans folgende prägnante Definition der Kernkompetenz der Policy-Transfer-Forschung.

„ (...) focuses on the remarkable movement of ideas between systems of governance through policy transfer networks and the intermediation of agents of policy transfer.“(Evans, 2009: 263)

Damit ist das ständige Zirkulieren von Ideen innerhalb verschiedener Governance-Strukturen durch Netzwerke angesprochen. Die Rolle von Akteuren in diesem Kontext wird erneut herausgestrichen.

Die Ergebnisse der empirischen Arbeit werden zeigen, ob und inwieweit dieser Policy-Transfer auftritt. Zentral ist dabei eben der Zusammenhang zwischen dem AkteurInnenframing und den Basis-Frames, sowie auch die Korrelationen mit den selbst herausgearbeiteten Frames. Der angesprochene Policy-Transfer umfasst naturgemäß auch den durch supranationale Institutionen erzwungenen. Zentral sind dabei die Akteure der Europäischen Union (allen voran Kommission, Europäischer Gerichtshof und die EZB). Diese erlegen den Mitgliedsstaaten laut Lütz vor allem Auflagen zum Abbau von Marktbarrieren auf (vgl. Lütz, 2007: 136f.).

5. Framing-Ansatz

Die methodische Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit baut – wie bereits angesprochen – auf dem Framing-Ansatz auf. Nun sollen deshalb das theoretische Verständnis des Framing-Ansatzes und danach das konkrete Framing-Konzept für die empirische Arbeit (*Kapitel Forschungsdesign/Methoden*) dargestellt werden. Auf Basis dieses Konzeptes wird eine integrative Inhaltsanalyse nach Werner Früh durchgeführt, die im Anschluss noch näher erläutert wird (*Kapitel Forschungsdesign/Methoden*).

Zunächst gilt es zu klären, warum der Framing-Ansatz für die Problemstellung relevant ist. Potthoff (2011) argumentiert, dass Personen bzw. Journalisten bei der Darstellung eines Themas systematisch bestimmte Aspekte herausgreifen und betonen. Es erscheint plausibel, dass gleichzeitig andere Aspekte vernachlässigt werden. Dies sei im Journalismus alleine schon aus Gründen der Komplexitätsreduktion notwendig (vgl. Potthoff, 2011: 64). „(...) insbesondere dann, wenn bei einem Thema plurale Wirklichkeiten vorliegen.“ (Potthoff, 2011: 64) Auch Matthes argumentiert, dass sich die Framing-Analyse vor allem bei Streitthemen besonders eignet (vgl. Matthes, 2007: 140f.). Es erscheint an dieser Stelle nachvollziehbar, dass dies gerade bei wirtschaftspolitischen Themen als zutreffend angenommen werden kann. Gerade bei komplexen Problemen der europäischen Wirtschaftspolitik – wie der Griechenlandkrise/Schuldenkrise – erscheint eine Komplexitätsreduktion im Journalismus erforderlich. Auch die so genannten pluralen Wirklichkeiten wären aufgrund unterschiedlicher Ansätze in der Ökonomie bzw. in den Wirtschaftswissenschaften als zutreffend für das Thema der vorliegenden Arbeit, identifiziert. Dies unterstreicht die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit, im Kontext dieser Problemstellung eine Framing-Analyse durchzuführen.

5.1. Framing-Definition

Der Framing-Ansatz kann allgemein als durchaus differenziert beschrieben werden. Es gibt keine einheitliche Theorie und keine ganz einheitlichen Definitionen, wenngleich schon mehrere Theoretiker sich daran probiert haben, aus den unterschiedlichen Ansätzen eine gemeinsame Theorie zu formen (vgl. etwa Potthoff, 2011). Dennoch gibt es einige Gemeinsamkeiten in den Definitionen und Herangehensweisen an den Framing-Ansatz. Im Folgenden werden nun jene Definitionen und Argumentationen angeführt, die für das Forschungsdesign und die Forschungsthematik der vorliegenden Arbeit als die passendsten identifiziert wurden.

Matthes wählt für die Begriffsherleitung das strategische Framing als Ausgangspunkt. Demnach treffen vor allem bei viel diskutierten Themen verschiedene strategische Positionen aufeinander. Die verschiedenen Frames, in denen ein Problemfeld thematisiert wird, stellen damit jeweils eine dieser strategischen Positionen dar (vgl. Matthes, 2007: 134). Ein Frame setzt sich laut Matthes aus folgenden Frame-Elementen zusammen: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung und die Bewertung bzw. Einordnung eines Problems (vgl. Matthes, 2007: 134ff.).

Die Problemdefinition beschreibt den Themenaspekt, der herausgegriffen wird, zu dem sich ein Akteur äußert und der als zentral erachtet wird. Die Problemdefinition bestimmt den Blickwinkel auf das Thema (vgl. Matthes, 2007: 134f.). Die Ursachenzuschreibung, die personaler und situativer Natur sein kann, ist eine Notwendigkeit und ist bei politischen Themen die zentrale Frage für die politische Meinungsbildung (vgl. Matthes, 2007: 135). Unter die Lösungszuschreibung fallen die geforderten und zu unterlassenden Maßnahmen. Die auftretenden Akteure können sich auch selbst diese Lösungskompetenz für ein Problem zuschreiben und dementsprechend Maßnahmen vorschlagen (vgl. Matthes, 2007: 135f.). Das letzte Frame-Element, nämlich die explizite Bewertung bzw. Einordnung eines Problems, ist nicht als kategorisch, sondern als graduell zu verstehen. Entscheidend ist demnach, wie negativ oder positiv ein Zustand oder eine Situation ist. Grund hierfür ist, dass vielen Themen bereits eine Bewertung innewohnt (vgl. Matthes, 2007: 136). Matthes argumentiert, dass diese einzelnen Elemente konsistent miteinander verbunden und damit in der nahe gelegten Grundhaltung identisch sind (vgl. Matthes, 2007: 136).

„Anders formuliert, wir gehen davon aus, dass Akteure die Frames immer so gestalten, dass sie ein kohärentes Ganzes ergeben.“ (Matthes, 2007: 137)

Andernfalls könnte man demnach nicht von einem Frame sprechen. Es kann aber durchaus sein, dass ein oder zwei Elemente ausgelassen werden, weil durch das Vorhandensein einzelner Elemente, die anderen automatisch mit aktiviert werden. Dies identifiziert Matthes als implizite Frame-Elemente bzw. implizite Frames. Mindestens zwei Elemente und damit logischerweise mindestens ein wertendes muss demnach vorhanden sein (vgl. Matthes, 2007: 137ff.). Matthes definiert den Frame deshalb als ein Netzwerk von Urteilen zu einem Thema, das er auch als kohärenten Sinnhorizont bezeichnet (vgl. Matthes, 2007: 143).

„Dieser Sinnhorizont greift einen bestimmten Sinnzusammenhang heraus (Selektion) und hebt diesen besonders hervor (Salienz), während andere Sinnzusammenhänge ignoriert werden.“ (Matthes, 2007: 143).

Ein Frame setzt sich demnach aus einem spezifischen Muster von Frame-Elementen zusammen, die von einem sozialen Akteur angesprochen werden. Dieser Akteur kann eine einzelne Person sein, aber auch eine Gruppe oder eine Organisation (vgl. Matthes, 2007: 143). Von einem Frame kann laut Matthes erst dann die Rede sein, wenn er sich über mehrere Artikel hinweg identifizieren lässt und damit eine Bedeutung für den Diskurs verbunden ist (vgl. Matthes, 2007: 153).

„Aus unserer Sicht besteht der harte Kern des Framing-Forschungsprogramms in der Annahme von thematischen Strukturierungen (Frames), die von verschiedenen Akteuren vorgenommen werden und sich in sprachlichen Texten manifestieren können.“ (Matthes, 2007: 147f.)

Auch an dieser Framing-Definition wird die zentrale Rolle von Akteuren deutlich und unterstreicht die Notwendigkeit, in der empirischen Analyse auch ein AkteurInnenframing durchzuführen, um damit auch **FF4**, **FF5** und **FF6** zu beantworten, in denen dezidiert nach den Akteuren gefragt wird.

Bonfadelli (2009) argumentiert, dass im Kern des Framing-Ansatzes die Frage steht, aus welcher Perspektive ein Thema behandelt wird und welche Aspekte hervorgehoben bzw. vernachlässigt werden. Die konkrete Praxisrelevanz dieser Perspektivität ergibt sich demnach daraus, dass in der Öffentlichkeit meist verschiedene Interessensgruppen mit unterschiedlichen Ansichten um die Deutungshoheit bei politischen und wirtschaftlichen Themen kämpfen (vgl. Bonfadelli, 2009: 26). Medien-Frames erfüllen laut Bonfadelli die Funktion, dem Publikum eine ganz bestimmte Sicht bzw. Deutungsperspektive auf ein Thema nahezu legen. Dies geschehe in erster Linie durch Selektion, Hervorhebung und Folgerungen und gleichzeitig auch durch Weglassen von anderen Perspektiven (vgl. Bonfadelli, 2009: 28). Entman (1993) definiert den Framing-Prozess als das Heraussuchen und Hervorheben von einigen Aspekten einer wahrgenommenen Realität (vgl. Entman, 1993: 52). „ (...) in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation and/or treatment recommendation.“ (Entman, 1993: 52). Dahinden (2006) definiert Frames zudem als Deutungsmuster, die unterschiedliche Themen miteinander verknüpfen können. Sie nehmen demnach als themenunabhängige Deutungsmuster die Funktion der Strukturierung von Informationen ein. Auch Dahinden spricht in diesem Kontext die Komplexitätsreduktion und Selektion an (vgl. Dahinden 2006: 308). Die fünf Basis-Frames von Dahinden werden in der empirischen Analyse der vorliegenden Arbeit mit erhoben, um mögliche Zusammenhänge zwischen diesen themenunabhängigen bzw. strukturierenden Basis-Frames und den thematischen Frames, die im Zuge der Inhaltsanalyse mit der Faktorenanalyse erarbeitet

werden, zu ermitteln. Dementsprechend werden zusätzlich folgende zwei Forschungsfragen formuliert.

FF7: Wie unterscheiden sich die Häufigkeiten der Basis-Frames nach Dahinden vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza* und zwischen den beiden Zeitungen *SZ* und *FAZ*?

FF8: Wie werden die thematischen Frames der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands von der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in die Basis-Frames nach Dahinden eingebettet?

Matthes (2007) weist zudem darauf hin, dass allgemein zwischen Thema und Ereignis zu differenzieren ist. Ereignisse sind demnach konkrete Vorkommnisse, die auf Raum und Zeit beschränkt sind. Themen bilden dagegen ganze Realitätskomplexe ab (vgl. Matthes, 2007: 151). Diese Unterscheidung ist deshalb auch relevant, weil in der vorliegenden Arbeit dezidiert Themen im Fokus stehen sollen.

Entman (2007) verknüpft den Framing-Ansatz mit zwei anderen kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen – nämlich Priming und Agenda Setting. Framing verändert demnach die Interpretationen und Einstellungen des Publikums auch durch Priming-Effekte. Frames streichen demnach die Relevanz bestimmter Ideen heraus und ermutigen die Konsumenten auf eine bestimmte Art und Weise über bestimmte Sachverhalte zu denken (vgl. Entman, 2007: 164). Den Agenda-Setting-Ansatz bezeichnet Entman als Teil des Framing-Ansatzes. Das Agenda Setting stelle demnach die erste Funktion des Framing-Prozesses dar.

“Agenda setting can thus be seen as another name for successfully performing the first function of framing: defining problems worthy of public and government attention.” (Entman, 2007: 164).

Priming dagegen, beschreibt vielmehr das Ziel und den gewünschten Effekt des strategischen Framings bzw. der strategischen Akteure.

“Priming, then, is a name for the goal, the intended effect, of strategic actors’ framing activities” (Entman, 2007: 165).

Da Entman also annimmt, dass durch Framing die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger strategisch beeinflusst werden können, stellt er den Framing-Ansatz auch in einen Zusammenhang mit politischen Einflüssen und Macht-Diskursen. Demnach bestimmen politische Akteure eben genau durch Framing-Prozesse die Ansichten und Überlegungen der Menschen. Die Medien helfen demnach womöglich dabei, die politische Macht zu bestimmten Gruppen zu verschieben (vgl. Entman, 2007: 165f.). Wie die Forschung zur politischen

Kommunikation zeigt, spielen laut Entman unstrittige Fakten nur eine marginale Rolle bei der Formung der Frames, die mit entscheidend sind für das, wie das Publikum bestimmte Themenkomplexe wahrnimmt. Deshalb gilt es laut Entman stets zu hinterfragen, welche Machtverhältnisse hinter den Medien-Frames stehen und welche Machtverhältnisse eventuell durch Framing verändert werden können (vgl. Entman, 2007: 166). Gleichzeitig betont Entman, dass sich sein Forschungsvorhaben zu Medien-Darstellungen eher innerhalb der ideologischen Grenzen des Mainstreams der US-amerikanischen Politikverhältnisse bewegt. Andere Wissenschaftler würden laut Entman zu dem Schluss kommen, dass die Medien etwa systematisch pro Kapitalismus berichten (vgl. Entman, 2007: 166). Auch in der vorliegenden Arbeit werden ideologische Aspekte für die empirische Inhaltsanalyse dezidiert nicht berücksichtigt, um eine bessere Objektivität bzw. Validität der Ergebnisse zu erhalten. Erst in der Interpretation der Ergebnisse wird eventuell aufgrund von Schlussfolgerungen auf ideologische Ansätze eingegangen. Potthoff argumentiert in diesem Zusammenhang, dass Ideologien einen Einfluss auf das Selektionsverhalten ausüben, indem sie die Auswahl möglicher Frames auf die in der Ideologie enthaltenen einschränken. Er bezeichnet Frames deshalb auch als Indikatoren für Ideologien, die jedoch nur begrenzt Rückschlüsse auf sie zulassen (vgl. Potthoff, 2011: 167f.). Dies ist an dieser Stelle so zu betonen, da gerade ein Thema wie die Berichterstattung über die Griechenlandkrise sehr stark von ideologischen Auseinandersetzungen geprägt ist. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Wahl der linken *Syriza*-Partei in Griechenland – und vor allem auch an den bisher durchgeführten Studien zur Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands (siehe *Kapitel Forschungsstand*).

5.2. Die Rolle von Journalisten im Framing-Prozess

Brüggemann (2014) beschäftigt sich mit der Rolle der Journalisten im Framing-Prozess. Demnach sind Journalisten in dem vielfältigen Prozess involviert, in dem definiert wird, was im öffentlichen Diskurs allgemein oder in bestimmten Debatten spezifisch, zum Thema gemacht wird (vgl. Brüggemann, 2014: 62).

Generell kann man laut Brüggemann beim journalistischen Framing zwischen dem Weitergeben von Frames von anderen Akteuren aus diesem Themenfeld und den persönlichen Interpretationen des Journalisten in Bezug auf eine bestimmte Situation oder ein Thema unterscheiden. „Frame sending“ beschreibt den Prozess, wenn Journalisten die Frames von anderen öffentlichen Akteuren einfach präsentieren. „Frame setting“ meint, wenn das Framing der Berichterstattung stark von den persönlichen Interpretationen und Meinungen abhängt.

Brüggemann argumentiert, dass sich das journalistische Framing in einem Kontinuum zwischen diesen beiden Polen – „frame sending“ und „frame setting“ – befindet (vgl. Brüggemann, 2014: 62ff.). Boesman, Berbers, d’Haenens und Van Gorp fanden in ihrer Studie heraus, dass Journalisten bei exklusiven Informationen eher nur die Frames, die von den Quellen bzw. zitierten Akteuren dargelegt werden, präsentieren (frame sending). Wenn dagegen eine Geschichte schon öfters thematisiert wurde, treten die Journalisten demnach eher aktiv als frame-setter auf, weil dann Begründungen eine größere Rolle spielen (vgl. Boesman/Berbers/d’Haenens/ Van Gorp, 2015: 14). Aus dieser Argumentation könnte man in Bezug auf die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands wohl folgern, dass eher zweiteres zu erwarten ist, da es sich dabei um ein Thema, das über einen langen Zeitraum präsent ist, handelt, und Kontextualisierungen in diesem Zusammenhang zentral sind.

Brüggemann argumentiert, dass aber in der Praxis grundsätzlich ohnehin zumeist eine Mischung aus den beiden Arten des journalistischen Framings vorzufinden sein wird.

„In the middle, a third category exists: It denotes the practice of sending frames by different actors and contextualizing their frames, thus providing the audience with indirect hints about which frames are more appropriate in the respective situation (...)“ (Brüggemann, 2014: 66)

Wenn also in einem Bericht die Perspektiven von verschiedenen Akteuren präsentiert werden, dann ist vor allem die Kontextualisierung entscheidend, mit der der Journalist Hinweise darauf gibt, welche Ansichten plausibler sind. Wenn dagegen Aussagen und Standpunkte von Akteuren ohne nähere Kontextualisierung veröffentlicht werden, dann stellt das laut Brüggemann schon eine Form der Legitimierung dieser Argumente in der öffentlichen Diskussion dar (vgl. Brüggemann, 2014: 67). Umgelegt auf die Thematik der vorliegenden Arbeit bedeutet dies, dass etwa die Argumente von europäischen Institutionen womöglich dadurch legitimiert werden, dass sie wiederholt in der Berichterstattung über die Griechenlandkrise referiert werden, ohne nähere Kontextinformationen oder alternative Meinungen zu präsentieren. Bei politischen Maßnahmen wie der Austeritätspolitik oder auch bei Schuldzuweisungen für die Schuldenkrise wäre dies etwa denkbar. Gerade vor dem Hintergrund dieser hohen Relevanz der Kontextualisierung im Framing-Prozess, die demnach also auch eng mit der Legitimierung von Politikinhalt (policy) verknüpft ist, wurde im *Kapitel Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* auf die Hintergründe und verschiedenen Perspektiven und Kontexte der Schuldenkrise Griechenlands aus politökonomischer Sicht eingegangen.

Während der Forschungsansatz des journalistischen Framings zwar grundsätzlich auf die individuelle Ebene fokussiert, so betont auch Brüggemann, dass die einzelnen Journalisten immer auch als in kulturelle, organisationelle und soziale Kontexte eingebettet zu betrachten sind. Bei der Betrachtung des journalistischen Framings sind etwa auch professionelle Routinen und Vorgaben der News-Organisation zu beachten (vgl. Brüggemann, 2014: 67f.). Verschiedene Faktoren können laut Brüggemann einen Einfluss auf den Framing-Prozess haben – wie etwa das Selbstverständnis des Journalisten, der bei einem interventionistischen Rollenverständnis eher selbst aktiv entscheiden wird, welcher Frame von welchem Akteur nun passend für das Thema ist. Dies hängt unter anderem auch davon ab, inwiefern dabei ein Bezug zu den eigenen Meinungen und Werten gegeben ist. Am Makrolevel kann für das Zustandekommen eines bestimmten Framings entscheidend sein, ob etwa am Level der nationalen Elite bis zu einem gewissen Grad ein Konsens zu einem Thema besteht und dieser auch noch die Ansichten des Journalisten bestätigt (vgl. Brüggemann, 2014: 71f.). Boesman, Berbers, d’Haenens und Van Gorp argumentieren, dass es sich beim journalistischen Framing um einen dynamischen Prozess handelt, in dem Journalisten mit verschiedenen Quellen und Newswerten umgehen müssen. Neben dem bereits mehrfach angesprochenen Einfluss der politischen und ökonomischen Eliten, üben demnach auch die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf den Framing-Prozess aus. Durch Human-Interest-Stories oder Geschichten, die auf der persönlichen Ebene ansetzen, kann demzufolge das Licht auf größere soziale Probleme geworfen werden (vgl. Boesman/Berbers/d’Haenens/ Van Gorp, 2015: 14). Dieser Einfluss von Bürgerinnen und Bürger auf den Framing-Prozess kann in der empirischen Analyse mit dem AkteurInnenframing erfasst werden, indem Bürger in Leserkommentaren als Hauptakteur auftreten.

5.3. Framing-Effekte

Abschließend erscheint es noch erforderlich, kurz auf Framing-Effekte einzugehen. Auch wenn in der vorliegenden Arbeit die Wirkung von Frames beim Publikum nicht untersucht wird, wird doch implizit bis zu einem gewissen Grad ein Effekt angenommen. Nicht zuletzt aus den angenommenen Framing-Effekten beim Publikum ergibt sich ja auch die gesellschaftspolitische Relevanz der Thematik.

Matthes (2012) argumentiert, dass die News-Frames durch das Auswählen und Hervorheben bestimmter Informationen und das Weglassen anderer Aspekte, die Sichtweisen und Interpretationen des Publikums gegenüber Themen verändern können (vgl. Matthes, 2012:

250). Gleichzeitig weist er auch darauf hin, dass die Menschen den News-Frames der Medien auch nicht einfach blind folgen. Vielmehr bestimmen verschiedene Faktoren, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger beeinflusst werden. Beispielsweise belegen Studien, dass nur jene Frames einen Einfluss erzielen, die immer wieder in den Medien thematisiert werden. Außerdem erscheinen Framing-Effekte schwächer zu sein, wenn andere konkurrierende Frames präsent sind (vgl. Matthes, 2012: 250). Diese Erkenntnisse aus der Wirkungsforschung müssen in der Interpretation der Ergebnisse jedenfalls berücksichtigt werden. Entscheidend für messbare Effekte beim Publikum sind also die häufige Verwendung der Frames und das Alleinstellungsmerkmal bzw. das Fehlen direkt konkurrierender Frames.

„Frames exert their power by repeatedly invoking the same pattern of consistent frame elements giving citizens a chance to notice, understand, and store the mental association for future applications” (Matthes, 2012: 252).

Abgesehen davon sind die Framing-Effekte laut Matthes von der Glaubwürdigkeit der News-Quelle, früheren Einstellungen und interpersonaler Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern abhängig (vgl. Matthes, 2012: 250). Um zumindest die Glaubwürdigkeit der News-Quelle zu gewährleisten, wurden für den Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit bewusst Qualitätszeitungen gewählt, und nicht etwa Boulevardblätter.

6. Forschungsdesign und Methode

6.1. Forschungsfragen, Untersuchungszeitraum und Untersuchungsgegenstand

Nach dem Ende des Theorieteils und zu Beginn des empirischen Teils der Arbeit, werden nun gesammelt alle Forschungsfragen, sowie der Untersuchungsgegenstand und die Untersuchungszeiträume angeführt. Das folgende Forschungsdesign, das vierstufige Framing-Konzept, und die Methode, bauen auf den acht Forschungsfragen auf und sollen eine Beantwortung der Forschungsfragen ermöglichen.

Forschungsleitende Fragestellung: Welche Perspektiven und Frames werden im Rahmen der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands rund um den Wahlsieg von *Syriza* von den Leitmedien der deutschen Qualitäts-Tageszeitungen verwendet?

FF1: Wie unterscheiden sich die verwendeten thematischen Perspektiven und Frames vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*?

FF2: Wie unterscheiden sich die verwendeten thematischen Perspektiven und Frames zwischen der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*?

FF3: Welche wertenden Tendenzen in Bezug auf die griechische Regierung können in der *SZ* und *FAZ* identifiziert werden und wie unterscheidet sich die Tendenz zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen und Zeitungen?

FF4: Welche Akteure können in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands identifiziert werden und wie unterscheiden sich deren Häufigkeiten vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*, sowie zwischen *Süddeutscher Zeitung* und *Frankfurter Allgemeiner Zeitung*?

FF5: Wie positionieren sich die Akteure gegenüber der griechischen Regierung?

FF6: Wie positionieren sich die Akteure inhaltlich? Welche Zusammenhänge können demnach zwischen dem AkteurInnenframing und den anderen Stufen der Framing-Analyse hergestellt werden?

FF7: Wie unterscheiden sich die Häufigkeiten der Basis-Frames nach Dahinden vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza* und zwischen den beiden Zeitungen *SZ* und *FAZ*?

FF8: Wie werden die thematischen Frames der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands von der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in die Basis-Frames nach Dahinden eingebettet?

Untersuchungsgegenstand:

Leitmedien der deutschen überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen: *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Untersuchungszeiträume:

Vor dem Wahlsieg von *Syriza*: 1. Juni bis 31. Dezember 2014

Nach dem Wahlsieg von *Syriza*: 25. Jänner bis 25. April 2015.

6.2. Framing-Ansatz und die Inhaltsanalyse

Im Folgenden wird nun die theoretische Herangehensweise des Framing-Ansatzes mit der empirischen Methode der Inhaltsanalyse verknüpft. Einige Theoretiker, die sich mit dem Framing-Ansatz beschäftigt haben, sehen in der Inhaltsanalyse die passende Methode. Potthoff (2011) beschreibt die Framing-Analyse in seiner theoretischen Dissertation als ein empirisches Verfahren, das das Ziel hat, das Phänomen des Frames sichtbar zu machen. Der Begriff beschreibt also nur, wonach gesucht wird. Bei der Analyse textueller Frames, die in der vorliegenden Arbeit im Fokus stehen werden, eignet sich demnach besonders die Inhaltsanalyse als Methode (vgl. Potthoff, 2011: 282f.). Matthes (2007) betont, dass sowohl die induktive, als auch die deduktive inhaltsanalytische Vorgehensweise für die Identifizierung von Frames jeweils Vor- und Nachteile haben. Speziell die Validität einer qualitativen Frame-Analyse ist demnach davon abhängig, wie gut die Ableitung der Frames dokumentiert ist und wie gut erklärt wird, warum diese Frames und nicht andere gefunden wurden (vgl. Matthes, 2007: 88). Nicht zuletzt aufgrund dieser unterschiedlichen Vor- und Nachteile werden in der vorliegenden Arbeit induktive und deduktive Forschungsschritte miteinander kombiniert.

Matthes sieht die Funktion der Inhaltsanalyse in diesem Kontext in der Erfassung der einzelnen Frame-Elemente. Wenn diese sich in einer charakteristischen Weise gruppieren und zu Mustern formen und dieses Muster über mehrere Texte hinweg identifiziert werden kann, kann man von einem Frame sprechen. Die Frames sollen dabei demnach nicht direkt inhaltsanalytisch kodiert werden, sondern eben die einzelnen Ausprägungen der Frame-Elemente (vgl. Matthes, 2007: 153f.).

Zur Identifizierung dieser wiederholt auftretenden Muster können laut Matthes Gruppierungsverfahren wie die Clusteranalyse und die Analyse Latenter Klassen eingesetzt werden (vgl. Matthes, 2007: 156). Die Analyse Latenter Klassen ist laut Matthes der

Clusteranalyse vorzuziehen, da er die Entscheidung, wie viele Frames bestimmt werden, als eine der wichtigsten in der ganzen Analyse betrachtet. Die Anzahl der Frames könne demnach mit einer Clusteranalyse nicht immer überzeugend bestimmt werden (vgl. Matthes, 2007: 157). Die Gruppenvariable bzw. die Frames werden zudem bei der Analyse Latenter Klassen als latente Variablen begriffen und dies entspricht damit dem theoretischen Verständnis, dass Frames nicht direkt beobachtbar und kodierbar sind (vgl. Matthes, 2007: 157). Bei der konkreten Durchführung des Verfahrens werden bei einer Analyse Latenter Klassen zudem neben der Variable für die Clusterzugehörigkeit, auch die Variablen für die Zugehörigkeitswahrscheinlichkeiten abgespeichert (vgl. Matthes, 2007: 157).

„Nicht jeder Beitrag muss einen Frame aufweisen, sondern jeder Beitrag hat eine bestimmte Wahrscheinlichkeit, dass ein oder mehrere Frames vorhanden sind.“ (Matthes, 2007: 158)

6.3. Das vierstufige Framing-Konzept

Die für die vorliegende Arbeit konzipierte Framing-Analyse orientiert sich grob an der Vorgehensweise von Luttitz (2015), die in ihrer Dissertation ebenfalls eine vierstufige Framing-Analyse konzipierte. Auch die Framing-Analyse der vorliegenden Arbeit besteht aus vier Stufen.

Stufe 1: Thematisches Framing (vgl. auch Luttitz, 2015: 130f.)

Induktiv werden zunächst jene Themen, die die Berichterstattung über die Griechenlandkrise im vorgegebenen Zeitraum bestimmen, herausgearbeitet. Diese induktive Erstellung einer Themenliste bzw. eines Kategoriensystems orientiert sich methodisch an der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (mehr dazu im *Kapitel Inhaltsanalyse als Methode*). Das Ergebnis ist ein Kategoriensystem, das die unterschiedlichen Perspektiven auf den Themenkomplex *Schuldenkrise Griechenlands* aufzeigen soll. Dabei werden die Berichte aus dem Untersuchungszeitraum zufällig ausgewählt. Dabei wird darauf geachtet, dass alle Zeiträume innerhalb des Untersuchungsmaterials berücksichtigt werden. Die qualitative Inhaltsanalyse ist abgeschlossen, wenn das Kategoriensystem als gesättigt angesehen werden kann und sich keine neuen zentralen Aspekte mehr ergeben. Die Kategorien werden dann im *Kapitel Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse* einzeln dargestellt, erläutert und anhand von einigen Ankerbeispielen aus dem Untersuchungsmaterial verständlich dargestellt. Diese Darstellung der Kategorien, die im Zuge der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring herausgearbeitet werden, stellen den ersten Teil der empirischen Analyse und der Ergebnisse der vorliegenden

Arbeit dar und sollen einen ersten (vor allem qualitativen und damit erklärenden) Einblick in die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands im vorgegebenen Zeitraum, geben. Anschließend werden die Kategorien – gemäß der integrativen Inhaltsanalyse nach Werner Früh – anhand einer größeren Datenmenge messbar gemacht. (Mehr dazu im *Kapitel Inhaltsanalyse als Methode*). Neben einfachen Häufigkeitsanalysen, können zudem mit der Faktorenanalyse dahinterstehende Strukturen ermittelt werden, um damit die Rahmen bzw. Frames herauszuarbeiten.

Stufe 2: Tendenzframing (vgl. auch Luttitz, 2015: 131)

Variable: Wertende Tendenz des Artikels in Bezug auf die griechische Regierung.

In dieser zweiten Stufe wird die Tendenz des Artikels in Bezug auf die griechische Regierung und ihre Vertreter erhoben. Die Durchführung dieser Tendenzanalyse orientiert sich an der Vorgehensweise von Luttitz (2015: 131f.), die die Tendenz ihrer Artikel auf einer sechsstufigen Skala erhoben hat. Demnach wird *ambivalent* angegeben, wenn sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen, die in etwa ausgewogen dargestellt werden und jeweils einen wertenden Charakter haben. Wenn dagegen nur positive Aspekte angegeben sind, dann ist die Tendenz des Artikels als *sehr positiv* zu codieren. Bei nur negativen Aspekten, als *sehr negativ*. Wenn die positiven Aspekte überwiegen, dann ist *eher positiv* zu codieren. Wenn die negativen Aspekte überwiegen, dann ist *eher negativ* zu codieren. Wenn objektiv berichtet wird, ohne subjektive Meinungen zu integrieren, ist *neutral* zu codieren (siehe auch *Kapitel 7.3. Operationalisierung der anderen Stufen des Framing-Ansatzes*).

Stufe 3: Hauptakteur

In diesem dritten Schritt wird der Hauptakteur des Artikels codiert. AkteurInnen bzw. KommunikatorInnen sind jene Personen, die sich zu dem Thema „Schuldenkrise Griechenlands“ äußern.

„KommunikatorInnen werden anhand der Länge der Aussagen bzw. nach den Häufigkeiten der Nennungen ausgewählt. Erkannt werden DiskursteilnehmerInnen durch ihre indirekte oder direkte Aussage. KommunikatorInnen können auch die JournalistInnen selbst sein. Anhaltspunkt ist, wenn JournalistInnen als ArtikelverfasserInnen, namentlich genannt werden wie zum Beispiel ‚Florian Hitz aus Rom berichtet‘.“ (Luttitz, 2015: 132)

Vor allem bei Kommentaren können die Journalisten klar als Kommunikatoren identifiziert werden. Wenn in einem Artikel mehrere Akteure auftreten, dann wird - wie auch schon Luttitz

argumentiert, der Akteur mit den meisten Aussagen codiert. Bei gleicher Anzahl an Aussagen wird jeweils der zuerst auftretende analysiert (vgl. Lutttitz, 2015: 132). Möglich ist auch, dass etwa eine Institution in einem Artikel zwar sehr präsent ist und den Inhalt der Berichterstattung durch gesetzte Maßnahmen oder Ankündigungen prägt, aber nicht explizit als Kommunikator auftritt. Auch in einem solchen Fall wäre diese Institution als Hauptakteur zu codieren.

Stufe 4: Die fünf Basis-Frames nach Dahinden (2006)

In der vierten und letzten Stufe der Framing-Analyse werden die Basis-Frames nach Dahinden (2006) identifiziert bzw. die bisher herausgearbeiteten Themen in diese fünf themenunabhängigen Basis-Frames eingebettet. Diese Frames müssen im jeweiligen Artikel also nicht als eigenständiges Thema genannt werden. Pro Artikel können keine, einer oder mehrere Frames vorliegen (vgl. Lutttitz, 2015: 135f.). Die deduktive Analyse der Basis-Frames nach Dahinden ermöglicht die Vergleichbarkeit mit anderen Studien, die diese Frames ebenfalls identifiziert haben. Gerade vor dem Hintergrund des Framing-Ansatzes erscheint die Kombination von induktiven und deduktiven Analyseschritten besonders geeignet. So unterscheidet etwa Brüggemann grundsätzlich zwischen generic-frames und issue-specific frames und betont, dass die Relationen und Korrelationen zwischen diesen beiden Arten von Frames auch Teil von empirischen Analysen sein sollten (vgl. Brüggemann, 2014: 64). Dies unterstreicht die empirische Vorgehensweise in der vorliegenden Arbeit, da hier mit der Kombination aus einem themenspezifischen induktiven Ansatz und einer deduktiven Analyse nach Dahinden gearbeitet wird. Dementsprechend können hier eben diese zwei unterschiedlichen Formen von Frames im Zuge der Auswertung der Ergebnisse miteinander verglichen werden. Die fünf Basis-Frames nach Dahinden werden nun kurz erläutert.

1. Konflikt

Beim ersten Basis-Frame stehen Interessenskonflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen im Fokus (vgl. Dahinden, 2006: 108). Wenn also ein Thema von solchen Interessenskonflikten geprägt ist, dann ist in diesem Artikel jedenfalls *Konflikt* zu codieren. Im Fall der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands wäre etwa denkbar, dass innerhalb eines Berichtes thematisiert wird, dass Einsparungen im Sozialstaat zwar kurzfristig die Schuldenlast des Staates verringern und dies durchaus im Interesse der Gläubiger ist, dass diese Maßnahmen aber gleichzeitig zu sozialen Spannungen und Verwerfungen in der griechischen Bevölkerung führen können und damit deren Interessen beeinträchtigt werden.

2. Wirtschaftlichkeit

Der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* ist zu zuordnen, wenn das Thema aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel dargestellt wird. Finanzen spielen demnach eine wichtige Rolle, sowie auch die Effektivität und Effizienz von Maßnahmen (vgl. Dahinden, 2006: 108).

3. Fortschritt

Dieser Frame wird codiert, wenn bei der Darstellung des Themas, neues wissenschaftliches Wissen eine zentrale Rolle einnimmt (vgl. Dahinden, 2006: 108). So könnten im Kontext der Berichterstattung über die Griechenlandkrise neue wissenschaftliche Studien vorliegen, aus denen sich die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen ableiten lässt.

4. Moral, Ethik und Recht

Der vierte Basis-Frame wird codiert, wenn das Thema im Kontext von moralischen, ethischen und rechtlichen Fragen diskutiert wird. „Dazu gehören die Grundrechte, die Korruption, biologische Grundlagen sowie der Privat-, Wirtschafts- und Umweltbereich.“ (Luttitz, 2015: 136)

5. Personalisierung

Ein Thema ist dem letzten Frame Personalisierung zu zuordnen, wenn es aus einer personalisierten Betroffenheit heraus dargestellt wird (vgl. Dahinden, 2006: 108). Denkbar wäre in diesem Zusammenhang etwa, dass die Folgen der Griechenlandkrise an konkreten Personen aus der griechischen Bevölkerung festgemacht werden.

6.4. Die Inhaltsanalyse als Methode

Die Methode, mit der die Framing-Analyse durchgeführt wird, ist die Inhaltsanalyse. Die Vorgehensweise orientiert sich grundsätzlich an der integrativen Inhaltsanalyse nach Werner Früh und an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring.

Die Inhaltsanalyse als empirische Methode

Grundsätzlich ist der Anspruch der inhaltsanalytischen Methode laut Mayring (2010) die Analyse fixierter Kommunikation. Sie will dabei systematisch, regel- und theoriegeleitet vorgehen (vgl. Mayring, 2010: 13). Dabei verfolgt die Methode laut Früh (2015) ein inhaltsanalytisches Abstraktionsinteresse. Am ausgewählten Datenmaterial werden demnach theoretische Konstrukte gemessen, die nur einen Teil der insgesamt vorhandenen semantischen

Komponenten in den Texteinheiten darstellen (vgl. Früh, 2015: 53). Die Inhaltsanalyse kann dabei nicht nur das erfassen, was wörtlich dasteht, sondern auch indirekte und implizite Nebenbedeutungen, die sich aus dem sprachlichen Kontext ergeben und als evidente Bedeutungsimplicationen vorliegen (vgl. Früh, 2015: 60ff.). Grundsätzlich ist die Inhaltsanalyse als Suchstrategie konzipiert, bei der von Beginn weg klar definiert sein muss, wonach gesucht wird (vgl. Früh, 2015: 74).

Grenzen und Möglichkeiten der Inhaltsanalyse

Ziel ist es dabei, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu treffen (vgl. Mayring, 2010: 13). Diesen interpretativen Schluss von Mitteilungsmerkmalen auf externe Sachverhalte nennt man Inferenz. Die Aussagekraft dieser aufgrund von inhaltsanalytischen Ergebnissen getroffenen Inferenzen, sind demnach jedoch begrenzt (vgl. Früh, 2015: 46).

Entscheidend für den Forschungsprozess der Inhaltsanalyse ist dabei, dass die gewählte Perspektive, die eigenen Vorstellungen und die Vorgehensweise detailliert offengelegt werden, damit die Analyse auch für Dritte nachvollziehbar ist und auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft werden kann (vgl. Früh, 2015: 21f.). Die Dokumentation der Vorgehensweise muss dabei so genau sein, dass eine identische Wiederholung des Erkenntnisvorgangs ermöglicht wird (vgl. Früh, 2015: 130).

„Die Entwicklung, Durchführung und Interpretation einer Inhaltsanalyse ist ein einziger, lückenloser Argumentationszusammenhang.“ (Früh, 2015: 27)

Für die Gewährleistung des wissenschaftlichen Gütekriteriums Reliabilität wird üblicherweise bei der Inhaltsanalyse so vorgegangen, dass die gesamte Analyse oder relevante Ausschnitte davon, von mehreren Personen durchgeführt und die Ergebnisse miteinander verglichen werden (Intercoderreliabilität) (vgl. Mayring, 2010: 117). Davon zu unterscheiden ist die Intracoderreliabilität, bei der der gleiche Inhaltsanalytiker am Ende der Analyse nochmals relevante Ausschnitte aus dem Material kodiert, ohne seine ersten Kodierungen zu kennen (vgl. Mayring, 2010: 117).

Die Kombination von qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse

Grundsätzlich ist es nach Früh erforderlich, themenspezifische Kategoriensysteme zu entwickeln (vgl. Früh, 2015: 15). Diese themenspezifische Kategorienbildung vollzieht sich in der vorliegenden Arbeit in der ersten Stufe der Framing-Analyse – in der induktiven Kategorienbildung und Themenfindung. Diese themenspezifische Kategorienbildung orientiert

sich - wie weiter oben bereits angesprochen - an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Dieser qualitative Schritt wird anschließend – ganz im Sinne der integrativen Inhaltsanalyse von Werner Früh – durch einen quantitativen ergänzt.

„(...) nämlich, dass die Häufigkeit „qualitativer“ Merkmale an einer Vielzahl von Texten ermittelt, das heißt gezählt wird. Insofern ist sie also in der Regel zwar eine quantifizierende Methode, die aber die qualitative Analyse voraussetzt.“ (Früh, 2015: 41).

Für die vorliegende Arbeit wird also eine Kombination von qualitativen und quantitativen Analyseschritten vorgenommen. Die strikte Trennung der beiden wissenschaftlichen Vorgehensweisen wird in der Methodenliteratur immer wieder kritisiert. So sieht etwa Mayring die qualitative Inhaltsanalyse nicht als Alternative zur quantitativen Inhaltsanalyse. Vielmehr enthalte eine Inhaltsanalyse in der Regel sowohl qualitative, als auch quantitative Schritte (vgl. Mayring, 2010: 48).

„Zusammenfassend wird dadurch eine grundsätzliche Abfolge im Forschungsprozess beschrieben: Von der Qualität zur Quantität und wieder zur Qualität.“ (Mayring, 2010: 22).

Auch Früh vertritt mit seiner Integrativen Inhaltsanalyse dahingehend einen sehr ähnlichen Standpunkt wie Mayring. Sein Verständnis der Methode suggeriert, dass die Häufigkeit von qualitativen Merkmalen an einer Vielzahl von Texten ermittelt wird. Demnach sei die Inhaltsanalyse also grundsätzlich eine quantifizierende Methode, die aber eine qualitative Analyse voraussetzt (vgl. Früh, 2015: 41). Demzufolge besteht laut Früh eine wichtige Strategie im Forschungsprozess auch darin, der Inhaltsanalyse eine Explorationsphase vorzuschalten (vgl. Früh, 2015: 74).

Grundsätze der qualitativen Inhaltsanalyse

Mayring formuliert für die qualitative Inhaltsanalyse vier Grundsätze. Entscheidend ist demnach ein systematisches Vorgehen, das Einordnen des Materials in ein Kommunikationsmodell, die Kategorien als Zentrum der Analyse und die Überprüfbarkeit an den Gütekriterien (vgl. Mayring, 2010: 29). Mayring bezeichnet die qualitative Inhaltsanalyse als Verstehensprozess, der auch darauf abzielt, latente Sinngehalte zu erfassen (vgl. Mayring, 2010: 32). Der Text wird dabei in Zusammenfassungen reduziert. Dabei beschreibt Mayring einige reduktive Prozesse – etwa das Weglassen von Propositionen. Zusammengehörige Propositionen werden durch begrifflich übergeordnete und abstraktere Propositionen zusammengefasst. Durch die Selektion werden zentrale Propositionen herausgearbeitet. Diese werden in der Folge auch zusammenfassend als Ganzes wiedergegeben – also gebündelt. Das

Ziel ist es eben, durch diese reduktiven Prozesse das sprachliche Material systematisch zusammenzufassen (vgl. Mayring, 2010: 44ff.). Ein Hauptanliegen von Mayring ist das systematische Vorgehen der Inhaltsanalyse. Dies könne durch vorab festgelegte Regeln gewährleistet werden (vgl. Mayring, 2010: 49).

Für den Forschungsprozess ist es erforderlich, die Analyseeinheiten festzulegen. Die Kodiereinheit legt fest, was der kleinste Materialbestandteil ist, der unter eine Kategorie fallen kann. Die Kontexteinheit legt den größten Textbestandteil fest, der unter eine Kategorie fallen kann. Die Kategorien werden dann in einem Wechselverhältnis zwischen der Fragestellung und dem konkreten Material entwickelt. (vgl. Mayring, 2010: 59).

Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung

Mayring differenziert drei Grundformen des Interpretierens. Aus Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung gilt es demnach, je nach Forschungsfrage und Material, die geeignete Analysetechnik auszuwählen (vgl. Mayring, 2010: 64f.). Ziel der Analysetechnik Zusammenfassung ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, die immer noch ein Abbild des Grundmaterials darstellen. Im Zuge der Explikation werden für das Verständnis von einzelnen fraglichen Textteilen zusätzliches Material herangetragen. Die Strukturierung verfolgt das Ziel, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, einen Querschnitt durch das Material zu legen und es aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen (vgl. Mayring, 2010: 65).

Bei der empirischen Analyse der vorliegenden Arbeit steht die Analysetechnik der Zusammenfassung im Fokus, da diese für das Forschungsziel als die passendste Technik angesehen wird. Die Analysetechnik der Explikation kann aber dennoch in einigen Fällen zum Einsatz kommen, wenn zur Erläuterung einer Textstelle auf den Textkontext des Artikels zurückgegriffen werden muss. Diese Form der Explikation bezeichnet Mayring als enge Kontextanalyse (vgl. Mayring, 2010: 66).

Induktive Kategorienbildung bei der qualitativen Inhaltsanalyse

Da bei solchen reduzierenden Textanalyseprozessen nur bestimmte Bestandteile berücksichtigt werden, handelt es sich um eine Art induktiver Kategorienbildung (vgl. Mayring, 2010: 66). Dabei gehen nur jene Ausdifferenzierungen in die Inhaltsanalyse ein, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant und aussagekräftig sind (vgl. Früh, 2015: 79).

Der Ablauf der induktiven Kategorienbildung vollzieht sich nun nach Mayring zunächst mit der Bestimmung der Analyseeinheiten und der Paraphrasierung der inhaltstragenden Textstellen. Danach folgt die Generalisierung der Paraphrasen unter einem festgelegten Abstraktionsniveau. In einem vierten Schritt wird das Material in einer ersten Reduktion durch Selektion und das Streichen bedeutungsgleicher Paraphrasen komprimiert. Im Anschluss kann je nach Bedarf noch eine zweite Reduktion durch Bündelung und Integration von Paraphrasen auf dem angestrebten Abstraktionsniveau folgen. Diese neuen Aussagen werden als Kategoriensystem zusammengestellt und abschließend folgt eine Rücküberprüfung des zusammenfassenden Kategoriensystems am Ausgangsmaterial (vgl. Mayring, 2010: 68).

Früh betont, dass in vielen Fällen der Kontext entscheidend ist. Der Kontext einer Aussage wird also oft entscheidend sein, welche Interpretation bzw. Zuordnung die richtige ist. Dabei werden eben Bedeutungen kodiert. Die Kategorien werden als Bedeutungsraum konzipiert, der durch angegebene inhaltliche Kriterien determiniert ist (vgl. Früh, 2015: 131).

Diese induktive Kategoriendefinition leitet die Kategorien nach Mayring direkt aus dem Material ab, ohne sich dabei auf davor formulierte theoretische Konzepte zu beziehen (vgl. Mayring, 2010: 83). Mayring argumentiert in diesem Zusammenhang auch, dass es sinnvoll erscheint, dass in der Folge quantitative Analysen angefügt werden können, wie etwa die Messung der Häufigkeiten von Kategorien (vgl. Mayring, 2010: 85).

Ziel der explorativen Phase der Inhaltsanalyse

Das Codebuch, das am Ende der induktiven Phase der Inhaltsanalyse steht, besteht laut Früh in der Regel aus vier Teilen: „1. Formale Identifikationskennzahlen für die Analyseeinheiten. 2. Allgemeine Codierhinweise. 3. Kategoriensystem. 4. Kategoriendefinitionen“ (Früh, 2015: 166) Anhand dieses Codebuchs werden anschließend die Kategorien im ganzen Untersuchungsmaterial erhoben.

„Man geht also zwar von Individual- bzw. Einzeldaten aus, kommt dann aber zu Kollektiv- bzw. Aggregatdaten, mit denen man letztlich arbeitet. Jede neue Errechnung von Aggregatdaten greift wieder auf die Einzeldaten zurück.“ (Früh, 2015: 193)

Die anderen Stufen der Framing-Analyse, die im Framing-Konzept näher erläutert wurden, werden in der quantitativen Phase der Inhaltsanalyse mit erhoben. Gemeint sind damit das Tendenzframing, das AkteurInnenframing, sowie die fünf Basis-Frames nach Dahinden. Bei all diesen anderen Ebenen handelt es sich um themenunabhängige Aspekte. Die themenbezogene Framing-Analyse ist also nur eine von vier Stufen in dem vorliegenden Konzept der Framing-

Analyse. Auch die anderen Stufen werden in der explorativen Phase der Inhaltsanalyse genauer operationalisiert. Beim Tendenzframing erscheint es etwa erforderlich, anhand von Ankerbeispielen festzumachen, welche Aspekte der Berichterstattung bzw. welche Aussagen, mit welcher Tendenz gegenüber der griechischen Regierung kodiert werden. Für das AkteurInnenframing werden die auftretenden Hauptakteure identifiziert, um das Codebuch auch in diesem Punkt zu vervollständigen. Für die fünf Basis-Frames nach Dahinden werden Ankerbeispiele aus dem Untersuchungsmaterial angeführt, um die folgende Codierung transparenter zu gestalten

Die quantitative Inhaltsanalyse – Codierregeln und Indikatoren

Bis jetzt wurde die Inhaltsanalyse allgemein als empirische Methode, die Kombination von qualitativen und quantitativen Verfahren, sowie das Vorgehen bei der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring explizit beschrieben. Nun stehen abschließend noch die Grundelemente der quantitativen Inhaltsanalyse im Fokus.

Vor der Durchführung bzw. Auswertung einer quantitativen Inhaltsanalyse müssen laut Früh die Interpretationsweisen durch Definitionen und Codierregeln begrenzt und offen gelegt werden (vgl. Früh, 2015: 47). Die Schwierigkeit, diese einzelnen Bedeutungsklassen operational voneinander zu unterscheiden, lässt sich mit Hilfe von Indikatoren lösen. Hierfür werden möglichst viele konkrete Beispiele angeführt, um die gemeinten Interpretationsweisen zu verdeutlichen. Gleichzeitig werden durch Grenzfälle die Übergänge markiert (vgl. Früh, 2015: 65). Im Kategoriensystem ist die Trennschärfe entscheidend. Jede Kategorie sollte einen eindeutigen und klar abgrenzbaren Bedeutungsgehalt repräsentieren, sodass die Untersuchungsobjekte zugeordnet werden können (vgl. Früh, 2015: 83). Die Indikatoren beschreiben dabei nicht direkt sinnlich wahrnehmbare Sachverhalte (vgl. Früh, 2015: 84).

„Neben der Offenlegung des Verfahrens sind es insbesondere die drei Kriterien: Vollständigkeit und Trennschärfe von Kategorien und Indikatoren, sowie Invarianz der Codierregeln bzw. Systematik.“ (Früh, 2015: 99)

Die operationalen Definitionen sollen grundsätzlich nur Interpretationsspielräume eingrenzen. Dabei geht es vor allem auch um die Offenlegung der Zuordnung von konkreten Textstellen zu bestimmten Kategorien (vgl. Früh, 2015: 132).

Besonders strittige Textstellen können als Beispiele in die Definition aufgenommen werden, um die Grenzen des zulässigen Interpretationsspielraums zu markieren und auch durch Gegenbeispiele zu illustrieren (vgl. Früh, 2015: 132). Die Indikatorenlisten dienen dabei in

erster Linie zur Offenlegung des Codiervorgangs (vgl. Früh, 2015: 133). Für das wissenschaftliche Verständnis der Integrativen Inhaltsanalyse nach Werner Früh ist es wichtig, dass sie nicht von einem objektiven Textinhalt ausgeht, sondern von einer Reihe möglicher Interpretationsweisen. Die Offenlegung der eigenen Interpretationsweise ist dabei entscheidend (vgl. Früh, 2015: 134).

Früh argumentiert, dass die sinnverstehende Interpretation der gewonnenen Datenstrukturen zwar der Zweck jeder Inhaltsanalyse, aber nicht mehr Bestandteil der Analyse selbst sind. Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind demnach klar von der Interpretation derselben zu trennen (vgl. Früh, 2015: 136).

Entscheidend für die Konzeption der empirischen Analyse der vorliegenden Arbeit ist – wie bereits mehrfach angesprochen – die Kombination von qualitativen und quantitativen Analyseschritten und letztlich auch die Kombination von induktiven und deduktiven (Basis-Frames nach Dahinden) Verfahren.

7. Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse

In diesem Kapitel werden nun die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse dargestellt. Insgesamt wurden induktiv aus dem Material heraus 29 Kategorien gebildet, die nacheinander mit kurzen Erläuterungen dargestellt und anhand von Ankerbeispielen aus dem Untersuchungsmaterial illustriert werden.

7.1. Ergebnisdarstellung

K1: Ungewisse politische Lage und das drohende Ende der Sparpolitik in Griechenland sorgen für Unruhe auf den Finanzmärkten

Die erste Kategorie umfasst in erster Linie die Argumentation, dass die ungewisse politische Lage vor dem drohenden Wahlsieg von *Syriza* und auch während der Regierungszeit von *Syriza* im Zuge der Verhandlungen, negative Entwicklungen auf den Finanzmärkten nach sich zieht. Darunter fallen jene Artikel, die darin eine Belastung für den Euro sehen, die darin die Wertminderung von griechischen Staatsanleihen begründet finden oder die in diesem Zusammenhang auch generell von einer Verunsicherung der Investoren oder heftigen Kursstürzen berichten. Darunter fallen abstrakte Hinweise auf negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Börse, ebenso wie etwa eine konkrete Zinssteigerung für griechische Staatsanleihen.

„Die Syriza will zwar nicht länger Griechenland aus der Währungsunion führen, aber ihre politischen Positionen wecken erhebliche Zweifel an der Fortführung der Sanierungspolitik. Diese Aussicht missfällt den Finanzmärkten außerordentlich.“ (FAZ, 10. Dezember 2014: 23)

Diese ungewisse politische Lage wird oft mit dem drohenden Ende der Sparpolitik in Griechenland verknüpft. In diesem Zusammenhang schüren die anstehenden Neuwahlen oder auch die Verhandlungsstrategien von *Syriza*, wegen dem drohenden Ende der Sparpolitik, Ängste auf den Finanzmärkten. In diesem Kontext wird der Wahlsieg von *Syriza* auch als Schreckens-Szenario für die EU bezeichnet.

K2: Der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft.

Die griechische Wirtschaft wird in einigen Berichten sehr negativ thematisiert. Demzufolge fehle es der griechischen Wirtschaft allgemein an Wettbewerbsfähigkeit. Die griechische Staatsverschuldung wird in diesem Kontext auch als nicht nachhaltig bezeichnet. In dieser Kategorie geht es vor allem um die allgemeine Thematisierung des schlechten Zustands der

griechischen Wirtschaft. So wird etwa berichtet, dass wegen der Schuldenkrise wenige Kredite an Firmen in Griechenland vergeben werden. Dies mache die griechische Wirtschaft verwundbar. Ebenso werden nichtbediente Kredite von Privathaushalten und Firmen thematisiert, die Teil des Problems der griechischen Wirtschaft sind.

K3: Die griechische Wirtschaft befindet sich aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Schuldenkrise

Im Gegensatz dazu findet sich in den beiden deutschen Qualitätszeitungen auch die Argumentation, dass sich die griechische Wirtschaft aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Schuldenkrise befindet. Diese Kategorie wird, rein zeitlich gesehen, eher im ersten Untersuchungszeitraum – vor dem Wahlsieg von *Syriza* – vorkommen, da hier die Reformbemühungen der Vorgängerregierung gelobt werden. Demnach hat Griechenland Reformen erbracht und Austerität akzeptiert und kann nun allmählich die Früchte ernten. Die griechische Wirtschaft könne demzufolge aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf leichtes Wachstum hoffen – nicht zuletzt, weil Samaras den Mut zu einer unpopulären Politik fiskalischer und wirtschaftlicher Disziplin hatte. Griechenland wird auch im Vergleich zu anderen Staaten wie Frankreich und Italien, die sich demnach gegen Reformen wehren, gelobt, weil eben die geforderten Reformen umgesetzt werden. Die Rede ist in diesem Kontext oft von guten Aussichten für Griechenland. Auch Merkel würdigt die Fortschritte Griechenlands. Die Troika rechnet mit einem automatischen Absinken der Schuldenquote, wenn die Austeritäts-Politik fortgesetzt wird. Unter diese Kategorie fallen auch Hinweise darauf, dass die Finanzmärkte positiv auf die Reformbemühungen reagieren. So kaufen etwa Hedgefonds Aktien griechischer Banken, um von der Erholung der Wirtschaft zu profitieren. Ratingagenturen erhöhen die Bonität Griechenlands aufgrund der besseren finanziellen Lage und der Staat wird für Anleger wieder attraktiv.

K4: Kritik an den griechischen Regierungen und staatlichen Institutionen vor *Syriza*.

Gleichzeitig wird aber auch immer wieder Kritik an den griechischen Regierungen und staatlichen Institutionen, die vor *Syriza* im Amt waren, geübt. Dies ist sowohl im ersten, als auch im zweiten Untersuchungszeitraum (rückblickend auf der Suche nach Ursachen) der Fall. Demzufolge wurden dringende Reformen nicht umgesetzt. Die griechische Regierung vor *Syriza* wehre sich trotz großer finanzieller Hilfe gegen die Reformen. Kritik wird in diesem Kontext vor allem an der so genannten Elite Griechenlands geübt – die politische Elite sei an der fehlenden Zukunftsperspektive und an der Reformschwäche Schuld. Die Klientelpolitik der

konservativen und sozialistischen Parteien haben das Land heruntergewirtschaftet und sind deshalb maßgeblich mitverantwortlich für die Krise.

„Aber zu behaupten, es seien in Griechenland nicht Klientelismus, Reformverweigerung und Verschwendung gewesen, die die Krise verursacht hätten, sondern die Programme – das zeugt im besten Fall von Ahnungslosigkeit, im schlechteren von Wählertäuschung.“ (SZ, 18. Februar 2015:13)

Die gegenwärtigen staatlichen Institutionen verhindern den wirtschaftlichen Erfolg, weil sie als Mit-Verursacher nicht für Reformen geeignet sind. Die Aufgabe des Klientelstaates ist demnach das wichtigste für die Zukunft des Landes.

K5: Der Schuldenschnitt als Option.

Gleichzeitig gibt es auch Stimmen, die einen Schuldenschnitt befürworten. Nicht zuletzt wird auch die Forderung von Tsipras und *Syriza* nach einem Schuldenschnitt artikuliert. Auch die allgemeine Meinung, dass Griechenland einen ausreichenden Schuldenschnitt oder eine Verringerung der Zinslast braucht, wird thematisiert.

K6: Die konkreten politischen Forderungen der griechischen Regierung bzw. von *Syriza* im Vorfeld der Wahl und bei den Verhandlungen

Die sechste Kategorie beinhaltet in erster Linie eine eher positive Berichterstattung über *Syriza*. Es wird etwa berichtet, dass die griechische Delegation bei den Verhandlungen konkrete Zahlen und Forderungen vorbringt. Varoufakis listet Reformen auf, über die sich Griechenland und die europäischen Institutionen einig sind. So werden zum Beispiel von *Syriza* konkrete Vorschläge für alternative Finanzierungen vorgebracht. In diesem Kontext ist auch von Zuversicht der griechischen Regierung zu lesen, die die Sparpolitik hinter sich lassen, aber gleichzeitig in der Eurozone bleiben will. Varoufakis und die griechische Regierung rütteln demnach an den von Schäuble geschriebenen Grundsätzen der Euro-Rettung. Die beiden deutschen Tageszeitungen berichten auch allgemein positiv über die Partei *Syriza*, die im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung etwas bewegen und erreichen will. Die linke Politik von *Syriza* wird in diesem Kontext auch als notwendige Maßnahme bezeichnet. Im Verhältnis zu anderen populistischen Parteien ist *Syriza* moderat, unter anderem weil sie das Land in der Eurozone halten will. In der Berichterstattung ist auch das Argument zu finden, dass sich *Syriza* für die sozial Schwächeren einsetzt und die Reformliste von *Syriza* von den Linken als kleiner Sieg gegen den Neoliberalismus bezeichnet wird.

K7: Kritik an den Kreditauflagen, an der Sparpolitik der Troika und Alternativen zur Austeritätspolitik

Direkt daran anschließend, ist davon die konkrete Kritik an den Kreditauflagen, an der Sparpolitik der Troika und die Thematisierung von Alternativen zur Austeritätspolitik zu unterscheiden. Vom Versagen der europäischen Sparpolitik ist die Rede, die die Lage noch weiter verschlimmert hat. Dies liegt zum einen daran, dass die Wirtschaft wegen der hohen Kreditzinsen nicht wettbewerbsfähig werden kann und zum anderen daran, dass die Sparpolitik die Armen härter trifft als die Reichen und negative soziale Folgen wie hohe Arbeitslosigkeit die logische Konsequenz sind. Die Austerität führt demnach zu einer schrumpfenden Wirtschaft und steigenden Staatsschulden. Kritisiert wird dabei unter anderem, dass die Sparpolitik als Absicherung gegen weitere Schocks im Bankwesen dient und die europäische Schuldenkrise in Wahrheit eine verschleierte Bankenkrise ist. Die Austerität sei dabei Mittel zum Zweck. Von der Austeritätspolitik profitiert demnach nur das reichste Drittel und die Finanzinstitutionen. Ungleichheit wird verstärkt. Mit einer Weiterführung der Sparpolitik droht weitere Verarmung, Deflation und politische Instabilität. Kreditbedingungen dürfen demnach nicht Unmögliches verlangen. Das Leben von Millionen Menschen in den Krisenländern sei aber schon unerträglich geworden. Die griechische Regierung bezeichnet die finanziellen Ziele der Euro-Länder und Institutionen zudem als unrealistisch. Die Troika müsse deshalb aufgelöst werden. Die Austeritätspolitik wird in diesem Zusammenhang auch als ideologische Haltung bezeichnet, die es den Konservativen erlaubt, den Sozialstaat zu attackieren. Damit verbunden wird die Notwendigkeit geäußert, die Ökonomie als in gesellschaftliche, politische und normative Kontexte eingebettet zu betrachten. Demzufolge wird auch die Bewertung der griechischen Schuldenkrise im Kontext von geopolitischen Überlegungen vorgeschlagen. In diesem Kontext sei es auch keine gute Idee, den IWF an der Hilfe zu Griechenland zu beteiligen. Auch allgemeine Kritik am Kapitalismus fällt unter diese Kategorie, weil man auch schon die Kritik an der Austeritätspolitik als zumindest implizit systemische Kritik interpretieren kann.

K8: Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise/Schuldenkrise in Griechenland

Die deutschen Tageszeitungen *SZ* und *FAZ* thematisieren auch die negativen sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und Schuldenkrise in Griechenland. Diese sozialen Folgen beinhalten etwa die hohe Arbeitslosigkeit und die hohe Armutsgefährdung in Griechenland in Folge der Krisenjahre, sowie mangelnde Versorgung der Bevölkerung – etwa im Gesundheitsbereich.

„Die Syriza-Zentrale liegt am Rand eines Problemviertels. Fünf Krisenjahre haben hier ganze Straßenzüge in einen Großstadtlum

verwandelt, mit leeren Fensterhöhlen, Drogenhändlern, billigen China-Shops.“ (SZ, 27. Jänner 2015: 1)

K9: Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands.

Neben der Kritik an der Sparpolitik, finden sich in der Berichterstattung der beiden deutschen Tageszeitungen auch einige Argumente für die Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen, die demzufolge die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands gewährleisten. Demnach würde die finanzielle Befreiung Griechenlands aus dem Hilfsnetz, die Finanzmärkte unruhig machen. Gleichzeitig ist es auch für die Eurozone überlebenswichtig, Griechenland unter Kontrolle zu behalten. Deswegen braucht Griechenland auch ein neues Hilfspaket, das vor allem von der Euro-Gruppe gefordert wird. Griechenland sei noch zu schwach, um schon bald wieder auf eigenen Beinen stehen zu können, weil die Refinanzierung zu teuer ist und die Investoren an der Refinanzierbarkeit zweifeln. Griechenland habe demnach nur mit der finanziellen Hilfe und der Umsetzung der Reformauflagen eine Chance, sich neu aufzustellen. Die beiden deutschen Zeitungen berichten auch, dass Griechenland gar keine andere Wahl hat, als ein weiteres Hilfsprogramm zu beantragen, wenn sie Mitglied der Eurozone bleiben wollen. Dementsprechend sollen Europa und allen voran Deutschland auch den Druck auf die griechische Regierung aufrecht erhalten. Griechenland soll dabei auch Eigenverantwortung für die Reformen übernehmen. Die Erleichterung der Kreditkonditionen sind unter anderem auch deshalb keine Option, weil die nationalen Parlamente der Geberländer den Antrag auf ein neues Hilfsprogramm ablehnen könnten. *Syriza* einfach nachzugeben birgt also die Gefahr von Aufständen in wirtschaftlich soliden Ländern.

K10: Die Ursachen für die Griechenlandkrise liegen auch außerhalb Griechenlands.

In der Berichterstattung von *SZ* und *FAZ* wird durchaus auch thematisiert, dass die Ursachen für die Griechenlandkrise mannigfaltig sind und, dass die Schuldenkrise wesentlich auch von Finanz- und Bankensektor, sowie von der Europäischen Union mitverursacht wurden. Die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone war demnach ein Fehler, weil die Haushaltslügen den meisten Akteuren ohnehin bewusst waren. Die Griechen schulden privaten Banken und dem Finanzsektor Geld und nicht Deutschland oder den Deutschen. Die kleinen Bürger zahlen also für die oberste Schicht. Die griechische Bevölkerung nimmt auch die deutsche Regierung als Sündenbock für die Krise her, weil diese die Austeritätspolitik weiter forciert. Die Wurzeln der Krise liegen aber demnach klar im Privatsektor, weil die Banken von den Regierungen gestützt wurden.

*„Europa braucht einen Plan B – so kann es nicht weitergehen, dass die Steuergelder in Banken gepumpt werden, während die Bevölkerung leidet.“
(SZ, 18. Februar 2015: 13)*

K11: Die Geldpolitik der EZB und die Maßnahmen der Euro-Gruppe als „Retter“ der griechischen Wirtschaft.

Gleichzeitig wird auch aus einer Perspektive berichtet, die die Euro-Gruppe als „Retter“ der griechischen Wirtschaft sieht und vor allem die Geldpolitik der EZB als überlebenswichtig erachtet, weil sie den griechischen Banken besseren Zugang zu Krediten verschafft und den Euro-Raum finanzpolitisch zusammenhält. Die Hoffnung auf EZB-Hilfen und das quantitative Easing der EZB stärken griechische Anleihen und den Euro. Die Euro-Partner bzw. Geberländer werden positiv thematisiert, weil sie durch Einlenken und durch die Bereitschaft für neue Finanzierungen, erst Verhandlungen ermöglichen.

K12: Kritische Thematisierung der Kreditgeber und Deutschlands im Kontext der Schuldenanhäufung Griechenlands und der Bewältigung der Schuldenkrise

Unter Kategorie 12 fallen – im Gegensatz zur siebenten Kategorie (Kritik an der Sparpolitik) – kritische Äußerungen, die sich konkret gegen die deutsche Position in der Austeritätspolitik und gegen die Kreditgeber allgemein richten, denen unter anderem vorgeworfen wird, die korrupten Eliten in Griechenland zu schützen. Es wird auch argumentiert, dass die Fehlentscheidungen in der Bewältigung der Schuldenkrise allgemein von den Kreditgebern bzw. Deutschland getroffen wurden. Darunter fällt auch die Perspektive, dass Deutschland von der Verschuldung anderer Euro-Länder profitiert. Wenn die Griechen unter Tsipras mit der Korruption aufräumen, die Klientelpolitik abschaffen und die Oberschicht besteuern, dann müsse ihnen die deutsche Regierung entgegenkommen, die ihre Strategie demnach an die Realität der immer schlechteren sozialen Zustände in Griechenland anpassen müsse.

K13: Die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung zwischen griechischer Regierung und Geldgeber – ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) hätte fatale wirtschaftliche und soziale Folgen.

Süddeutsche Zeitung und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichten auch über die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung zwischen der griechischen Regierung und den Geldgebern. In diesem Zusammenhang wird der drohende Staatsbankrott bzw. die Staatspleite und ein möglicher Austritt aus der Euro-Zone (Grexit) thematisiert. Dabei steht im Wesentlichen das Auslaufen des Hilfsprogramms im Fokus. Dies würde demnach für beide Seiten verheerende Folgen haben und das Ende der Reform- und Sparanstrengungen der griechischen Bevölkerung

bedeuten. Das Auslaufen des Hilfsprogramms führt demnach zu einer Schwächung des Vertrauens in den Euro und würde den Verbleib Griechenlands in der Eurozone zur Diskussion stellen. Der Grexit würde wiederum das Vertrauen in die europäische Wirtschaft schwächen und hätte deshalb nicht nur für die griechische Wirtschaft verheerende Folgen. Deshalb ist der Grexit nach dieser Argumentation auch keine Option. Das Auslaufen der Hilfsprogramme könnte außerdem dazu führen, dass griechische Bürger ihre Konten leerräumen und ihr Geld aus Panik ins Ausland schaffen.

K14: Der griechischen Regierung ist in den Verhandlungen nicht zu trauen – sie mindert durch ungewöhnliche Aktionen die Kompromissbereitschaft und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands und die Pläne der Euro-Staaten.

Dieses Misstrauen gegenüber der griechischen Regierung zeigt sich in den beiden Tageszeitungen vor allem im Kontext des Verhandlungsstils der Regierungsmitglieder von *Syriza* – allen voran wird die Zweideutigkeit von Finanzminister Varoufakis negativ dargestellt. Der griechischen Regierung wird zudem vorgehalten, aus innenpolitischen Überlegungen heraus zu handeln.

„Universitäre Denkübungen wie diese lassen europäische Realpolitiker zunehmend verzweifeln. Sie haben die Kompromissbereitschaft der Euro-Partner, darunter Deutschland, auf den Nullpunkt gebracht.“ (SZ, 18. Februar 2015: 2)

Varoufakis pokert demnach in den Verhandlungen ohne Rücksicht auf Verluste und versucht mit politischen Manövern von der Verwirklichung von Reformen abzulenken. Der griechischen Regierung wird in der Berichterstattung auch von diversen Akteuren vorgeworfen, ein fundamental falsches Verständnis von der EU zu haben und die Ursachen für die Schuldenkrise nicht zu begreifen. Zudem mindert sie durch plötzliche Meinungswechsel die deutsche Kompromissbereitschaft und nutzt das Europa-Engagement für Erpressung und droht etwa mit einem Referendum oder mit Neuwahlen. Dadurch werden die Verhandlungen erschwert. Da der griechischen Regierung demzufolge nicht zu trauen ist, müssten zuerst Fakten geschaffen werden und danach könne das Geld überwiesen werden, da die griechische Regierung das Steuergeld anderer Länder ohne Auflagen ausgeben will. Allgemein wird in diesen Kontext auch argumentiert, dass linke Regierungspolitik in der Euro-Zone schon in Zypern zum Desaster geführt hat. Zudem schüren die Konservativen in Griechenland Angst vor dem Absturz mit *Syriza*.

K15: Verlängerung des Hilfsprogramms und die Finanzhilfen der EZB sind an Konditionalitäten gebunden.

Auch die Konditionalitäten, die mit der Verlängerung der Hilfsprogramme und mit den Finanzhilfen der EZB verknüpft sind, werden von den beiden deutschen Tageszeitungen thematisiert. Demnach beharren die Euro-Partner darauf, dass Griechenland ein Reformprogramm umsetzt. Generell wird die Zusammenarbeit mit Griechenland an Bedingungen und Reformauflagen geknüpft. So werden etwa ausstehende Kredite aus dem Hilfsprogramm nur ausgezahlt, wenn die Reformauflagen erfüllt werden. Festgelegt ist auch, dass Griechenland die Kreditbedingungen nicht einseitig ändern kann. Die Geberstaaten drängen auch auf eine schnelle Verwirklichung der von ihnen vorgegebenen Wirtschaftsreformen. Auch die EZB knüpft die Refinanzierung des griechischen Finanzsystems an die Einigung auf ein Anpassungsprogramm.

K16: Die Euro-Staaten bzw. Geberländer müssen Griechenland in den Verhandlungen entgegenkommen.

In der Berichterstattung ist auch die Perspektive vorzufinden, dass die Geberländer Griechenland in den Verhandlungen entgegenkommen müssen. Dies richtet sich vor allem auch an die deutsche Regierung, deren harte Reaktionen bei den Verhandlungen mitunter kritisch gesehen werden, weil sie den Konflikt verschärfen. Außerdem wird argumentiert, dass es an Deutschland liegt, für konjunkturstützende Maßnahmen in Europa zu sorgen. Sonst sind die Reformfolge in Griechenland umsonst.

K17: *Syriza* kämpft mit innenpolitischen Problemen.

Im Verlauf der Verhandlungen mit den Geldgebern bzw. Europartnern hat die Regierungspartei *Syriza* gleichzeitig mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen. So wird etwa berichtet, dass die angekündigte mögliche Fortsetzung des Reformprogramms auf Widerstand in der eigenen Partei stoßen dürfte. Zudem ist Berichten zufolge die Glaubwürdigkeit der griechischen Regierung allgemein nicht zuletzt aufgrund der Verhandlungen innenpolitisch angeschlagen.

K18: Die Hilfspakete und Reformprogramme haben die Krise nicht verursacht und nicht zur Verschärfung beigetragen.

Unter K18 fällt jene Berichterstattung, die explizit darauf verweist, dass die Hilfspakete und/oder Reformprogramme die Krise nicht verursacht bzw. zu einer Verschärfung beigetragen haben. Außerdem beinhaltet die Kategorie auch jene Argumentation, dass Deutschland nicht

an den hohen Zinsen Griechenlands verdient und damit von der hohen Überschuldung profitiert, da das Ausfallrisiko besonders hoch ist.

K19: Forderungen von *Syriza* sind unrealistisch und rechtlich nicht umsetzbar.

Die Vorschläge vom griechischen Finanzminister und von *Syriza* allgemein werden als unrealistisch bezeichnet, weil sie weder umsetzbar, noch sinnvoll, weil auch rechtlich nicht umsetzbar sind. Der Fokus liegt hier im Gegensatz zu K14 und K6 klar auf der Betrachtungsweise der Forderungen als unrealistisch und rechtlich nicht umsetzbar.

K20: Forderungen von *Syriza* sind unzureichend.

Dementgegen steht jene Perspektive, die die Forderungen von *Syriza* als unzureichend klassifiziert. Dies erscheint auf den ersten Blick als Widerspruch zur vorigen Kategorie, dennoch könnte es durchaus auch möglich sein, dass die beiden Kategorien zusammen in einem Artikel vorkommen. Denn während einerseits die Forderungen in Hinblick auf einen Aspekt der Reformpolitik als unrealistisch angesehen werden können, kann es dennoch durchaus sein, dass die Geberländer die Forderungen von *Syriza* in Bezug auf andere Maßnahmen als unzureichend ansehen. Ebenfalls denkbar wäre, wenn etwa andere linke Politiker – innerhalb von *Syriza* oder aus anderen Parteien – die Forderungen als unzureichend bezeichnen. Die quantitative Inhaltsanalyse wird zeigen, ob die beiden Kategorien vermehrt gemeinsam vorkommen oder nicht. Im Kontext dieser Kategorie wird jedenfalls auch argumentiert, dass die Reformprogramme den griechischen Bürgern durchaus zuzumuten sind und, dass die Geberländer der griechischen Regierung schon weit entgegen gekommen sind. Auch die Forderung von außerhalb von *Syriza*, man müsse die Reichen des Landes stärker an der Finanzierung beteiligen, fällt unter diese Kategorie.

K21: Ein Grexit wäre für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkraften.

Im Gegensatz zu K13, die Textpassagen beinhaltet, in denen argumentiert wird, ein Grexit habe für den ganzen Euroraum fatale wirtschaftliche Folgen, wird hier die Perspektive vertreten, dass ein Grexit für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkraften wäre. Demnach beeinflussen die Turbulenzen der Griechenland-Verhandlungen die Stabilität des Euro nicht. Der Grexit hat demnach für viele Investoren an der Börse seinen Schrecken verloren. Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone – ein Plan B für Griechenland – wird in Erwägung gezogen. Wenngleich der Grexit aus dieser Perspektive rechtlich möglich ist, so bleibt er teuer für die europäischen Steuerzahler.

K22: Verhandlungen über zeitlichen Aufschub und Reformauflagen sorgen für Streit zwischen Geldgebern und Griechenland.

Diese Kategorie wird in erster Linie in jenem Zeitraum vorzufinden sein, als die neu gewählten Regierungsvertreter von *Syriza* mit den Geldgebern – allen voran Deutschland – in Verhandlungen treten. Auch im Vorfeld wird schon erwartet, dass der Umgangston mit dem Regierungswechsel rauer werden wird und, dass der neue Finanzminister Varoufakis, als entschiedener Gegner der Sparpolitik, ein härteres Auftreten an den Tag legen wird als seine Vorgänger. Die beiden deutschen Tageszeitungen berichten in diesem Zusammenhang auch vom Leiden des deutsch-griechischen Verhältnisses. Es kommen auch Akteure zu Wort, die hier streitschlichtend auftreten.

„Zudem habe EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici an beide Seiten appelliert, „logisch und nicht ideologisch“ zu handeln.“ (SZ, 18. Februar 2015: 2)

K23: Grexit aus Sicht der Euro-Gruppe keine Option.

Immer wieder wird von Vertretern der Euro-Gruppe dezidiert gesagt, dass der Grexit aus deren Sicht keine Option ist – und zwar zu durchaus unterschiedlichen Zeitpunkten der Griechenlandkrise. Interessant wird dabei in der quantitativen Analyse zu sehen sein, inwiefern diese Kategorie mit K13 (fatale soziale und wirtschaftliche Folgen) und K21 (für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkraften) korreliert. Durchaus denkbar wäre etwa, dass K23 mit K21 korreliert, obwohl die beiden Kategorien im ersten Blick in einem Widerspruch zueinander stehen. Doch auch wenn der Grexit für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkraften ist, so bedeutet dies nicht automatisch, dass die Euro-Gruppe daran ein Interesse hat bzw. nicht andere Gründe ausschlaggebend für diese kategorische Zurückweisung dieser Option sind – denkbar wären etwa politische Gründe.

K24: Proteste gegen die Sparpolitik in Griechenland

Darunter fallen all jene Berichte, die in irgendeiner Form Proteste thematisieren, die sich konkret gegen die Sparpolitik in Griechenland richten. Berichtet wird in diesem Kontext etwa über Proteste in Griechenland gegen die sozialen Folgen der Sparpolitik.

K25: Neue griechische Regierung behindert die Reformbemühungen und strapaziert die Solidarität der Europäer.

SZ und *FAZ* berichten auch darüber, dass die neue griechische Regierung die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Situation im Keim erstickt hat und verknüpft dies auch damit, dass sich

die Bereitschaft zur Solidarität mit Griechenland dem Ende zuneigt. Dabei gehen die Zeitungen bzw. die Akteure, die darin auftreten, durchaus auch auf konkrete Reformbemühungen, die behindert werden, ein. So wird argumentiert, dass das Thema Privatisierung von der griechischen Regierung viel zu nachrangig behandelt wird. Damit verpasst sie es, internationales Kapital anzulocken.

K26: Griechische Regierung hat so viel Vertrauen an den Kapitalmärkten zerstört, dass sie ihren Finanzbedarf nicht selbst decken kann.

Bei dieser Kategorie wird die Refinanzierbarkeit der griechischen Schulden mit einer Vertrauensfrage verknüpft. Demnach hat die griechische Regierung das fehlende Vertrauen auf den Kapitalmärkten selbst verschuldet.

K27: Die griechische Regierung lehnt die Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms ab.

Diese Ablehnung der Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms bzw. Reformprogramms wird sowohl im ersten Untersuchungszeitraum – also vor der Wahl von *Syriza* – also auch nach dem Wahlsieg im zweiten Untersuchungszeitraum thematisiert.

K28: Aus Sicht von Samaras ist kein weiteres Hilfspaket des IWF mehr nötig.

Während im entsprechenden Zeitraum Ende 2014 durchaus auch sehr positive Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands, die eng mit dem Umsetzen des Reformprogramms verknüpft wird, veröffentlicht werden, fordert auch der damalige Regierungschef Samaras ein Ende der Hilfsprogramme. Samaras argumentiert, dass aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung kein weiteres Hilfspaket mehr notwendig ist. Der Regierungschef will einen Reformplan vorlegen, um nach der Beendigung der Maßnahmen, die von der Troika vorgeschrieben werden, den Reformweg fortzuführen.

K29: Die Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der Sparpolitik

Die beiden deutschen Tageszeitungen thematisieren auch eine generelle Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der Sparpolitik. Dabei richtet sich die Wut der griechischen Bevölkerung gegen die Verantwortlichen. In diesem Zusammenhang suchen sowohl die griechische Regierung, als auch die Bevölkerung, die Schuld für ihre Unzufriedenheit im Ausland.

7.2. Zwischenfazit

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse zeichnen ein sehr differenziertes Bild der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands von *Süddeutscher Zeitung* und von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im vorgegebenen Zeitraum. Die dargestellten 29 Kategorien zeigen, dass das komplexe Themenfeld aus durchaus sehr unterschiedlichen und teils recht widersprüchlichen Perspektiven dargestellt wird. Zusammenfassend lassen sich einige Haupt-Argumentationslinien ausmachen, die nun kurz diskutiert werden.

Krise als selbstverschuldet

Zunächst ist jene Perspektive recht prominent vertreten, die ein eher negatives Bild der griechischen Regierung – vor allem von *Syriza* – zeichnet. Demnach behindert die griechische Regierung vor allem mit ihrem Verhandlungsstil die Reformbemühungen, sorgt damit auch für Unruhe auf den Finanzmärkten und gefährdet die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands. In diesem Kontext wird die ungewisse politische Lage ebenso thematisiert wie die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung zwischen griechischer Regierung und den Geldgebern – und dem daraus folgenden Grexit, der demnach fatale Folgen hätte. Es wird außerdem berichtet, dass der griechischen Regierung nicht zu trauen ist und sie deshalb auch die Solidarität der Europäer gefährdet. Insgesamt lässt sich hier attestieren, dass damit die schwierige wirtschaftliche und soziale Situation Griechenlands als selbstverschuldet dargestellt wird.

Spar- und Reformprogramme notwendig und „Retter“ der griechischen Wirtschaft

Ein anderer Argumentationsstrang ist jener, der die Notwendigkeit der Spar- und Reformprogramme betont, die letztlich die wirtschaftliche Situation Griechenlands verbessern. Dies manifestiert sich vor allem an der Berichterstattung im Jahr 2014 – also vor der Wahl von *Syriza* – die beschreibt, dass sich die griechische Wirtschaft gerade aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Krise befindet. Sparprogramme, Reformauflagen und Hilfsprogramme sind demnach überlebensnotwendig. Die Euro-Gruppe agiert als „Retter“ der griechischen Wirtschaft und die Hilfspakete haben nicht zur Verschärfung der Krise beigetragen. Der Grexit ist deshalb aus Sicht der Euro-Gruppe auch keine Option.

Kritik an der Austeritätspolitik, die sozialen Folgen und die Ursachenforschung

Dem entgegen steht jene Perspektive, die offen und direkt Kritik an der Austeritäts-Politik übt. Dabei werden sowohl die verheerenden sozialen Folgen in Griechenland, als auch die konkreten politischen Forderungen von *Syriza* im Vorfeld der Wahl und bei den Verhandlungen

thematisiert. Unter jene Perspektive fallen wohl auch kritische Fragen nach den Ursachen für die Krise, die einerseits bei den vorigen griechischen Regierungen und andererseits auch außerhalb Griechenlands zu finden sind. In diesem Kontext werden auch die Kreditgeber und allen voran die Rolle Deutschlands kritisch thematisiert und Alternativen zur Austeritätspolitik ins Treffen geführt. Zu jener kritischen Perspektive zählen auch die Thematisierung von Protesten gegen die Sparpolitik, sowie die generelle Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung damit.

Streit über die Konditionalitäten

Als weiterer Themenblock haben sich die Konditionalitäten der Hilfsprogramme der Geberländer und die Finanzhilfen der EZB und der Streit darüber im Zuge der Verhandlungen herausgestellt. Entscheidend ist hier auch die Berichterstattung darüber, dass die griechische Regierung die Konditionalitäten der Rettungsprogramme grundsätzlich ablehnt.

Schuldenschnitt oder Grexit als Auswege aus der Misere?

Eine weitere interessante Perspektive, aus der je nach Ermessen der jeweiligen Zeitung bzw. des jeweiligen Beobachters unterschiedlich oft oder intensiv berichtet werden kann, ist die Thematisierung eines möglichen Schuldenschnitts oder eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone (Grexit). Diese beiden Maßnahmen stellen immerhin Alternativen zur scheinbaren Ausweglosigkeit der Austeritätspolitik dar.

Forderungen der linken Regierungspartei *Syriza* realistisch oder unrealistisch?

Abschließend hat sich noch die Argumentation, dass die Forderungen von *Syriza* unrealistisch und/oder unzureichend sind, gerade vor dem Hintergrund der weiter oben geführten Literaturdiskussion, als sehr interessant herausgestellt. Dort wurde ja die Bewertung der politischen Vorhaben von *Syriza* als mehr oder weniger realistisch umsetzbar, als entscheidend für die Einordnung der griechischen Regierungspartei als populistisch oder eben nicht populistisch, herausgearbeitet. Damit ist logischerweise eine wertende Perspektive gegenüber der linken Regierungspolitik verbunden.

Konflikt: systemische Krise oder nicht?

Im *Kapitel Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* wurden grob zwei Argumentationsstränge ausgemacht – jenen, der systemische Ursachen für die Krisensituation in Griechenland sieht und jenen, der einzelnen Elementen der Finanzmärkte oder Verfehlungen einzelner Regierungen die Hauptschuld an der Schuldenkrise zuweist. Im Zuge der qualitativen

Inhaltsanalyse hat sich nun gezeigt, dass generell eher jene Perspektive bzw. Argumentation vorherrschend ist, die einzelnen Elementen der Finanzmärkte und vielmehr noch Verfehlungen einzelner Regierungen die Hauptschuld an der Schuldenkrise zuweisen. Dies ist sicher auch in erster Linie auf die im *Kapitel Framing Ansatz* angesprochene Notwendigkeit der Komplexitätsreduktion im Journalismus zurückzuführen. Die Einordnung jeglichen Themas in einen komplexen systemischen Kontext würde wohl den Verständnisprozess auf Seiten der Rezipienten beeinträchtigen. Die Problematik, die sich daraus aber zwangsläufig ergibt, wurde im *Kapitel Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* aufgezeigt. Da nämlich die Frage nach dem systemischen oder eben nicht-systemischen Charakter der Ursachen für die Schuldenkrise für die Bewertung derselben entscheidend ist, werden dadurch auch die Bewertung und Beurteilung der folgenden Maßnahmen und die Schuldzuweisung für die vorherrschende Krisensituation allgemein wesentlich beeinflusst.

Ein Argumentationsstrang, der in der qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet wurde und wohl als zumindest teilweise systemisch bezeichnet werden kann, ist die generelle Kritik an der Austeritäts-Politik, die Thematisierung der sozialen Folgen, sowie Ursachenforschung für die Griechenlandkrise auch außerhalb Griechenlands. Außerdem kann wohl auch die Thematisierung von Schuldenschnitt und Grexit als Optionen und damit ein möglicher Bruch mit den aktuell vorherrschenden Gegebenheiten als teilweise systemischer Ansatz interpretiert werden.

Entscheidend für die eben erwähnten Konfliktfelder wird sein, wie sich die Häufigkeiten der einzelnen Kategorien und die Korrelationen untereinander und die Korrelationen mit den anderen Stufen der Framing-Analyse im Zuge der folgenden quantitativen Inhaltsanalyse darstellen. Spannend wird vor allem auch zu sehen sein, welche Ergebnisse die Faktorenanalyse bringt, und inwieweit die hier im Zwischenfazit dargestellten Argumentationsstränge in dieser Form gruppiert werden können – welche Strukturen/Rahmen bzw. Frames also tatsächlich hinter den Kategorien stehen und herausgearbeitet werden können. Auch die Erkenntnisse aus der Governance-Theorie werden im *Kapitel Interpretation der Ergebnisse* diskutiert.

7.3. Operationalisierung der anderen Stufen des Framing-Konzepts

Als letzter Schritt vor der Ergebnisdarstellung der quantitativen Inhaltsanalyse werden noch die anderen Stufen des Framing-Ansatzes (siehe auch *Kapitel Forschungsdesign und Methode – Das vierstufige Framing-Konzept*) operationalisiert.

Tendenzframing

In der zweiten Stufe der Framing-Analyse wird die Tendenz des gesamten Artikels in Bezug auf die griechische Regierung erhoben. Die Tendenz wird auf einer sechsstufigen Skala – siehe auch im *Kapitel Forschungsdesign und Methode/Das vierstufige Framing-Konzept* – erhoben. Zusätzlich wird noch der Wert 0=*kein direkter Bezug auf die griechische Regierung* eingeführt, da in zahlreichen Artikeln über die Schuldenkrise Griechenlands kein direkter Bezug zur griechischen Regierung hergestellt wird. Die Codierung dieser einzelnen Stufen der Skala wird nun durch eine kurze Operationalisierung bzw. durch die Anführung einiger Ankerbeispiele transparent gemacht.

0= *kein direkter Bezug auf die griechische Regierung* wird codiert, wenn die griechische Regierung nicht explizit Teil des Bedeutungsgehalts des Artikels ist. Dies ist etwa bei Artikeln der Fall, die auf rein wirtschaftliche Kennzahlen zur griechischen Wirtschaft fokussieren. Diese Artikel fallen, wenn ein zumindest impliziter Bezug zur Schuldenkrise gegeben ist, zwar in das Untersuchungsmaterial für die vorliegende Studie, ein Bezug zur griechischen Regierung muss dabei aber nicht notwendigerweise gegeben sein.

1= *sehr positiv* wird codiert, wenn in Bezug auf die griechische Regierung nur positive Aspekte angeführt sind. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Akteure, die in den Berichten auftreten, die aktuelle Politik der griechischen Regierung loben und die positiven Auswirkungen dieser Politik herausstreichen.

„Falls Samaras Strategie aufgehe, könne dies ein Durchbruch für Griechenland sein, schreibt Holger Schmieding, Chefvolkswirt bei Berenberg, in einem Marktkommentar. Griechenland habe mehr Reformen erbracht und mehr Austerität akzeptiert als jedes andere westliche Land außerhalb von Kriegen und brauche Zeit, um die Früchte seiner Reformen zu ernten.“ (FAZ 10. Dezember 2014: 23)

2= *eher positiv* wird codiert, wenn zwar sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen, die positiven Aspekte aber überwiegen.

3= *ambivalent* wird codiert, wenn sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen

Dies trifft etwa dann zu, wenn die Standpunkte von verschiedenen Akteuren in Bezug auf die aktuelle griechische Regierung thematisiert werden und diese unterschiedliche, aber insgesamt etwa gleichermaßen ausgewogen repräsentierte, positive und negative Aspekte enthalten.

Negativ: „Tsipras sagte nach dem zweiten Wahlgang, Samaras habe keinen Blankoscheck mehr, die Austeritätspolitik mit der Kürzung der Renten, der Erhöhung der Preise für Medikamente und dem Plündern der Gesellschaft fortzusetzen.“ (FAZ, 24. Dezember 2014: 4)

Positiv: „Der unabhängige Abgeordnete Vassilis Ekonomou sagte, die Politik von Samaras zur Herstellung eines Konsenses sei erfolgreich; er selbst habe am Dienstag für Dimas gestimmt.“ (FAZ, 24. Dezember 2014: 4)

Da die beiden Argumentationen in diesem Artikel vom 24. Dezember 2014, als noch die Vorgängerregierung von Syriza im Amt war, ausgewogen dargestellt werden, ist in diesem Fall *ambivalent* zu codieren.

4= *eher negativ* wird codiert, wenn zwar sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen, die negativen Aspekte aber überwiegen.

5= *sehr negativ* wird codiert, wenn in Bezug auf die griechische Regierung nur negative Aspekte angeführt sind.

„Die Schlussfolgerung, ein durch nationale Wahlen legitimiertes politisches Programm stehe über dem europäischen Recht, zeugt von einem fundamental falschen Verständnis der EU als Vertragsgemeinschaft. Wie wenig den Ökonomen Varoufakis Recht und Gesetz scheren, zeigt sein Vorschlag (...)“ (SZ, 18. Februar 2015: 4)

In dieser Textpassage aus dem Februar 2015 wird explizit das politische Programm und zusätzlich noch der Finanzminister persönlich, negativ dargestellt.

6= *neutral* wird codiert, wenn objektiv und ohne wertenden Charakter über die griechische Regierung berichtet wird, ohne subjektive Meinungen zu integrieren.

„In Griechenland gibt es einen Machtwechsel. Das Linksbündnis Syriza unter der Führung des 40-jährigen Alexis Tsipras gewann die vorgezogene Parlamentswahl am Sonntag nach ersten offiziellen Hochrechnungen klar.“ (SZ, 26. Jänner, 2015: 1)

Kontext dieses Ankerbeispiels ist der Wahlsieg von *Syriza*. In dem Bericht werden generell grob die Forderungen der neuen Regierungspartei präsentiert, ohne dabei Wertungen vorzunehmen oder subjektive Meinungen von Akteuren einzubinden.

Hauptakteur

In der dritten Stufe der Framing-Analyse wird noch der Hauptakteur des Artikels codiert. Hierfür wurden induktiv folgende 17 Hauptakteure identifiziert. Zusätzlich wird noch die Kategorie *Keine/Keiner vorhanden bzw. nicht bestimmbar* hinzugefügt.

- Antonis Samaras (Regierungschef vor dem Wahlsieg von Syriza) oder andere griechische Regierungsvertreter im ersten Untersuchungszeitraum
- Regierungsvertreter anderer EU-Krisenstaaten
- Alexis Tsipras
- Yanis Varoufakis
- Andere Vertreter von Syriza
- Wolfgang Schäuble
- Angela Merkel
- Andere Vertreter der deutschen Regierung
- Andere Politiker von EU-Staaten
- Vertreter der Troika (EZB, EU-Kommission und IWF), der Eurogruppe bzw. eine dieser Institutionen und „die Geldgeber“ allgemein
- Andere Vertreter der EU und die EU als Institution
- Finanzmarktakteure wie Investmentbanken, Investoren, Anleger, etc.
- Wirtschaftsexperten
- Experten aus anderen Bereichen (exklusive Wirtschaftsexperten)
- JournalistInnen, Medium, Autoren aus anderen Medien
- LeserInnenkommentar
- Keine/Keiner vorhanden/nicht bestimmbar

Basis-Frames

Konflikt

„Tsipras hat nach Umfragen gute Chancen, die Samaras-Partei bei einer Wahl zu überholen. Der Wahlkampf in Griechenland hat schon begonnen. Tsipras verdankt seine Popularität dem höchst unbeliebten Spar- und Reformprogramm, das die Regierung unter dem Druck ihrer Geldgeber seit 2012 umzusetzen versucht. Während Samaras Erfolge bei der Etatsanierung hervorhebt, zeigt Tsipras auf soziale Härten.“ (SZ, 17. Oktober 2014: 17)

Der Basis-Frame *Konflikt* tritt – wie dieses Ankerbeispiel illustriert – etwa auf, wenn der Konflikt zwischen der wirtschaftlichen Etatsanierung und den negativen sozialen

Auswirkungen der Sparpolitik thematisiert wird. Dabei besteht etwa ein Interessenskonflikt zwischen den Interessen der Gläubiger und jenen der Menschen, die von den Sparprogrammen betroffen sind.

Wirtschaftlichkeit

Der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* wird immer dann codiert, wenn die griechische Wirtschaft thematisiert wird – etwa der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft, das Wirtschaftswachstum, die Kreditzinsen auf den Finanzmärkten oder andere wirtschaftliche Kennzahlen. Da der untersuchte Themenkomplex Schuldenkrise Griechenlands den wirtschaftlichen Aspekt ja fast schon per definition mit einschließt, ist wohl davon auszugehen, dass die meisten Artikel unter anderem auch den Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* beinhalten. Denkbar wäre etwa aber auch, dass nur die sozialen Folgen der Schuldenkrise thematisiert werden. In diesem Fall, wenn nicht näher auf wirtschaftliche Zusammenhänge oder Aspekte eingegangen wird, dann wäre in diesem Fall auch nicht der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* zu codieren.

Fortschritt

„Eine neue Studie zeigt: Das Land braucht nicht nur mehr Geld, sondern auch eine neue Zivilgesellschaft“ (FAZ, 11. März 2015: 17)

Dieser Basis Frame wird codiert, wenn ein Bericht auf neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien aufbaut und dementsprechend argumentiert wird.

Moral, Ethik und Recht

*„Es gibt Streit darüber, ob es sich um eine geeignete und rechtlich zulässige geldpolitische Maßnahme handelt. Jenseits dessen verdient die Frage Aufmerksamkeit, wer für Verluste aus solchen Geschäften haftet.“
(FAZ, 11. Februar 2015: 16)*

Im hier angeführten Ankerbeispiel werden die geldpolitischen Maßnahmen der EZB aus rechtlicher Perspektive thematisiert.

Personalisierung

„Dessen markanter Kopf erinnert an den US-Schauspieler und Kojak-Darsteller Telly Savalas, der eigentlich Aristotelis hieß und auch ein Grieche war. In der Rolle als EU-Umweltkommissar hat Dimas einst gute Figur gemacht, weshalb es sogar der radikallinken Opposition schwerfällt, dem Konservativen die Eignung für das überwiegend zeremonielle Amt

abzusprechen. Dimas sei ein "offener Mensch", ließ Alexis Tsipras' Partei Syriza wissen.“ (SZ, 11. Dezember 2014: 4)

Der Basis-Frame Personalisierung ist zu codieren, wenn ein persönliches Porträt dargestellt wird oder auch wenn generell aus einer personalisierten Betroffenheit heraus berichtet wird.

7.4. Pretest, Validität und Intracoderreliabilität

Um die Validität der Analyse zu gewährleisten, wurde ein Pretest mit 35 zufällig ausgewählten Artikeln durchgeführt. Die Validität ist laut Früh (2015) ein inhaltsanalytischer Qualitätsstandard, der angibt, ob die Codierungen tatsächlich das messen, was sie messen sollen (vgl. Früh, 2015: 189). Im Zuge dieses Pretests wurden bei einigen Kategorien Veränderungen vorgenommen, die weiter unten – nach der Behandlung der Intracoderreliabilität – detailliert dargestellt werden.

Um die Reliabilität der Analyse zu gewährleisten, wurden im Sinne der Intracoderreliabilität (vgl. Mayring, 2010: 117), 17 Artikel zu einem späteren Zeitpunkt der Analyse nochmal codiert. In diesen 17 Artikeln wurden insgesamt 646 Codierungen vorgenommen (Anmerkung: Wie man dem Codebuch entnehmen kann, wurden die einzelnen Kategorien einzeln mit *Ja=kommt im Artikel vor* und *Nein=kommt nicht im Artikel vor*, codiert). Die Messung der Intracoderreliabilität ergab, dass die Codierungen in 97,8% der Fälle (646 Codierungen) übereinstimmten.

Im Zuge des Pretests wurde nun mit **K30: Notwendigkeit von finanziellen Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit Griechenlands** eine zusätzliche inhaltliche Kategorie hinzugefügt. Die Notwendigkeit von Hilfsprogrammen ist zwar schon in *K9: Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands* mit eingeschlossen, ist aber in dieser Kategorie an die Sparprogramme und Reformauflagen gekoppelt. In der Probecodierung hat sich gezeigt, dass hier eine Trennung zu einer eigenen Kategorie sinnvoll erscheint, da die Notwendigkeit von Hilfsprogrammen auch unabhängig von Sparpolitik thematisiert wird – speziell von Akteuren, die die Sparpolitik sogar ablehnen. Zudem wurden im Zuge der Probecodierung einige Kategorien leicht modifiziert bzw. optimiert.

K20: Forderungen von Syriza sind unzureichend wurde zu **K20: Forderungen und Maßnahmen der aktuellen griechischen Regierung sind unzureichend** umgewandelt, da einige der

Indikatoren auch im ersten Untersuchungszeitraum, in Hinblick auf Maßnahmen der Regierung von Samaras, auftreten.

K6 wurde im Zuge der Probecodierung auf *Die konkreten politischen Forderungen von Syriza im Vorfeld der Wahl und bei den Verhandlungen* abgeändert.

K14 wurde im Zuge der Probecodierung auf *Syriza ist in den Verhandlungen nicht zu trauen – sie mindert durch ungewöhnliche Aktionen die Kompromissbereitschaft und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands und die Pläne der Euro-Staaten* geändert.

K25 wurde in *Die griechische Regierung behindert die Reformbemühungen und strapaziert die Solidarität der Europäer* geändert.

K28 wurde in *Aus Sicht von Samaras ist keine weitere finanzielle Unterstützung – insbesondere des IWF – mehr nötig* geändert.

Gruppierte Akteure

Im Zuge der Datenauswertung wurden außerdem noch folgende Gruppierungen innerhalb des AkteurInnenframings vorgenommen. Alexis Tsipras, Yanis Varoufakis und Andere Vertreter von *Syriza* bzw. *Syriza* allgemein werden zu ***Syriza und Vertreter der griechischen Regierung nach dem Wahlsieg von Syriza*** zusammengefasst. Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und Andere Vertreter der deutschen Regierung bzw. des deutschen Bundestags werden zu ***Vertreter der deutschen Regierung und des deutschen Bundestags*** zusammengefasst. Außerdem wurden *Regierungsvertreter anderer EU-Krisenstaaten, Andere Politiker von EU-Staaten* und *Andere Vertreter der EU und die EU als Institution* zu ***Andere Politiker von EU-Staaten und der EU*** zusammengefasst. Die Gruppierung der Akteure wurde aufgrund der vergleichsweise geringen Fallzahl der Berichte vorgenommen, in denen diese als Hauptakteure auftreten. In der Ergebnisdarstellung wird je nach Ermessen und Brauchbarkeit, entweder auf die differenzierten Akteure, oder aber auf die gruppierten Akteure zurückgegriffen, und dies wird klar erkenntlich gemacht. Dies ermöglicht eine weitere Option in der Auswertung

8. Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse

8.1. Häufigkeitenanalyse

Abbildung 1: Prozentueller Anteil der erschienenen Zeitungsartikel nach Zeitungen; eigene Darstellung

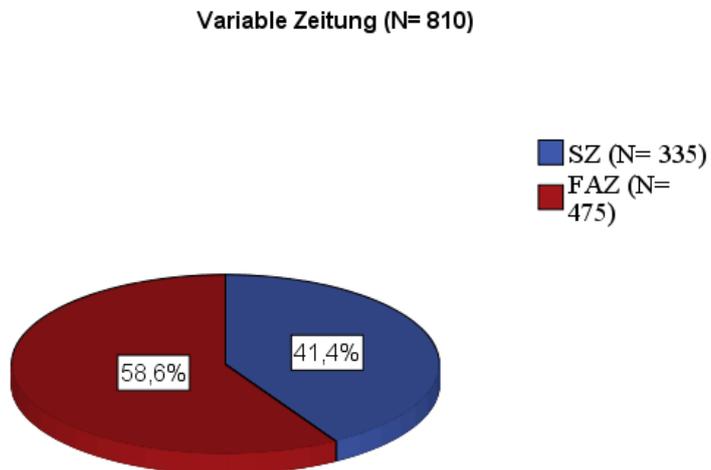


Abbildung 2: Prozentueller Anteil der erschienenen Zeitungsartikel nach Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung

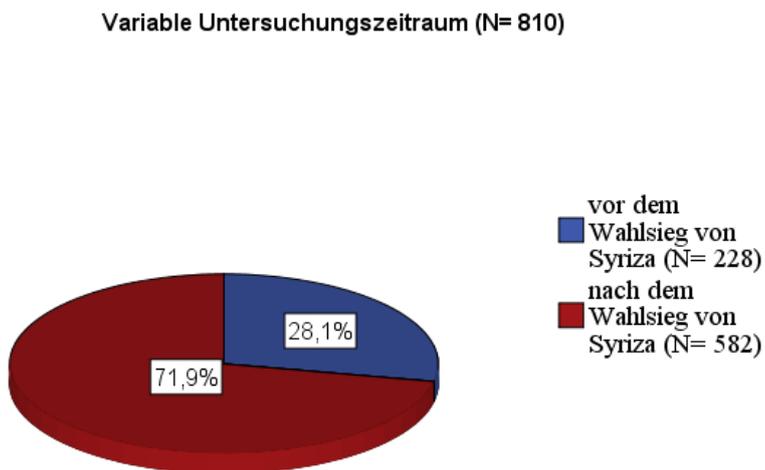


Tabelle 2: Assoziationsmaße zwischen der Variable *Zeitung* und den 30 inhaltlichen Kategorien. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests nach Pearson mit Kontinuitätskorrektur

	<i>SZ (N= 335)</i>		<i>FAZ (N= 475)</i>			
Kategorie	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Differenz	Nominalmaß
K1	42	12,5%	52	10,9%	1,6%	
K2	38	11,3%	61	12,8%	1,5%	
K3	21	6,3%	44	9,3%	3%	
K4	51	15,2%	50	10,5%	4,7%	
K5	23	6,9%	31	6,5%	0,4%	
K6	46	13,7%	42	8,8%	4,9%*	0,077
K7	67	20%	55	11,6%	8,4%**	0,116
K8	61	18,2%	45	9,5%	8,7%**	0,128
K9	74	22,1%	138	29,1%	7%*	0,078
K10	59	17,6%	52	10,9%	6,7%**	0,095
K11	60	17,9%	93	19,6%	1,7%	
K12	58	17,3%	43	9,1%	8,2%**	0,123
K13	29	8,7%	49	10,3%	1,6%	
K14	37	11%	82	17,3%	6,3%*	0,087
K15	87	26%	117	24,6%	1,4%	
K16	19	5,7%	15	3,2%	2,5%	
K17	10	3%	13	2,7%	0,3%	
K18	9	2,7%	23	4,8%	2,1%	
K19	27	8,1%	55	11,6%	3,5%	
K20	18	5,4%	57	12%	6,6%**	0,113
K21	42	12,5%	75	15,8%	3,3%	
K22	46	13,7%	44	9,3%	4,4%	
K23	19	5,7%	36	7,6%	1,9%	
K24	14	4,2%	12	2,5%	1,7%	
K25	34	10,1%	79	16,6%	6,5%*	0,092
K26	15	4,5%	20	4,2%	0,3%	
K27	58	17,3%	54	11,4%	5,9%*	0,085
K28	10	3%	5	1,1%	1,9%	
K29	21	6,3%	15	3,2%	3,1%	
K30	62	18,5%	59	12,4%	6,1%*	0,084

Anmerkung: * $p < 0,05$ (2-seitig), ** $p < 0,01$ (2-seitig), Nominalmaß= Phi Cramer-V. In der Tabelle werden nur die Nominalmaße der signifikanten Zusammenhänge dargestellt.

8.1.2. Tendenzframing

Abbildung 3: Prozentueller Anteil der Tendenz im ersten Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung

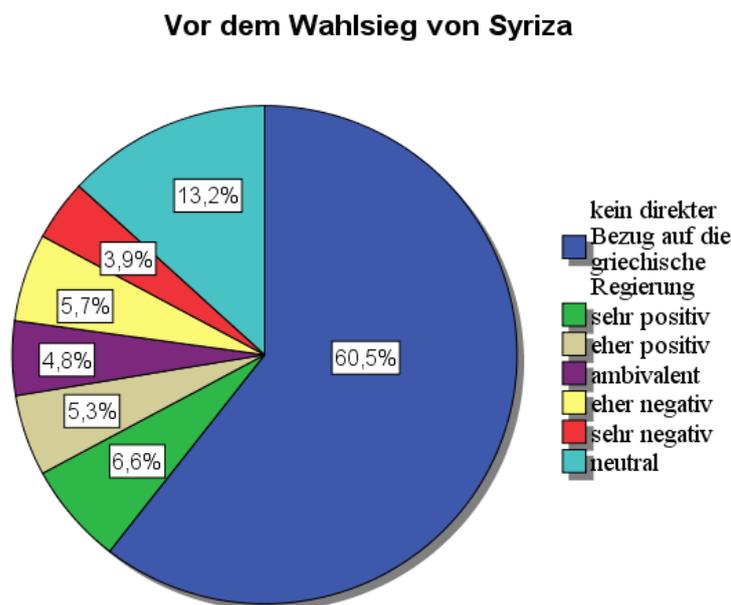
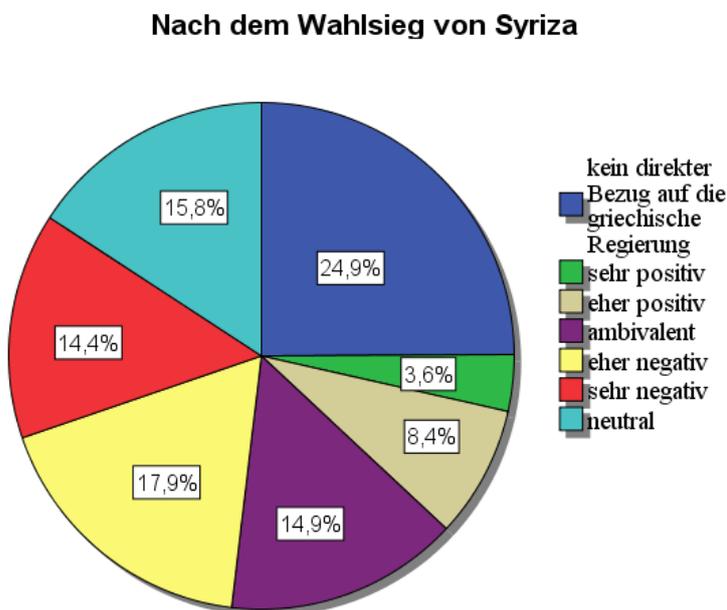


Abbildung 4: Prozentueller Anteil der Tendenz im zweiten Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung



Der Chi-Quadrat-Test ergibt ein signifikantes ($p < 0,01$) Assoziationsmaß mit einem Wert Phi Cramer-V von 0,372. Das bedeutet, dass die beiden Variablen *Untersuchungszeitraum* und *Tendenz* einen signifikanten Zusammenhang aufweisen. Für die Tendenz des Artikels in Bezug

auf die griechische Regierung ist also entscheidend, ob der Bericht vor oder nach dem Wahlsieg von *Syriza* veröffentlicht wurde.

Abbildung 5: Prozentueller Anteil der Tendenz in der Süddeutschen Zeitung; eigene Darstellung

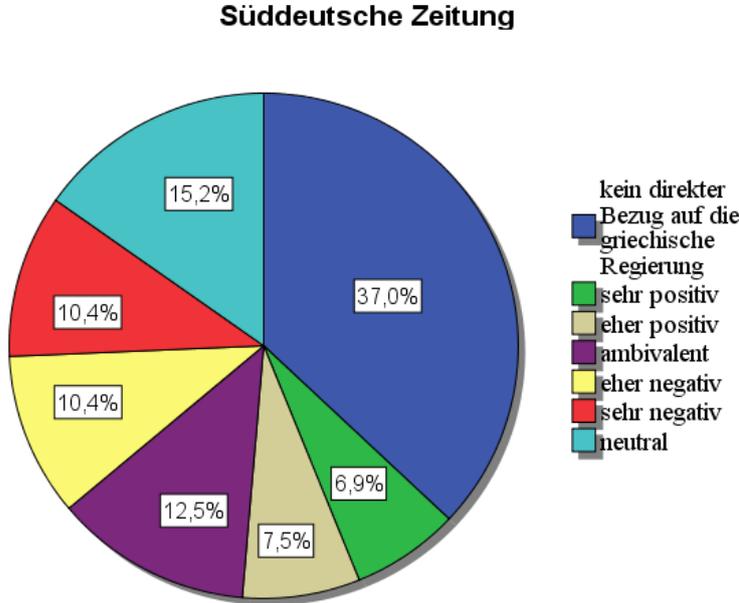
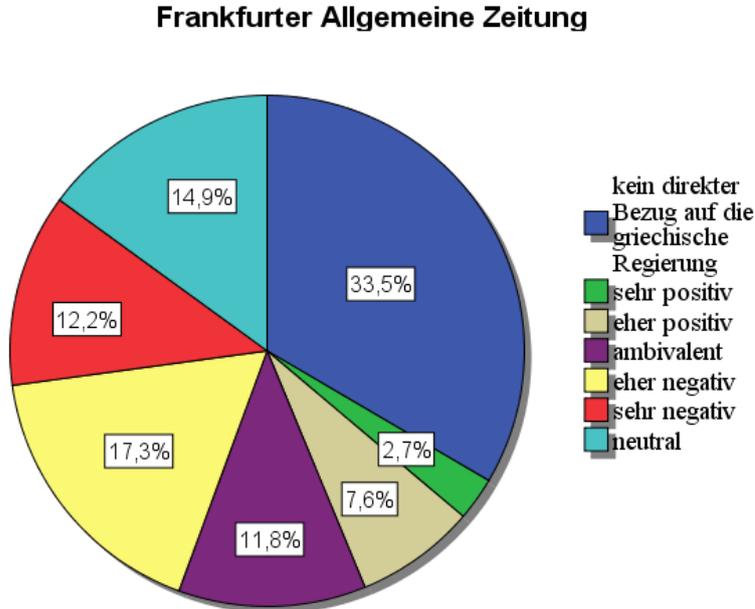


Abbildung 6: Prozentueller Anteil der Tendenz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; eigene Darstellung



Der Chi-Quadrat-Test ergibt ein signifikantes ($p=0,019$) Assoziationsmaß mit einem Wert Phi Cramer-V von 0,137.

Diese Grafiken sollen die unterschiedliche Verteilung der Ausprägungen der Variable *Tendenz* hinsichtlich der Variablen *Zeitung* und *Untersuchungszeitraum* aufzeigen. Die Aussagekraft der ebenso dargestellten Assoziationsmaße ist jedoch beschränkt, denn sie zeigt nur, dass insgesamt ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Variable *Tendenz* und den Variablen *Zeitung* und *Untersuchungszeitraum* besteht. Über die einzelnen Ausprägungen und die Details dieses Zusammenhangs kann damit noch keine genaue Aussage getroffen werden.

Deshalb wird aus der Nominalvariable *Tendenz* wie folgt eine Ordinalvariable gemacht, um Mittelwerte berechnen zu können. Der Wert *kein direkter Bezug auf die griechische Regierung* wird in dieser neuen Variable *skalierte Tendenz* als *fehlender Wert* definiert. *sehr positiv* wird zu +2. Eher positiv zu +1. *Ambivalent* und *neutral* werden zu 0 zusammengefasst. *Eher negativ* wird zu -1 und *sehr negativ* zu -2. Damit können die Mittelwerte berechnet werden, die beschreiben, wie positiv oder negativ in dem jeweiligen Zeitraum bzw. in der betreffenden Zeitung berichtet wird. Zu bedenken gilt, dass mit dem Wert *kein direkter Bezug auf die griechische Regierung* einige Fälle aus dem Sample herausfallen – dies gilt insbesondere für den ersten Untersuchungszeitraum, in dem in 60,5% der Artikel kein direkter Bezug zur griechischen Regierung gegeben war. Deshalb wurde im Vorfeld auch die allgemeine Verteilung der Ausprägungen der Variable *Tendenz* grafisch dargestellt.

Die skalierte Tendenz (N=527) weist nun insgesamt einen Mittelwert von -0,32 auf. Im ersten Untersuchungszeitraum (N= 90) – also vor dem Wahlsieg von *Syriza* – beträgt der Mittelwert 0,12. Nach dem Wahlsieg von *Syriza* (N=437) kommt die skalierte Tendenz auf einen Mittelwert von -0,41. Das Zusammenhangsmaß Eta weist einen Wert von 0,183 auf und ist mit $p < 0,01$ hochsignifikant. Auch in Bezug auf die Variable *Zeitung* erweisen sich die Unterschiede in den Mittelwerten der skalierten Tendenz als hochsignifikant ($p < 0,01$), wenngleich die Stärke des Zusammenhangs geringer ist (Eta= 0,120). Der Mittelwert für die *Süddeutsche Zeitung* beträgt -0,16 und ist damit nur leicht negativ, während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit einem Mittelwert von -0,43 mit einer negativeren Tendenz gegenüber der griechischen Regierung berichtet hat. Etwas größer ist der Unterschied in der skalierten Tendenz innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraums: SZ=-0,21; FAZ=-0,53; Eta=0,146**. Innerhalb des ersten Untersuchungszeitraums ist der Unterschied nicht signifikant.

8.1.3. AkteurInnenframing:

Abbildung 7: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen im ersten UZ; eigene Darstellung

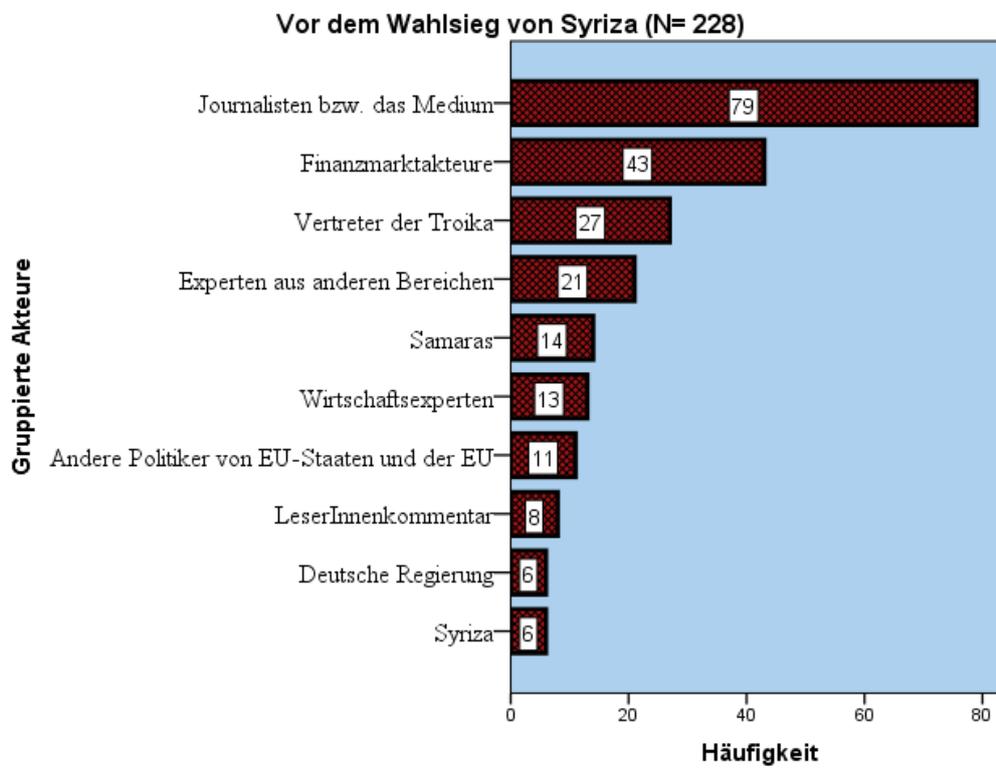


Abbildung 8: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen im zweiten UZ; eigene Darstellung

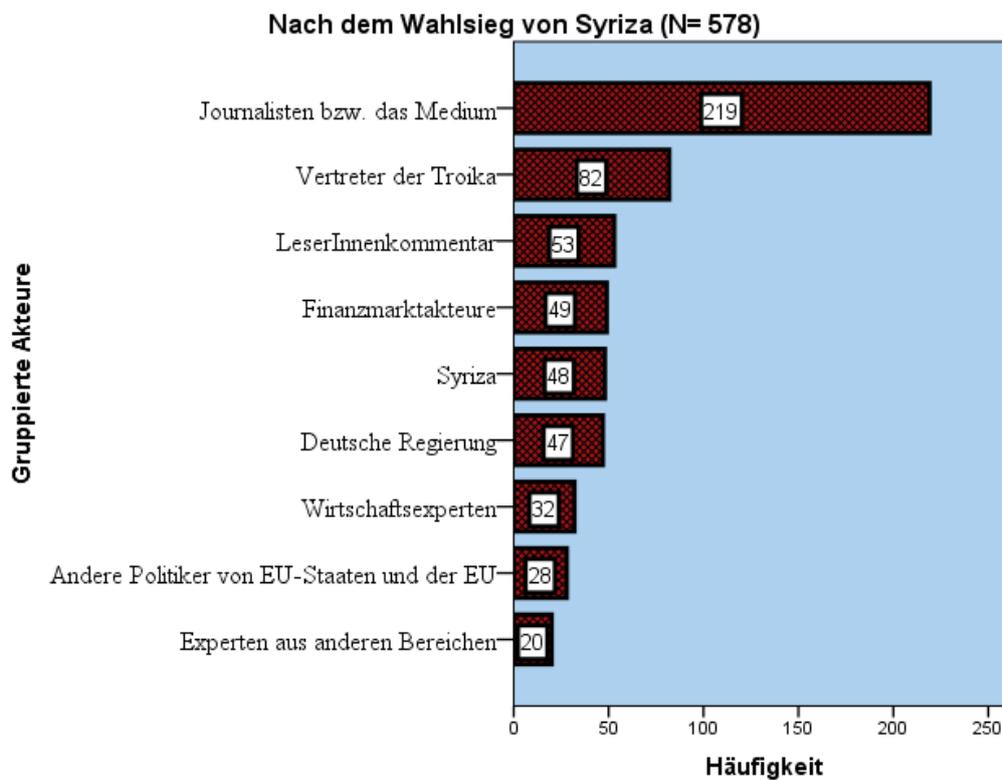


Abbildung 9: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen in der SZ; eigene Darstellung

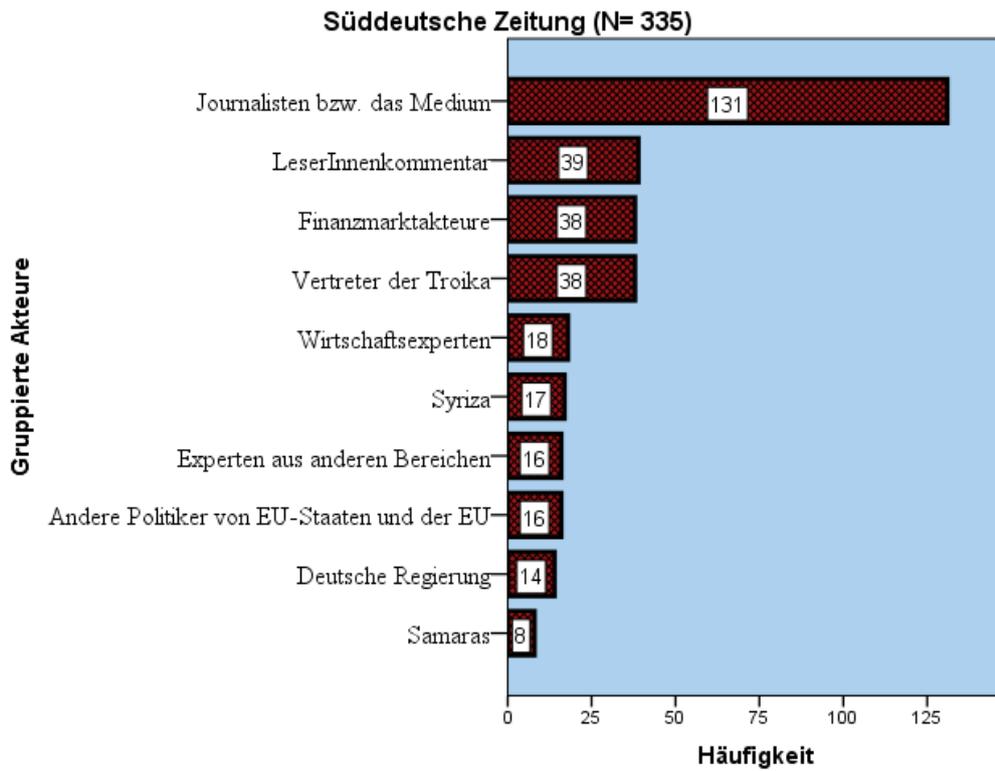
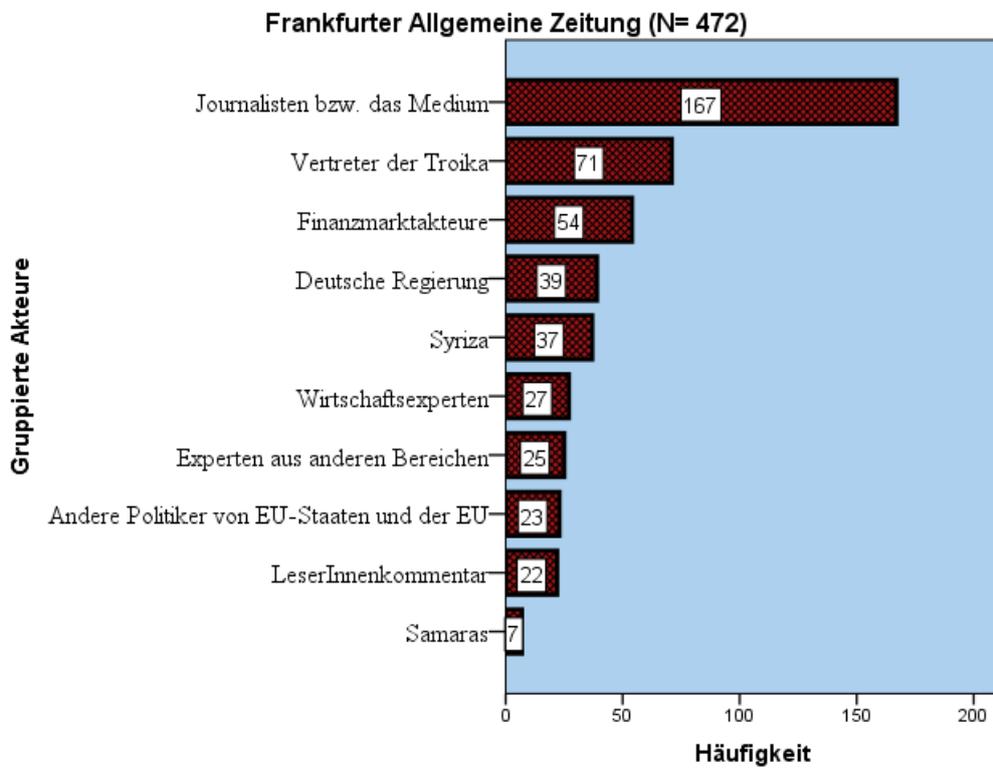


Abbildung 10: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen in der FAZ; eigene Darstellung



Der Chi-Quadrat-Test ergibt einen signifikanten ($p < 0,01$) Zusammenhang zwischen den Variablen *Zeitung* und *Hauptakteur des Artikels* mit einem Wert Phi Cramer-V 0,214. Der Assoziationswert der Variable *Hauptakteur* mit der Variable *Zeitung* ist damit etwas niedriger als jener mit der Variable *Untersuchungszeitraum*.

Es besteht nämlich auch ein signifikanter Zusammenhang ($p < 0,01$) zwischen den Variablen *Untersuchungszeitraum* und *Hauptakteur des Artikels*. Der Chi-Quadrat-Test ergibt hier einen Wert von Phi Cramer-V 0,352.

8.1.4. Basis-Frames:

Tabelle 3: Assoziationsmaße zwischen der Variable *Untersuchungszeitraum* und den fünf Basis-Frames. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests mit Kontinuitätskorrektur.

Kategorie	Vor dem Wahlsieg		Nach dem Wahlsieg		Differenz	Nominalmaß
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent		
Konflikt	84	36,8%	326	56%	19,2%**	0,172
Wirtschaft.	178	78,1%	375	64,4%	13,7%**	0,132
Fortschritt	9	3,9%	19	3,3%	0,6%	
Recht etc.	18	7,9%	67	11,5%	3,6%	
Person.	12	5,3%	45	7,7%	2,4%	

Anmerkung: * $p < 0,05$ (2-seitig), ** $p < 0,01$ (2-seitig), Nominalmaß= Phi Cramer-V. In der Tabelle werden nur die Nominalmaße der signifikanten Zusammenhänge dargestellt.

Tabelle 4: Assoziationsmaße zwischen der Variable *Zeitung* und den fünf Basis-Frames. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests.

Kategorie	SZ		FAZ		Differenz	Nominalmaß
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent		
Konflikt	180	53,7%	230	48,4%	5,3%	
Wirtschaft.	221	66%	332	69,9%	3,9%	
Fortschritt	7	2,1%	21	4,4%	2,3%	
Recht etc.	33	9,9%	52	10,9%	1%	
Person.	32	9,6%	25	5,3%	4,3%*	0,083

Anmerkung: * $p < 0,05$ (2-seitig), ** $p < 0,01$ (2-seitig), Nominalmaß= Phi Cramer-V. In der Tabelle werden nur die Nominalmaße der signifikanten Zusammenhänge dargestellt.

8.2. Zusammenhänge der Akteure mit der Tendenz und den Basis-Frames

8.2.1. Akteure und ihre Tendenz gegenüber der griechischen Regierung

Der Chi-Quadrat-Test ergibt, dass es einen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen *Tendenz des Artikels in Bezug auf die griechische Regierung* und *Hauptakteur* gibt. Der Phi-Cramer-V Wert beträgt 0,748 und ist hochsignifikant ($p < 0,01$).

Samaras: positiv und neutral

Der Hauptakteur *Samaras* oder *andere griechische Regierungsvertreter im ersten Untersuchungszeitraum* tritt häufig mit einer positiven Tendenz gegenüber der griechischen Regierung auf. In 40% der Fälle wurde hier *sehr positiv* oder *eher positiv* codiert. In 6,6% der Fälle *eher negativ*. In einem Drittel der Fälle war die Tendenz *neutral*. *Ambivalent* war zu 13% zutreffend. Wenn man mit der Ordinalvariable *skalierte Tendenz* arbeitet, dann zeigt sich beim Hauptakteur *Samaras* ein Mittelwert von 0,71, also eine klar positive Tendenz gegenüber der griechischen Regierung.

Syriza vorwiegend positiv, aber auch ambivalent

Ähnliche Ergebnisse bringt der Vergleich zwischen *Regierungsvertretern von Syriza* und der *Tendenz*. In rund 44% der Fälle war die Tendenz bei einem Hauptkommunikator aus der Regierung von *Syriza* mit *sehr positiv* oder *eher positiv* zu codieren. Nur in rund 18% der Fälle wurde mit *eher negativ* oder *sehr negativ* codiert. In genau einem Drittel der Fälle war die Tendenz in Bezug auf die griechische Regierung *ambivalent*. Dies bedeutet, dass in vielen Fällen, in denen Vertreter von *Syriza* als Hauptakteur auftraten, immer noch Gegenstimmen und Gegenargumente angeführt wurden. Dies ist im Vergleich zum Hauptakteur *Samaras* interessant. Die Häufigkeit der Tendenz *neutral* fällt bei Vertretern von *Syriza* mit 16,6 Prozent vergleichsweise gering aus. Der Mittelwert der skalierten Tendenz ist mit einem Wert von 0,54 ähnlich positiv wie bei *Samaras*.

Deutsche Regierung in Zusammenhang mit negativer Tendenz

Wenn Vertreter der deutschen Bundesregierung bzw. des deutschen Bundestags als Hauptakteur auftreten, dann ist die Tendenz in Bezug auf die griechische Regierung vorwiegend negativ. In 58% der Fälle war hier *eher negativ* oder *sehr negativ* zu codieren. Nur 7,5% der Artikel waren *sehr positiv* oder *eher positiv* gegenüber der griechischen Regierung. Hinzu kommen noch *ambivalent* (17%) und *neutral* (13%). Für die skalierte Tendenz ergibt sich deshalb mit -0,67 ein negativer Mittelwert.

Troika und Eurogruppe zeichnen ein negatives Bild von der griechischen Regierung

41% der Artikel, in denen Vertreter der Troika, der Eurogruppe bzw. eine dieser Institutionen als Hauptkommunikator auftreten, wurden mit *eher negativ* oder *sehr negativ* codiert. Nur sieben Prozent waren insgesamt positiv gegenüber der griechischen Regierung. *Ambivalent* (16,5%) und *neutral* (21%) waren relativ normal verteilt. Deshalb ist auch der Mittelwert (-0,51) klar negativ.

Finanzmarktakteure ohne direkten Bezug zur griechischen Regierung

Bei den Finanzmarktakteuren als Hauptkommunikator eines Artikels ist auffällig, dass der Großteil jener Artikel keinen Bezug zur griechischen Regierung (70%) hat. Hinzu kommen noch einige neutrale (16%) Bezugnahmen und nur wenige wertende. Der Mittelwert der skalierten Tendenz geht deshalb nahe Null (-0,07).

Wenn Experten aus anderen Bereichen (exklusive Wirtschaftsexperten) oder NGO-Vertreter als Hauptakteur auftraten, dann war kein einziger Artikel in der Tendenz *negativ* gegenüber der griechischen Regierung. 12% davon waren *sehr positiv* oder *eher positiv*, die überwiegende Mehrheit allerdings ohne Bezug (78%). Dementsprechend positiv ist auch der Mittelwert – mit 0,67.

JournalistInnen als Hauptkommunikator berichten tendenziell negativ über die griechische Regierung

Die JournalistInnen bzw. das Medium, als am häufigsten auftretender Hauptakteur, ist natürlich besonders interessant. Dabei lässt sich insgesamt eine eher negative Tendenz ausmachen. 32% der Artikel, in denen das Medium oder die JournalistInnen selbst als Hauptakteur auftreten, hatten eine *sehr negative* oder *eher negative* Tendenz gegenüber der griechischen Regierung. Im Vergleich dazu waren nur rund 7% *eher positiv* oder *sehr positiv*. Die restlichen Werte sind: *Kein direkter Bezug* (31,5%), *ambivalent* (14%) und *neutral* (15%). Auch die Berechnung des Mittelwerts ergibt mit -0,62 ein entsprechend negatives Ergebnis.

Abschließend ist noch die Tendenz der LeserInnenkommentare interessant. Hier ist im Vergleich zu den anderen Akteuren eine starke Polarisierung erkennbar. 15% der Artikel sind *sehr positiv*. 18% *sehr negativ*. Da sich die wertenden hier aber insgesamt fast die Waage halten, tendiert der Mittelwert mit -0,07 gegen Null.

8.2.2. Basis-Frames und Akteure

Der Chi-Quadrat-Test ergibt für die Variable *Hauptakteur* und den Basis-Frame *Konflikt* einen hochsignifikanten Zusammenhang ($p < 0,01$) – mit einem Wert von Phi Cramer-V 0,387.

Tsipras und Schäuble werden mit dem *Konflikt*-Frame in Verbindung gebracht

Auffällig ist, dass sowohl beim Hauptkommunikator *Alexis Tsipras* (62,5% aller Fälle), als auch bei *Wolfgang Schäuble* (76,2%) und bei *anderen Vertretern der deutschen Regierung* (75%), nicht aber bei *Angela Merkel* (50%) und *Yanis Varoufakis* (54%), der Basis-Frame *Konflikt* besonders häufig vorkommt. Der Basis-Frame *Konflikt* kommt insgesamt bei 50,6% aller Artikel vor. Dieser Wert kann dementsprechend als Vergleichswert herangezogen werden.

Wirtschaftsexperten und Finanzmarktakteure vermindern die Wahrscheinlichkeit für den Basis-Frame *Konflikt*

Häufig kommt der *Konflikt*-Frame außerdem bei den Akteuren *Vertreter der Troika, der Eurogruppe bzw. einer dieser Institutionen* (58,7%) und bei jenen Artikeln, in denen die JournalistInnen (59,7%) selbst als Hauptakteure auftreten, vor. Seltener tritt der Basis-Frame *Konflikt* dagegen auf, wenn ein Wirtschaftsexperte (31,1%) als Hauptkommunikator identifiziert werden kann – so gut wie gar nicht kommt der *Konflikt*-Frame vor, wenn Finanzmarktakteure wie Investmentbanken, Investoren, Anleger, (2,2%) etc. als Hauptakteure agieren.

***Wirtschaftlichkeit*-Frame dominiert bei Troika/Eurogruppe und kommt vergleichsweise selten bei Tsipras und LeserInnenkommentaren vor**

Der Chi-Quadrat-Test ergibt auch für die Variablen *Wirtschaftlichkeit* und *Hauptakteur* einen hochsignifikanten ($p < 0,01$) Zusammenhang – Phi Cramer-V 0,395.

Auffällig ist, dass nur 45,8% jener Artikel, in denen *Syriza*-Parteichef *Tsipras* als Hauptkommunikator auftritt, auch den Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* beinhalten. Es scheint auch eine negative Korrelation zwischen dem *Wirtschaftlichkeit*-Frame und dem Hauptakteur *Experten aus anderen Bereichen (exklusive Wirtschaftsexperten)* (36,6%) zu geben. Dies erscheint aber ebenso logisch plausibel, wie die Erkenntnis, dass bei den Akteursgruppen *Finanzmarktakteure* (99%) und *Wirtschaftsexperten* (93,3%) so gut wie immer der *Wirtschaftlichkeit*-Frame identifiziert werden kann. Deutlich spannender ist hier schon das Ergebnis, dass in 87,2% aller Artikel, in denen *Vertreter der Troika* oder der *Eurogruppe* als Hauptakteur auftreten, auch der *Wirtschaftlichkeit*-Frame vorkommt. Dies impliziert, dass die

Vertreter der Troika in erster Linie wirtschaftlich argumentieren. Dementgegen steht etwa die Erkenntnis, dass nur in 44,3% der LeserInnenkommentare zum Thema Schuldenkrise in Griechenland der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* vorkommt. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass die LeserInnen vermehrt eher alternative Denkansätze ausprobieren und aus anderen Perspektiven – und weniger aus einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise heraus – an die Problemstellungen herangehen.

Basis-Frame *Fortschritt* ist auf Experten konzentriert

Laut Chi-Quadrat-Test besteht auch ein signifikanter ($p < 0,01$) Zusammenhang zwischen dem Basis-Frame *Fortschritt* und der Variable *Hauptakteur* – mit einem Wert von Phi Cramer-V 0,358. Dieser Zusammenhang ist in erster Linie darauf zurück zu führen, dass der *Fortschritts-Frame* grundsätzlich nur selten in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands auftritt, und wenn, dann bei bestimmten Hauptakteuren. Insgesamt kommt der Basis-Frame nur 28 Mal – und damit in 3,5% aller 810 codierten Artikel vor. Wenn Wirtschaftsexperten als Hauptakteur auftreten, dann ist immerhin in 13,3% der Fälle auch der *Fortschritts-Frame* zu identifizieren. Bei Experten aus anderen Bereichen (exklusive Wirtschaftsexperten) ist dies sogar in 26,8% der Artikel der Fall. Diese hohe Konzentration erklärt auch die hohe Signifikanz des Zusammenhangs. Für alle anderen Akteursgruppen spielt der Basis-Frame nämlich nur eine sehr marginale Rolle.

Griechische Regierung argumentiert öfter aus rechtlicher Perspektive als deutsche Vertreter und Troika bzw. Eurogruppe

Der Chi-Quadrat-Test ergibt auch für den Basis-Frame *Moral, Ethik und Recht* ein hochsignifikantes Assoziationsmaß ($p < 0,01$) mit der Variable *Hauptakteur des Artikels*. Am häufigsten kommt der Frame vor, wenn ein Experte aus einem anderen Bereich als der Wirtschaft auftritt – nämlich in 41,5% der Fälle. Artikel, in denen Wirtschaftsexperten als Hauptakteur herangezogen werden, weisen nur in 6,6% der Fälle den *Rechts-Frame* auf.

Interessant sind in diesem Zusammenhang außerdem die unterschiedlichen Häufigkeiten des vierten Basis-Frames bei Vertretern der griechischen Regierung (14,8%) einerseits und Vertretern der deutschen Regierung (7,5%) andererseits. Besonders hervor sticht dabei, dass in Artikeln, in denen Finanzminister Varoufakis der Hauptkommunikator ist, in 23,1% der Fälle der *Rechts-Frame* zu identifizieren ist. Spannend ist abschließend noch, dass die Themenfelder von der Troika bzw. der Eurogruppe als Hauptakteur nur in 6,4% der Fälle aus rechtlicher

Perspektive angesprochen werden. Zum Vergleich – der Anteil an Artikeln, die den Basis-Frame *Moral, Ethik und Recht* insgesamt beinhalten, liegt bei 10,5% aller 810 codierten Fälle.

***Personalisierung* tritt bei Varoufakis und Schäuble vermehrt auf**

Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen dem Hauptakteur des Artikels und dem Basis-Frame *Personalisierung*. Der Chi-Quadrat-Test ergibt ein signifikantes Ergebnis ($p < 0,01$) mit Phi Cramer-V 0,215.

In der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass der Basis-Frame *Personalisierung* nur bei den Hauptkommunikatoren Varoufakis (23,1% aller Fälle, in denen der Finanzminister als Hauptkommunikator auftritt) und Schäuble (19% der Fälle) häufig auftritt. Diese Werte liegen damit doch deutlich über der allgemeinen Häufigkeit des letzten Basis-Frames (7%).

8.3. Faktorenanalyse:

Zur Identifikation der thematischen Frames, wird das statistische Verfahren der Faktorenanalyse angewandt. Die Faktorenanalyse umfasst laut Schendera grundsätzlich verschiedene Verfahren, deren Ziel es ist, aus einer großen Zahl von beobachteten Variablen eine möglichst geringe Anzahl von nicht beobachtbaren Faktoren zu generieren (vgl. Schendera, 2010: 179). Die Korrelationen meinen in diesem Kontext nicht den systematischen Zusammenhang zweier Variablen, sondern eine hinter diesen beiden Variablen stehende, dritte, latente, Variable (vgl. Schendera, 2010: 179f.). Das Ziel einer Hauptachsen-Faktorenanalyse ist also die Reduktion komplexer Daten auf einfache Strukturen. Die Eigenschaften der Hauptachsen-Faktorenanalyse sind vor allem für die Modellbildung interessant (vgl. Schendera, 2010: 242).

In der Datenauswertung mit SPSS wird die Extraktionsmethode Hauptkomponentenanalyse und die Rotationsmethode Varimax mit Kaiser-Normalisierung gewählt, da beide nach einer Vereinfachung der Faktoren streben. Die Rotation ist laut Schendera (2010) grundsätzlich der Versuch, die Beschreibung von Variablen in Bezug auf die zugrundeliegenden Faktoren, und damit ihrer beider Interpretation, zu vereinfachen. Das Ziel aller Rotationsverfahren ist, eine sogenannte Einfachstruktur zu erzielen, d.h. Faktoren mit wenigen hohen und ansonsten niedrigen Ladungen zu ermitteln (vgl. Schendera, 2010: 214).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Faktorenanalyse präsentiert. Dabei werden in Klammer die Ladungen der einzelnen Kategorien auf den jeweiligen Faktor angeführt. Diese

inhaltliche Zusammensetzung des Faktors bestimmt den Titel, der vor der Klammer steht und den Faktor benennt.

8.3.1. Vor dem Wahlsieg von Syriza / Erster Untersuchungszeitraum

Stabile Faktoren (hohe Ladungen bzw. viele Variablen)

1. **Anti-Austeritätspolitik:** (K10: 0,832/K12: 0,803/K7: 0,664/K8: 0,556)
2. **Pro-Troika und Konditionalitäten aufgrund der Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe:** (K15: 0,759/K9: 0,678/K23: 0,604/K11: 0,599)
3. **Proteste und Unzufriedenheit:** (K29: 0,868/K24: 0,865)

Weniger stabile Faktoren (weniger hohe Ladungen bzw. weniger Variablen)

4. **Ablehnung von Samaras führt zu Streit:** (K27: 0,724/K22: 0,710/K28: 0,535)
5. **Anti-Syriza und die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung:** (K14: 0,703/K13:0,657/K19: 0,464/K30: 0,451)
6. **Schuldenschnitt – schlechter Zustand der Wirtschaft – Regierung behindert Reformbemühungen.:** (K5: 0,661/K2: 0,643/K25: 0,580)

8.3.2. Nach dem Wahlsieg von Syriza / Zweiter Untersuchungszeitraum

Stabile Faktoren

1. **Anti Austeritätspolitik:** (K12: 0,870/K10: 0,863/K7: 0,847/K8: 0,639)
2. **Anti-Syriza:** (K25: 0,847/K14: 0,817)
3. **Pro-Troika:** (K9: 0,720/K18: 0,685/K11: 0,679)
4. **Proteste und Unzufriedenheit:** (K29: 0,837/K24: 0,760)
5. **Drohende Folgen und Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe:** (K13: 0,731/K23: 0,725)
6. **Konditionalitäten sorgen für Streit in den Verhandlungen:** (K27: 0,715/K22: 0,710/K15: 0,651)

Weniger stabile Faktoren

7. **Geldgeber sollten Syriza-Forderungen entgegenkommen – eventuell auch mit Schuldenschnitt:** (K16: 0,696/K6: 0,613/K30: 0,413/K5: 0,410)

8. **Frühere griechische Regierungen tragen die Schuld für schlechten Zustand der Wirtschaft:** (K2: 0,751/K17: 0,501/K4: 0,468)

9. **Syriza belastet die Finanzmärkte:** (K26: 0,808/K1: 0,554)

8.3.3. Wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen

Die Faktoren, die aufgrund geringerer Ladungen bzw. weniger Variablen als weniger stabil eingestuft wurden, aber dennoch stark genug sind, um interessante Ergebnisse zu liefern, müssen etwas vorsichtiger interpretiert werden. Deshalb werden diese auch nicht als Frames identifiziert. Vielmehr können hier gerade in Bezug auf Unterschiedlichkeiten zwischen den Untersuchungszeiträumen und zwischen den Zeitungen, einige Erkenntnisse gewonnen werden. Deshalb werden die weniger stabilen Faktoren – neben den stabilen Faktoren – in dieser folgenden Analyse mit einbezogen.

Pro-Troika

Der Pro-Troika-Berichterstattung kommt im ersten Untersuchungszeitraum gemeinsam mit den Konditionalitäten des aktuellen Rettungsprogramms vor und wird mit der Alternativlosigkeit der Sparpolitik verknüpft, die sich darin manifestiert, dass ein Grexit aus Sicht der Eurogruppe keine Option ist. Nach dem Wahlsieg von *Syriza* steht in der Berichterstattung im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Sparpolitik vor allem auch die positive Rolle der Geldgeber und die positiven Effekte der Reformprogramme im Fokus.

Anti-Syriza

Während im ersten Untersuchungszeitraum bei einer negativen Berichterstattung über *Syriza* (K14: *Syriza* ist nicht zu trauen) vor allem auf die unrealistischen Forderungen, die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung und auf die Notwendigkeit von finanziellen Hilfen eingegangen wird, werden nach dem Wahlsieg von *Syriza* in diesem Kontext die unzureichenden Forderungen der Partei und das Behindern der Reformbemühungen thematisiert.

Schuldenschnitt

Die Möglichkeit eines Schuldenschnitts für Griechenland wird vor dem Wahlsieg von *Syriza* im Kontext des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft und der Behinderung der Reformbemühungen durch die griechische Regierung thematisiert. Im zweiten Untersuchungszeitraum tritt die Schuldenschnitt-Debatte dagegen vor allem dann auf, wenn

gleichzeitig auch auf die konkreten politischen Forderungen von *Syriza* eingegangen wird und argumentiert wird, dass die Geldgeber der griechischen Regierung entgegenkommen könnten bzw. sollten.

Außerdem gibt es noch drei Faktoren, die zusätzlich im zweiten Untersuchungszeitraum identifiziert werden konnten und die vor dem Wahlsieg von *Syriza* gar nicht in den Ergebnissen der Faktorenanalyse auftreten. Demnach werden nach dem Wahlsieg von *Syriza* die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung gemeinsam mit der Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe thematisiert. Die Ablehnung des Grexits aus Sicht der Euro-Gruppe wird hier also mit den drohenden verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen verknüpft. Zudem wird der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft nach dem Wahlsieg von *Syriza* häufig gemeinsam mit der Kritik an den früheren griechischen Regierungen und mit den innenpolitischen Problemen von *Syriza* thematisiert. Schlussendlich kommt zusätzlich noch ein Faktor hinzu, der die Belastung der Finanzmärkte durch *Syriza* beschreibt.

Die Faktorenanalyse wurde außerdem noch separat für die beiden Zeitungen *SZ* und *FAZ* durchgeführt. Diese Analyse erfolgte innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraums, da in dieser Form eher mit stabilen Faktoren gerechnet werden kann und diese Vorgehensweise auch für die Interpretation als sinnvoller erachtet wird, weil der Zeitraum nach dem Wahlsieg von *Syriza*, den Kern der vorliegenden Arbeit darstellt – dies zeigt sich nicht zuletzt an der deutlich höheren Dichte an Berichten in diesem zweiten Untersuchungszeitraum.

8.3.4. *SZ*/Nach dem Wahlsieg von *Syriza*

Stabile Faktoren

1. **Anti-Austeritätspolitik:** (K10: 0,880/K12: 0,877/K7: 0,859/K8: 0,697)
2. **Pro Troika und Anti-Syriza:** (K9: 0,827/K11: 0,705/ K25: 0,632/ K18: 0,574/K14: 0,520)
3. **Pro Troika – Syriza hat innenpolitische Probleme und lehnt die Konditionalitäten ab – dies sorgt für Streit:** (K15: 0,775/K22: 0,675/K9: 0,625/K17: 0,586/K27: 0,505)
4. **Proteste und Unzufriedenheit:** (K24: 0,822/K29: 0,820)
5. **Option Grexit aufgrund des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft:** (K21: 0,696/K2: 0,658)

8.3.5. FAZ/Nach dem Wahlsieg von Syriza

Stabile Faktoren

1. **Anti-Austeritätspolitik:** (K12: 0,837/K10: 0,832/K7: 0,818/K8: 0,566)
2. **Pro-Troika:** (K18: 0,752/K11: 0,673/K9: 0,653)
3. **Unrealistische und unzureichende Forderungen von Syriza laufen den Konditionalitäten entgegen** (K19: 0,751/K15: 0,692/K20: 0,614)
4. **Anti-Syriza:** (K14: 0,863/K25: 0,841)
5. **Proteste und Unzufriedenheit:** (K29: 0,817/K24: 0,734)
6. **Syriza belastet die Finanzmärkte:** (K26: 0,770/K1: 0,664)
7. **Drohende Folgen und Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe:** (K23: 0,796/K13: 0,690)

Weniger stabile Faktoren

8. **Geldgeber sollten Syriza-Forderungen entgegenkommen:** (K6: 0,644/K30: 0,611/K16: 0,552)

8.3.6. Wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen

Pro-Troika und Anti-Syriza

Ein entscheidender Unterschied zur Berichterstattung der *SZ*, ist, dass in der *FAZ* die beiden Argumentationsstränge – Pro-Troika einerseits und Anti-Syriza andererseits – getrennt voneinander auftreten, während die fünf inhaltlichen Kategorien (K9, K11, K14, K18, K25) in der *SZ* alle gemeinsam auftreten. Dies könnte – wenn man diese Erkenntnis mit den Ergebnissen aus 8.1.1. verknüpft, darauf zurückzuführen sein, dass in der *FAZ* die beiden Anti-Syriza Kategorien (K14, K25) insgesamt deutlich häufiger vorkommen als in der *SZ*. Dementsprechend könnte die Alleinstellung darauf zurückzuführen sein, dass viele Artikel nur die beiden Kategorien beinhalten.

Ansonsten unterscheiden sich die Faktoren zwischen den beiden Zeitungen nur dahingehend, dass einige Argumentationsstränge in der einen Zeitung auftreten und in der anderen nicht.

In der *Süddeutschen Zeitung* tritt die Notwendigkeit der Sparpolitik noch gemeinsam mit dem Streit um die Konditionalitäten und mit den innenpolitischen Problemen von *Syriza* auf. Außerdem wird die Option eines Grexits in einen Zusammenhang mit dem schlechten Zustand der griechischen Wirtschaft gebracht. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* dagegen werden

die Forderungen von *Syriza* gleichzeitig als unrealistisch und unzureichend bezeichnet und mit den Konditionalitäten der Rettungsprogramme verknüpft. Interessanterweise werden in der *FAZ* zudem die konkreten politischen Forderungen von *Syriza* mit der Argumentation verknüpft, dass die Geldgeber den *Syriza*-Forderungen entgegen kommen sollten.

Anmerkungen:

K3 kommt in gar keinem Faktor vor. Diese Kategorie gilt es anhand der Häufigkeiten zu interpretieren.

K4, K5, K6, K16, K28, K30 kommen in keinem der stabilen Faktoren vor und werden deshalb auch bei der Identifikation der Frames keine Rolle spielen.

8.4. Der Zusammenhang zwischen den stabilen Faktoren und den anderen Stufen der Framing-Analyse

Die stabilen Faktoren wurden mit SPSS als neue Variablen gespeichert (Methode: Regression), um die Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren und den anderen Stufen der Framing-Analyse – also Tendenzframing, AkteurInnenframing und Basis-Frames – zu berechnen.

Der Zusammenhang der stabilen Faktoren mit der skalierten Tendenz wird mit einer bivariaten Korrelation nach Pearson berechnet. Positive Korrelationen bedeuten, dass der Faktor mit einer positiven Tendenz gegenüber der griechischen Regierung korreliert. Für den Zusammenhang mit dem AkteurInnenframing werden die Mittelwerte für die einzelnen Akteure berechnet und jene angeführt, die im Vergleich zu den anderen Akteuren mit einem klar positiven Mittelwert des Faktors assoziiert werden können und damit mit dem jeweiligen Faktor in Verbindung gebracht werden können. Das Zusammenhangsmaß Eta bezieht sich auf die Akteure insgesamt. Auch der Einfluss der Basis-Frames auf die Mittelwerte der Faktoren wird angeführt. Für alle Ergebnisse gilt, dass nur jene dargestellt werden, die signifikant und für die Interpretation relevant sind – und damit auch deutlich vom allgemeinen Mittelwert des Faktors abweichen. In Klammer ist zudem angeführt, in welchem Untersuchungszeitraum bzw. in welcher Zeitung dieser Faktor identifiziert werden konnte. Dementsprechend wurden auch die Zusammenhänge mit den anderen Stufen der Framing-Analyse nur im jeweiligen Teil der Fälle untersucht.

1. Anti-Austeritätspolitik (gesamter Untersuchungszeitraum und beide Zeitungen)

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: 0,368** (p<0,01)

AkteurInnenframing: Experten aus anderen Bereichen (1,21), LeserInnenkommentare (1,20), Syriza (0,33), Wirtschaftsexperten (0,39). Eta=0,524** (p<0,01)

Basis-Frames: Fortschritt (0,95) – Eta: 0,179**; Moral, Ethik, Recht (0,65) – Eta: 0,223**

2. Pro-Troika und Konditionalitäten aufgrund der Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe (Vor dem Wahlsieg von Syriza)

AkteurInnenframing: Deutsche Regierung (1,16), Andere Politiker von EU-Staaten und der EU (0,89), Vertreter der Troika (0,68). Eta=0,459**

3. Proteste und Unzufriedenheit (gesamter Untersuchungszeitraum und beide Zeitungen)

AkteurInnenframing: Experten aus anderen Bereichen (0,60). Eta=0,270**

Basis-Frames: Personalisierung (0,49) – Eta: 0,134**

4. Anti-Syriza (nach dem Wahlsieg von Syriza)

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,584** (p<0,01)

AkteurInnenframing: Deutsche Regierung (0,36), Vertreter der Troika (0,26). Eta=0,281**

Basis-Frames: Konflikt (0,29) – Eta: 0,323**

5. Pro-Troika (nach dem Wahlsieg von Syriza)

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,203** (p<0,01)

AkteurInnenframing: Deutsche Regierung (0,58), Vertreter der Troika (0,26). Eta= 0,316**

6. Drohende Folgen und Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe (nach dem Wahlsieg von Syriza)

Keine Korrelationen

7. Konditionalitäten sorgen für Streit in den Verhandlungen

Basis-Frames: Konflikt (0,32) – Eta=0,358**; Personalisierung (0,32) – Eta=0,094*.

AkteurInnenframing: Vertreter der Troika (0,64), Deutsche Regierung (0,30), Syriza (0,20). Eta=0,368**.

8. Pro-Troika und Anti-Syriza

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,527**

AkteurInnenframing: Deutsche Regierung (0,91), Vertreter der Troika (0,45). Eta=0,434**.

9. Pro-Troika. Syriza hat innenpolitische Probleme und lehnt die Konditionalitäten ab – dies sorgt für Streit

Basis-Frames: Konflikt (0,32) – Eta=0,372**

AkteurInnenframing: Vertreter der Troika (0,87), Deutsche Regierung (0,30), Journalisten/Medium (0,26). Eta=0,561**

10. Option Grexit aufgrund des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft.

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,171* (p<0,05)

11. Unrealistische und unzureichende Forderungen von Syriza laufen den Konditionalitäten entgegen (FAZ/nach dem Wahlsieg von Syriza)

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,177**

Basis-Frames: Konflikt (0,27) – Eta=0,299**

AkteurInnenframing: Deutsche Regierung (0,76), Vertreter der Troika (0,41). Eta=0,355**

12. Syriza belastet die Finanzmärkte

Skalierte Tendenz: bivariate Korrelation nach Pearson: -0,138*

AkteurInnenframing: Finanzmarktakteure (1,26). Eta=0,365**

9. Interpretation der Ergebnisse

9.1. Identifikation von Frames

Zu Beginn dieses Kapitels werden die eben dargestellten Faktoren anhand der enthaltenen inhaltlichen Kategorien, die auf den Faktor geladen sind (wie weiter oben dargestellt), interpretiert. Da die Identifikation von Frames das Forschungsziel der vorliegenden Arbeit darstellt, orientiert sich diese Interpretation an der Framing-Definition, die im Theorie-Teil diskutiert wurde. Ein Frame setzt sich demnach laut Matthes aus folgenden vier Frame-Elementen zusammen: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung und die Bewertung bzw. Einordnung des Problems (vgl. Matthes, 2007: 134ff.). Zusätzlich werden noch die Tendenz gegenüber der griechischen Regierung (**FF3**), die Akteure (**FF4, FF5, FF6**), die vorwiegend mit dem jeweiligen Frame in Verbindung gebracht werden können und die Zusammenhänge mit den Basis-Frames (**FF7, FF8**), interpretiert.

Gesamter Untersuchungszeitraum und beide Zeitungen

Anti-Austeritätspolitik

Problemdefinition: Systemische Betrachtungsweise der Austeritätspolitik und der Schuldenkrise Griechenlands allgemein. Die Sparpolitik, die von der Troika überwacht und von den Geldgebern generell vorgegeben wird, ist Teil des Problems in der Schuldenkrise Griechenlands und trägt nicht zur Lösung bei bzw. hat die Situation sogar verschlimmert. Dieser Frame verknüpft die Kritik an der Sparpolitik mit der sozialen Situation der griechischen Bevölkerung.

Ursachenzuschreibung: Die systemische Perspektive erlangt dieser Frame speziell dadurch, dass die Ursachen für die Griechenlandkrise vor allem auch im Privatsektor gesucht werden. Dieser Frame verknüpft die Kritik am Vorgehen der Geldgeber auch mit den Ursachen für die Schuldenkrise – nämlich mit der Krise des Bankensektors und der Finanzkrise. Zum Teil wird argumentiert, dass die Rettung Griechenlands eigentlich eine Rettung der Banken ist. Dass diese negative Thematisierung der Austeritätspolitik durchaus auch aus rein wirtschaftlicher Perspektive vollzogen wird, zeigt der positive Zusammenhang des Frames mit der Akteursgruppe *Wirtschaftsexperten*.

Lösungszuschreibung: Durch K7 beinhaltet der Frame (teilweise implizite) Alternativen zur Austeritätspolitik. Auch die Beendigung der vorherrschenden Sparpolitik kann man jedenfalls als Teil der Lösungszuschreibung festmachen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Durch die Darstellung der negativen Folgen der Sparpolitik bzw. auch durch die kritische Berichterstattung darüber an sich, wird eine negative Wertung vorgenommen und Griechenland bis zu einem gewissen Grad als (alleiniger) Sündenbock entlastet. Vor dem Hintergrund, dass die explizite Bewertung des Problems laut Matthes als graduell zu verstehen ist (vgl. Matthes, 2007: 136), kann dieser Frame so interpretiert werden, dass die Austeritätspolitik sehr negativ dargestellt wird.

Diese klar wertende Eigenschaft dieses *Anti-Austeritäts-Frames* zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass der Frame mit einer sehr positiven Tendenz gegenüber der griechischen Regierung korreliert. Dies impliziert ja geradezu, dass die politischen Forderungen und Aktionen von *Syriza*, die bekanntlich gegen die Sparpolitik auftreten, positiv bewertet werden. Das AkteurInnenframing zeigt – wie schon kurz angesprochen – dass dieser Frame auch mit der Akteursgruppe *Wirtschaftsexperten* korreliert. Naheliegend ist, dass auch *Vertreter von Syriza* als Akteur mit diesem Frame in Verbindung gebracht werden können. Besonders häufig vermitteln allerdings die Akteursgruppen *Experten aus anderen Bereichen* und *LeserInnenkommentare* diesen *Anti-Austeritäts-Frame*. Der positive Zusammenhang mit dem Basis-Frame *Fortschritt* zeigt zudem, dass die Argumentation gegen die Sparpolitik immer wieder auch mit wissenschaftlichen Studien untermauert wird. Außerdem haben die Ergebnisse gezeigt, dass dieser Frame auch mit einer moralischen, ethischen und vor allem rechtlichen Perspektive verknüpft wird.

Proteste und Unzufriedenheit

Problemdefinition: Die griechische Bevölkerung ist unzufrieden mit der aktuellen Situation und vor allem mit der Sparpolitik. Der Zusammenhang mit dem Basis-Frame *Personalisierung* zeigt, dass diese Unzufriedenheit oft aus einer personalisierten Perspektive heraus thematisiert wird. Im Kontext dieses Frames treten oft *Experten (exklusive Wirtschaftsexperten)* als Hauptakteur auf – diese Akteursgruppe beinhaltet aber etwa auch NGO-Vertreter. Dadurch wird dieser Zusammenhang auch klar verständlich.

Ursachenzuschreibung: Die Proteste sind demnach in der Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung begründet. Die Ursache für die Unzufriedenheit liegt in der Sparpolitik.

Lösungszuschreibung: Das Frame-Element entfällt in diesem Fall, weil weder der Frame an sich eine Lösungszuschreibung beinhaltet, noch korreliert der Frame mit einem anderen Frame, der eine solche hätte.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Die Bewertung des Problems muss in diesem Fall eher mit neutral beschrieben werden. Der Frame korreliert weder mit der skalierten Tendenz gegenüber der griechischen Regierung, noch mit einem der anderen – implizit wertenden – Frames. Es liegt also keine klare Wertung der Proteste und der Unzufriedenheit vor.

Vor dem Wahlsieg von Syriza – beide Zeitungen

Pro-Troika und Konditionalitäten, aufgrund der Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe

Problemdefinition: Die Austeritätspolitik der Troika ist notwendig. Die Geldgeber retten mit ihren Maßnahmen die griechische Wirtschaft, die nicht auf eigenen Beinen stehen kann. Ganz konkret wird in diesem Kontext auch die Notwendigkeit der geforderten Konditionalitäten thematisiert.

Ursachenzuschreibung: Begründet wird diese Notwendigkeit von Austerität mit der Alternativlosigkeit der Maßnahmen. Die Notwendigkeit der Sparprogramme wird in diesem Frame nämlich damit verknüpft, dass der Grexit aus Sicht der Eurogruppe keine Option ist – und die Sparpolitik wird als alternativlose Option zur Abwendung ebendieses Grexits bezeichnet.

Lösungszuschreibung: Die Problemdefinition impliziert schon die Lösungszuschreibung für das größere Problem – nämlich die Schuldenkrise Griechenlands. Die Konditionalitäten sind demnach das notwendige und richtige Mittel, um die griechische Regierung unter Druck zu setzen und sicherzustellen, dass die gewünschten Reformen bzw. politischen Veränderungen umgesetzt werden.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Troika und Geldgeber werden sehr positiv thematisiert, weil sie demnach die griechische Wirtschaft am Leben halten. Dieser Frame suggeriert, dass die Geldgeber, Griechenland mit den finanziellen Hilfe eine neue Chance eröffnen und sie schon mehrfach vor dem Abgrund gerettet haben.

Die Hauptakteure, die diesen Frame in erster Linie vermitteln, sind Vertreter der deutschen Regierung, generell EU-Politiker und Politiker aus anderen EU-Staaten, sowie Vertreter der Troika.

Nach dem Wahlsieg von Syriza - beide Zeitungen

Anti-Syriza

Problemdefinition: Syriza ist in den Verhandlungen nicht zu trauen. Die griechische Regierung behindert die Reformbemühungen, strapaziert die Solidarität der Europäer und mindert durch ungewöhnliche Aktionen die Kompromissbereitschaft und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands und die Pläne der Euro-Staaten.

Ursachenzuschreibung: Die Ursachen für dieses Misstrauen sind demnach unter anderem der Verhandlungsstil, die Zweideutigkeit von Varoufakis und ein fundamental falsches Verständnis von der EU. Die griechische Regierung behindert demnach auch konkrete und notwendige Reformbemühungen – etwa Privatisierungen.

Lösungszuschreibung: Die Problemdefinition impliziert, dass das Problem nur von den anderen Euro-Staaten gelöst werden kann. Eine Lösung könnte demnach auch sein, den Vorschlägen von *Syriza* grundsätzlich zu misstrauen und ohne Bezugnahme darauf, die eigenen Pläne umzusetzen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Der stark negative Zusammenhang mit der skalierten Tendenz gegenüber der griechischen Regierung zeigt, dass *Syriza* – wie der Name des Frames schon impliziert – äußerst negativ dargestellt wird. Dagegen werden die Geldgeber als die vernünftigen Verhandlungspartner thematisiert, deren Pläne von einer Partei blockiert werden, die demnach aus rein innenpolitischen und ideologischen Gründen handelt.

Als Hauptakteure treten bei diesem Frame in erster Linie die deutsche Regierung und die Vertreter der Troika auf, die damit wohl das Ziel verfolgen, die politischen Forderungen von *Syriza* zu delegitimieren. Der Zusammenhang mit dem Basis-Frame *Konflikt* zeigt zudem, dass der *Anti-Syriza-Frame* oft im Kontext von Verhandlungen, in denen unterschiedliche Positionen und Interessen aufeinandertreffen, vorkommt.

Pro-Troika

Problemdefinition: Die Austeritätspolitik der Troika ist notwendig. Die Geldgeber retten mit ihren Maßnahmen die griechische Wirtschaft, die nicht auf eigenen Beinen stehen kann.

Ursachenzuschreibung: Die Notwendigkeit lässt sich demnach daraus ableiten, dass die Hilfspakete und Reformprogramme die Krise nicht verursacht und auch nicht zur Verschärfung beigetragen haben. Diese Argumentation impliziert geradezu, dass die griechischen

Regierungen die Krise selbst verursacht haben, indem eben die Geldgeber aus der Verantwortung gezogen werden.

Lösungszuschreibung: Auch eine Lösung des Problems kann deshalb nur mit den Reformprogrammen erreicht werden. Die Handlungsaufforderung an die griechische Regierung ist demnach, den Plänen der Troika – und damit allen voran der Sparpolitik – zu zustimmen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Schon der Name des Frames impliziert die Bewertung der Maßnahmen der Troika. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber vor allem, dass der *Pro-Troika-Frame* auch negativ mit der skalierten Tendenz korreliert und damit innerhalb des Frames signifikant häufiger ein negativer Bezug zur griechischen Regierung hergestellt wird.

Ähnlich wie beim *Anti-Syriza-Frame* treten auch hier vor allem Vertreter der deutschen Regierung und der Troika als Hauptkommunikator bzw. Hauptakteur auf.

Drohende Folgen und Alternativlosigkeit aus Sicht der Euro-Gruppe

Problemdefinition Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone ist aus Sicht der Euro-Gruppe keine Option.

Ursachenzuschreibung: Der Grexit ist aus Sicht der Euro-Gruppe keine Option, weil dieser fatale wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich ziehen würde. Diese drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung beschränken sich demnach nicht nur auf die griechische Bevölkerung und Wirtschaft, sondern auf den gesamten Euroraum.

Lösungszuschreibung: Die Lösung ist demnach, eine Einigung zwischen *Syriza* und Geldgeber zu erzielen, um damit den Grexit und die damit verbundenen, negativen Folgen zu verhindern.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Eine Bewertung ist in diesem Frame nur dahingehend vorhanden, dass eine Nicht-Einigung sehr negativ thematisiert und als Worst-Case-Szenario beschrieben wird. Eine Wertung der Verhandlungspositionen wird hier nicht vorgenommen. Dies zeigt sich auch daran, dass weder ein Akteur, eine klare Tendenz gegenüber der griechischen Regierung, noch ein Basis-Frame mit diesem Frame in Verbindung gebracht werden kann.

Konditionalitäten sorgen für Streit in den Verhandlungen

Problemdefinition: Die Verhandlungen über einen zeitlichen Aufschub und die Reformauflagen sorgen für Streit zwischen den Geldgebern und Griechenland.

Ursachenzuschreibung: Verursacht wird der Streit einerseits dadurch, dass die Geldgeber die Verlängerung der Hilfsprogramme an Bedingungen und Reformauflagen knüpfen und andererseits dadurch, dass die griechische Regierung ebendiese Konditionalitäten strikt ablehnt und, dass keine der beiden Seiten nachgibt.

Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung: Ein Lösungsansatz wird in diesem Frame nicht explizit transportiert. Vielmehr steht der Streit an sich im Fokus.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Auch die Bewertung des Problems entfällt hier wohl. Dies zeigt sich daran, dass sowohl Vertreter der Troika und der deutschen Regierung, als auch *Syriza*-Politiker oft als Hauptakteure mit diesem Frame auftreten. Auch der Zusammenhang mit dem *Konflikt-Frame* verstärkt die Ansicht, dass in diesem Frame oft die verschiedenen Interessen thematisiert werden, die hier aufeinanderprallen. Der äußerst hohe Mittelwert des Faktors (1,03), wenn die Tendenz mit *ambivalent* codiert wurde, unterstreicht diese Argumentation. Deshalb ist in der skalierten Tendenz auch keine klare Richtung erkennbar.

SZ – nach dem Wahlsieg

Pro-Troika und Anti-Syriza

Problemdefinition: Die Austeritätspolitik der Troika ist notwendig. Die Geldgeber retten mit ihren Maßnahmen die griechische Wirtschaft, die nicht auf eigenen Beinen stehen kann. Dies wird in diesem Frame mit der Argumentation verknüpft, dass *Syriza* in den Verhandlungen nicht zu trauen ist und die griechische Regierung die Reformbemühungen behindert.

Ursachenzuschreibung: Man könnte daher in diesem Fall argumentieren, dass das Misstrauen gegenüber *Syriza* die Ursache für die Notwendigkeit der Austeritätspolitik ist. Anders herum könnte es ebenso interpretiert werden, dass das Misstrauen aus der Notwendigkeit resultiert, da *Syriza* die – aus dieser Perspektive - notwendigen Reformauflagen ablehnt. Jedenfalls wird *Syriza* die Schuld für das derzeitige Ausmaß der Schuldenkrise gegeben.

Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung: Die Problemdefinition impliziert, dass das Problem nur von den Geldgebern, und nicht von *Syriza*, gelöst werden kann. Die Handlungsaufforderung an die griechische Regierung ist demnach, den Plänen der Troika – und damit allen voran der Sparpolitik – zu zustimmen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Die Bewertung, die grundsätzlich schon im Frame-Titel impliziert ist, wird auch durch das Tendenzframing bestätigt. Dieser Frame korreliert sehr stark mit einer negativen Tendenz gegenüber der griechischen Regierung.

Als Akteure treten auch hier wieder in erster Linie Vertreter der deutschen Regierung und der Troika auf. Interessant ist in diesem Kontext, dass der Mittelwert des Frames bei der Akteursgruppe *Deutsche Regierung* doch noch um einiges höher ist als bei *Vertreter der Troika*. Man könnte demnach interpretieren, dass die deutsche Regierung – zumindest in diesen beiden deutschen Tageszeitungen – noch stärker als die Troika, versucht, ihre politische Position gegenüber Griechenland zu legitimieren.

Pro Troika – Syriza hat innenpolitische Probleme und lehnt die Konditionalitäten ab – dies sorgt für Streit

Problemdefinition: Die Verhandlungen zwischen den Geldgebern und Griechenland über notwendige Reformprogramme sorgen für Streit.

Ursachenzuschreibung: Die Ursache für den Streit wird hier vor allem bei *Syriza* gesucht, denn während einerseits allgemein thematisiert wird, dass die griechische Regierung die Konditionalitäten ablehnt, wird andererseits auch betont, dass die Maßnahmen der Troika notwendig sind. Gleichzeitig wird die Ablehnung von *Syriza* mit innenpolitischen Problemen verknüpft. Dies ist eine Assoziation, die suggeriert, dass die Partei von Alexis Tsipras in erster Linie aus innenpolitischen Überlegungen heraus handelt.

Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung: Syriza solle die eigenen Verhandlungspositionen aufgeben, die Konditionalitäten akzeptieren und die innenpolitischen Probleme selbst lösen. Damit würde der Streit beendet werden.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Die politischen Forderungen der Troika und die Konditionalitäten der finanziellen Hilfen werden als notwendig und sinnvoll beschrieben. Die Verhandlungsposition von *Syriza*, die ja die demnach sinnvollen Konditionalitäten ablehnt, agiert aus innenpolitischen Überlegungen heraus. Dies impliziert eine negative Bewertung der Verhandlungsposition von *Syriza*, die ja auch schon im Verursachen des Streits begründet liegt.

Dieser Frame korreliert mit dem *Konflikt-Frame*. Als Hauptakteur treten meist Vertreter der Troika auf. Etwas geringer ist der Zusammenhang mit den Akteursgruppen *Deutsche Regierung* und *Journalisten/Medium*.

Option Grexit aufgrund des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft

Problemdefinition: Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone wäre für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkräften. Deshalb kann der Grexit auch als mögliche Option genannt werden.

Ursachenzuschreibung: Der Grexit wird aus dieser Perspektive vor allem deshalb in Erwägung gezogen, weil sich die griechische Wirtschaft nach wie vor in einem sehr schlechten Zustand befindet. Außerdem – wie in der Problemdefinition schon umschrieben – hätte der Austritt demnach für den Euroraum keine weitreichenden, negativen Konsequenzen.

Lösungszuschreibung: Als mögliche Lösung für die Schuldenkrise Griechenlands bzw. als Lösung für das Problem des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft, wird der Grexit zumindest als eine Option ins Spiel gebracht.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Die bivariate Korrelation des Frames mit der skalierten Tendenz offenbart eine Korrelation mit einer negativen Tendenz gegenüber der griechischen Regierung. Daraus kann gefolgert werden, dass der schlechte Zustand der Wirtschaft direkt mit *Syriza* in Verbindung gebracht wird. Demnach wird – zumindest implizit – der griechischen Regierung die Schuld dafür gegeben, dass man überhaupt über den Grexit nachdenken muss.

FAZ – nach dem Wahlsieg

Unrealistische und unzureichende Forderungen von Syriza laufen den Konditionalitäten entgegen

Problemdefinition: Die Hilfsprogramme bzw. Finanzhilfen der Geldgeber sind an Konditionalitäten gebunden. Die Forderungen von Syriza laufen dem entgegen, da sie gleichzeitig unrealistisch und unzureichend sind.

Ursachenzuschreibung: Die Ursache für den Konflikt (Korrelation mit dem *Konflikt-Frame*), der in diesem Frame thematisiert wird, wird bereits im Titel impliziert, indem die Forderungen von Syriza gleichzeitig als unzureichend und unrealistisch dargestellt werden. Die Schuld für den Konflikt wird demnach bei *Syriza* gesucht.

Lösungszuschreibung: Impliziert wird damit auch eine Handlungsaufforderung an die griechische Regierung, zu realistischeren Forderungen zu kommen, die in anderen Punkten demnach auch weitreichender sein müssen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Die Bewertung des Problems, als durch *Syriza* verschuldet, wird auch durch die Korrelation mit einer negativen Tendenz gegenüber der griechischen Regierung verstärkt.

Die Akteure, die diesen Frame in erster Linie vermitteln sind die deutsche Regierung und die Vertreter der Troika.

Syriza belastet die Finanzmärkte

Problemdefinition: Aktionen von *Syriza* haben negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Die Regierung hat das Vertrauen an den Kapitalmärkten selbst verspielt.

Ursachenzuschreibung: Die Ursache für die Unruhe auf den Finanzmärkten liegt demnach in den politischen Forderungen und Aktionen von *Syriza*.

Lösungszuschreibung: Die Handlungsaufforderung in Richtung *Syriza* wäre demnach, diese politischen Forderungen und Aktionen, die die Finanzmärkte belasten bzw. beunruhigen, zu unterlassen.

Bewertung bzw. Einordnung des Problems: Auch in diesem Frame werden die Aktionen von *Syriza* sehr negativ bewertet. Dies zeigt sich auch an der negativen Tendenz gegenüber der griechischen Regierung, die bei diesem Frame festgestellt werden kann.

Die Akteursgruppe, die diesen Frame in erster Linie vertritt und vermittelt, ist *Finanzmarktakteure*.

9.2. Zentrale Unterschiede zwischen den Untersuchungszeiträumen

Nun werden die zentralen Schlussfolgerungen, die aus der Häufigkeitenanalyse abgeleitet werden können, dargestellt und mit den Erkenntnissen aus der Faktorenanalyse, hinsichtlich der Variablen *Untersuchungszeitraum* und *Zeitung*, verknüpft. Zunächst stehen die Schlussfolgerungen in Bezug auf **FF1**, also in Bezug auf die Unterschiede zwischen vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*, im Fokus.

Vor dem Hintergrund, dass – wie im *Kapitel Überblick über den Forschungsstand* dargestellt – vor allem auch in den deutschen Printmedien eine nicht-systemische Perspektive überwiegt (vgl. Mylonas, 2015: 254), die unter anderem die Politik der Troika legitimieren soll, konnte davon ausgegangen werden, dass sich die thematischen Perspektiven nach dem Wahlsieg von *Syriza* klar verändern. Den durchwegs kritischen Studien zufolge wurde speziell die Politik

Deutschlands gerade im Nachrichtenmagazin *Spiegel* sehr positiv dargestellt (vgl. Bickes/Otten/Weymann, 2014: 440). Im Zentrum des politischen Programms von *Syriza* stand vor der Wahl bekanntlich die radikale Neuverhandlung mit den Kreditgebern (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 38).

Vor der Wahl wird häufiger ein positives Bild von Griechenland gezeichnet

Wie die Häufigkeitenanalyse zeigt, kam *K1: Ungewisse politische Lage und das drohende Ende der Sparpolitik in Griechenland sorgen für Unruhe auf den Finanzmärkten (17,1%)* im ersten Untersuchungszeitraum deutlich häufiger vor. Dies ist wohl vor allem dahingehend zu interpretieren, dass vor dem Wahlsieg von *Syriza* auch sehr häufig thematisiert wurde, dass sich die griechische Wirtschaft aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Schuldenkrise befindet (*K3: 26,8%*). Ebenso passend dazu ist das Ergebnis, dass auch *K9: Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands (32,5%)*, sowie *K11: Die Geldpolitik der EZB und die Maßnahmen der Euro-Gruppe als „Retter“ der griechischen Wirtschaft (25%)* im ersten Untersuchungszeitraum signifikant häufiger vorkommen. Wie die Prozentzahlen der Häufigkeitenanalyse, die angeben in wieviel Prozent der untersuchten Artikel die jeweilige Kategorie vorkommt, zeigen, prägten vor allem *K3*, *K9* und *K11* die Berichterstattung vor dem Wahlsieg. Dies bestätigt bis zu einem gewissen Grad die einseitige Thematisierung der Austeritätspolitik, die in einigen Studien kritisiert wurde (vgl. Mylonas, 2015: 26). Die Marginalisierung von alternativen Stimmen und Interpretationen (vgl. Doudaki, 2015: 5) wird durch die Studie der vorliegenden Arbeit nur zum Teil bestätigt, denn während diese Kategorien, die der Austeritätspolitik positiv gegenüberstehen, klar am häufigsten vorkommen, so werden durchaus auch *K7 (12,7%)*, *K8 (16,2%)*, *K10 (15,4%)* und *K12 (11%)*, die alle Teil des *Anti-Austeritäts-Frames* sind, zwar deutlich seltener, aber dennoch thematisiert. Für die Marginalisierung von alternativen Stimmen und Interpretationen spricht, dass die Pro-Troika-Berichterstattung im ersten Untersuchungszeitraum mit der Alternativlosigkeit der Sparpolitik verknüpft wird (*siehe Kapitel 8.3.3.*).

Wahlsieg hatte keinen Einfluss auf die Häufigkeiten der Anti-Austeritäts-Kategorien

Interessanterweise kommen gerade die vier Kategorien des *Anti-Austeritäts-Frames*, der auch in beiden Untersuchungszeiträumen und Zeitungen vorkommt, vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza* nicht signifikant unterschiedlich häufig vor. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die griechischen Wähler laut Mavrozacharakis mit ihrem Votum für *Syriza*, gegen die Austerität

gestimmt haben (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 36). Dennoch hat das Ereignis des Wahlsieges offensichtlich die Häufigkeit der Thematisierung dieser Anti-Austeritäts-Kategorien nicht beeinflusst.

Nach dem Wahlsieg von Syriza überwiegen negative Kategorien

Die Berichterstattung von *SZ* und *FAZ* wird nach dem Wahlsieg von *Syriza* grundsätzlich negativer. Dies zeigt die Analyse der Häufigkeiten der inhaltlichen Kategorien. Der *schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft* (K2), die *drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung* (K13) und die *Behinderung der Reformbemühungen durch die griechische Regierung* (K25) werden im zweiten Untersuchungszeitraum viel häufiger thematisiert als noch vor dem Wahlsieg. Auch bei jenen Kategorien, die logischerweise im zweiten Untersuchungszeitraum deutlich häufiger vorkommen, weil sie sich direkt auf Aktionen und Forderungen von *Syriza* beziehen, zeigt sich, dass gerade jene Kategorien, die ein negatives Bild zeichnen, häufig vorkommen. *K14: Syriza ist in den Verhandlungen nicht zu trauen* (19,6%), *K19: Forderungen von Syriza sind unrealistisch* (11,7%) und *unzureichend* (K20: 12,2%) weisen vergleichsweise hohe Häufigkeiten auf.

Diese Unterschiedlichkeiten in den Häufigkeiten, die nach dem Wahlsieg auf ein deutlich negativeres Bild von Griechenland hindeuten, könnten dahingehend interpretiert werden, dass die untersuchten Tageszeitungen ein eher negatives Bild von *Syriza* vermitteln, da sie mit den politischen Forderungen nicht übereinstimmen bzw. diese nicht den bisherigen Überzeugungen entsprechen. Auf mögliche Gründe für eine derartige Berichterstattung wird im folgenden Fazit noch eingegangen.

Dieser Wechsel in der generellen Stimmung gegenüber Griechenland und speziell gegenüber der neuen griechischen Regierung wird auch durch die Ergebnisse des Tendenzframings bestätigt. Kaitatzi-Whitlock konstatierte noch 2014, dass sich die negative Stimmung gegenüber der griechischen Regierung in der zweiten Phase der Krise teilweise gedreht hat (vgl. Kaitatzi-Whitlock, 2014: 41). Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen des Tendenzframings, die zeigen, dass vor dem Wahlsieg von *Syriza* insgesamt einigermaßen positiv bzw. recht ausgewogen über die griechische Regierung berichtet wird. Im ersten Untersuchungszeitraum überwiegen jene Berichte klar, die keinen direkten Bezug zur griechischen Regierung herstellen (60,5%) – im Gegensatz zum zweiten Untersuchungszeitraum (24,9%). Wie die Grafik in *Kapitel 8.1.2. Tendenzframing* zeigt, wird vor dem Wahlsieg aber eben auch öfter positiv und im zweiten Untersuchungszeitraum deutlich öfter mit einer negativen Tendenz gegenüber der

griechischen Regierung berichtet. Dies hat auch der Vergleich der Mittelwerte (vor dem Wahlsieg: 0,12 und nach dem Wahlsieg: -0,41) klar gezeigt. Das Tendenzframing bestätigt damit die zuvor getroffene Schlussfolgerung, dass vor dem Wahlsieg generell positivere Kategorien überwiegen und damit – so könnte man argumentieren - die Legitimität der Austeritäts-Politik gesteigert wird; und, dass aufgrund des Wahlsiegs von *Syriza* und aufgrund der politischen Forderungen der Partei, die bekanntlich systemische Ursachen sieht und die Sparpolitik bekämpfen will, im zweiten Untersuchungszeitraum negativere Kategorien und Tendenzen vorherrschend sind.

Wird die Austeritätspolitik durch das Aufkommen von Syriza herausgefordert?

Auch die Analyse der Häufigkeiten der Hauptakteure bestätigt die bisherige Argumentation. Vor dem Wahlsieg treten *Finanzmarktakteure* und *Experten* deutlich häufiger auf. Wenn man dies nun mit der Analyse der inhaltlichen Kategorien verknüpft, kann man zu dem Schluss kommen, dass hier ein eher positives, konfliktfreies Bild vermittelt werden soll, das – so könnte man argumentieren – die Legitimität der Austeritätspolitik stärken kann. Auch der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* kommt im ersten Untersuchungszeitraum signifikant häufiger vor. Nach dem Wahlsieg von *Syriza* ist dagegen deutlich häufiger der *Konflikt-Frame* anzutreffen und als Akteure treten verhältnismäßig deutlich häufiger *LeserInnen*, *Vertreter von Syriza* und *der deutschen Regierung* auf. Diese Ergebnisse könnte man natürlich auch dahingehend interpretieren, dass die aktuelle Politik der Troika bzw. der Geberstaaten durch das Aufkommen von *Syriza* durchaus auch in den beiden deutschen Tageszeitungen mehr herausgefordert wird. Dies kann man auch mit den unterschiedlichen Ergebnissen aus der Faktorenanalyse verknüpfen. Wie im *Kapitel 8.3.3.* dargestellt, steht in der Berichterstattung nach dem Wahlsieg von *Syriza*, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Sparpolitik, vor allem auch die positive Rolle der Geldgeber und die positiven Effekte der Reformprogramme im Fokus. Dies könnte man – wenn man das zuvor diskutierte bedenkt – als Reaktion auf diese Herausforderung der aktuellen Austeritätspolitik interpretieren. Die explizite Betonung der positiven Rolle der Geldgeber und der positiven Effekte der Programme erschien vor dem Wahlsieg gar nicht notwendig zu sein, weil diese im ersten Untersuchungszeitraum vielmehr als alternativlos dargestellt wurden.

Besonders spannend erscheint auch die Veränderung der Schuldenschnitt-Debatte. Vor dem Wahlsieg von *Syriza* wird die Möglichkeit eines Schuldenschnitts für Griechenland nämlich noch im Kontext des schlechten Zustands der griechischen Wirtschaft und im Kontext der Behinderung der Reformbemühungen durch die griechische Regierung, thematisiert. Im

zweiten Untersuchungszeitraum tritt die Schuldenschnitt-Debatte dagegen vor allem dann auf, wenn gleichzeitig auch auf die konkreten politischen Forderungen von *Syriza* eingegangen wird und argumentiert wird, dass die Geldgeber der griechischen Regierung entgegenkommen könnten bzw. sollten (*siehe Kapitel 8.3.3.*). Dies könnte man dahingehend interpretieren, dass der Schuldenschnitt, der eine der zentralen Forderungen von *Syriza* ist (*siehe Kapitel 2.5.*), gerade nach dem Wahlsieg von *Syriza* in einem positiveren Licht dargestellt wird, indem der Schuldenschnitt mit den *konkreten politischen Forderungen von Syriza* (K6) und der Argumentation, dass die *Geldgeber der griechischen Regierung entgegenkommen sollten* (K16) verknüpft wird. Die Schuldenschnitt-Debatte zeigt also auf, dass dieser Trend zur Negativität im zweiten Untersuchungszeitraum nicht auf alle Aspekte der Berichterstattung übertragbar ist. Vielmehr spricht dieser Zusammenhang dafür, dass die Debatte nach dem Wahlsieg von *Syriza* kontroverser geführt wurde.

Kampf des Politischen gegen den Bedeutungsverlust gegenüber der Ökonomie

Die bisher mit einer Alternativlosigkeit und einer wirtschaftlichen Notwendigkeit verknüpfte Austeritätspolitik der Troika, wird im zweiten Untersuchungszeitraum jedenfalls in einen etwas breiteren Diskurs der politischen Meinungsbildung eingebettet. Dies wird eben – wie vorhin dargestellt – dadurch bestätigt, dass der *Konflikt-Frame* nach dem Wahlsieg von *Syriza* deutlich häufiger anzutreffen ist und *LeserInnen, Vertreter von Syriza und der deutschen Regierung* verhältnismäßig deutlich häufiger als Akteure auftreten. Eine zentrale Erkenntnis aus dem AkteurInnenframing und den Basis-Frames ist jedenfalls auch, dass politische Akteure und politische Rahmungen der Berichterstattung, nach dem Wahlsieg von *Syriza* wieder stärker in den Vordergrund treten. Dies ist vor dem Hintergrund, der im *Kapitel 4. Governance* geführten Diskussion interessant, in der Blatter (2007) im Kontext der Notwendigkeit der Legitimierung von politischer Herrschaft, argumentiert, dass das politische System gegen die zunehmende Wahrnehmung eines Bedeutungsverlustes gegenüber dem ökonomischen System kämpfen muss (vgl. Blatter, 2007: 278). An dieser Stelle wird auch auf die zentrale Rolle von Akteuren hingewiesen, die in diesem Absatz nun unter anderem behandelt wurde.

9.3. Zentrale Unterschiede zwischen den Zeitungen

Die Argumentation von Karasek (2009), wonach der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* generell eine eher rigide Wirtschaftspolitik nachgesagt werden kann (vgl. Karasek, 2009: 105), bestätigt sich bei der Analyse der Häufigkeiten. Alle vier Kategorien des *Anti-Austeritäts-Frames* (K7,

K8, K10, K12) kommen in der *Süddeutschen Zeitung* signifikant häufiger vor als in der *FAZ*. Hinzu kommt, dass sowohl die *Notwendigkeit der Troika bzw. der Sparprogramme* (K9), als auch die beiden Kategorien des *Anti-Syriza-Frames* (K14, K25) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* häufiger thematisiert werden. Auch die Argumentation, dass die *Forderungen von Syriza unzureichend sind* (K20) tritt häufiger in der *FAZ* auf. Die *Süddeutsche Zeitung* dagegen berichtet häufiger aus der Perspektive, dass *Syriza* durchaus *konkrete politische Forderungen stellt* (K6) und die *Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms ablehnt* (K27). Die Schlussfolgerung daraus ist, dass die eher liberale Ausrichtung der *SZ* im Vergleich zur *FAZ*, anhand der empirischen Ergebnisse bestätigt werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber die Erkenntnis, dass in der *FAZ* die konkreten politischen Forderungen von *Syriza* mit der Argumentation, dass die Geldgeber den *Syriza*-Forderungen entgegen kommen sollten, verknüpft wird und dies in der *SZ* nicht der Fall ist (*siehe Kapitel 8.3.6.*). Dies zeigt, dass die wirtschaftspolitische Ausrichtung nicht in allen Aspekten so klar mit den Inhalten und Frames der Zeitungen zusammenhängt.

Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der beiden Blätter hat aber insgesamt jedenfalls einen wesentlichen Einfluss auf die verwendeten Perspektiven in der Berichterstattung über die Schuldenkrise in Griechenland. In einer Anschlussstudie könnte etwa untersucht werden, ob sich die Wahrnehmungen und Bewertungen der Schuldenkrise Griechenlands zwischen den regelmäßigen LeserInnen von *SZ* und *FAZ* unterscheiden. Damit könnten, im Sinne der Medienwirkungsforschung, Framing-Effekte untersucht werden. Diese könnten deshalb unterschiedlich sein, da es – wie schon im Framing-Kapitel angesprochen – für Framing-Effekte laut Matthes entscheidend ist, wie häufig diese wiederholt werden (vgl. Matthes, 2012: 250).

Die Ausprägungen des Tendenzframings sind bei den beiden Zeitungen relativ ähnlich verteilt. Auffällig ist lediglich, dass *sehr positiv* häufiger in der *SZ* und *eher negativ* häufiger in der *FAZ* vorkommen. Auch der Vergleich der Mittelwerte der skalierten Tendenz hat gezeigt, dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* insgesamt mit einem negativeren Bezug auf die griechische Regierung berichtet als die *SZ*. Interessant ist hierbei auch, dass dieser Unterschied – also die negativere Tendenz der *FAZ* im Vergleich zur *SZ* – innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraums größer ist. Diese negative Tendenz, die sich damit offensichtlich vor allem gegen *Syriza* richtet, kann wohl wieder auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Blatts zurückgeführt werden, die bekanntlich mit jener von *Syriza* nicht übereinstimmt.

Die spannendste Erkenntnis aus dem AkteurInnenframing ist, dass die *Süddeutsche Zeitung* deutlich öfter die LeserInnen, in Bezug auf die Schuldenkrise Griechenlands, zu Wort kommen lässt. In diesen LeserInnenkommentaren werden – wie im *Kapitel 8.2.2. Basis-Frames und Akteure* aufgezeigt wurde – eher alternative Denkansätze thematisiert. Dies bestätigt sich auch durch die Ergebnisse aus *Kapitel 8.4.*, die zeigen, dass die LeserInnenkommentare sehr stark mit dem *Anti-Austeritäts-Frame* in Verbindung gebracht werden können. Schlussendlich zeigt die Häufigkeitenanalyse der Basis-Frames noch, dass die *SZ* etwas öfter aus einer personalisierten Betroffenheit heraus berichtet. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die *SZ* auch öfter die sozialen Folgen der Schuldenkrise in Griechenland (K8) thematisiert, denn K8 und der Basis-Frame Personalisierung weisen ein hochsignifikantes Assoziationsmaß (Φ Cramer-V=0,137**) auf. Auch dies unterstreicht letztlich noch einmal die etwas liberalere Ausrichtung der *Süddeutschen Zeitung* gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

9.4. Fazit und Ausblick

Im Kapitel *Governance-Theorie* wurden unter anderem zwei zentrale wirtschaftspolitische Positionen diskutiert. In Bezug auf die institutionelle Regulierung von Märkten lassen sich einerseits ein Diskurs, der die Vorteile des freien Marktes gegenüber den regulatorischen Eingriffen des Staates betont (liberales Verständnis) und andererseits ein Diskurs, der vom zentralen Problem der sozialen Entbettung und Einbettung der Märkte ausgeht, identifizieren (vgl. Czada, 2007: 69).

Die beiden Frames *Anti-Austeritätspolitik* und *Proteste und Unzufriedenheit* können wohl dahingehend interpretiert werden, dass sie jener wirtschaftspolitischen bzw. ideologischen Position zuzuordnen sind, die die soziale Einbettung der Märkte betont. Interessant ist hierbei, dass gerade diese beiden einzigen Frames, die dieser Position zugeordnet werden können, in beiden Untersuchungszeiträumen und Zeitungen gleichermaßen vorkommen. Diese Frames *Anti-Austeritätspolitik* und *Proteste und Unzufriedenheit* haben sich durch das Ereignis des Wahlsieges von *Syriza* nicht verändert. Diese Erkenntnis wird auch – wie weiter oben schon erwähnt – dadurch bestärkt, dass sich die Häufigkeiten der einzelnen inhaltlichen Kategorien, die diese beiden Frames definieren (K7, K8, K10, K12 bzw. K24, K29), in ihren Häufigkeiten vor und nach dem Wahlsieg von *Syriza*, nicht signifikant unterscheiden.

Ganz im Gegensatz dazu verändern sich jene Frames, die eher der liberalen wirtschaftspolitischen Ausrichtung zugeordnet werden können – also jene, die der

Austeritätspolitik positiver und den Forderungen von *Syriza* negativer gegenüberstehen - durch das Ereignis des Wahlsieges von *Syriza* (siehe auch Kapitel 8.3.3. und 9.2.) und werden auch von den beiden untersuchten Zeitungen *SZ* und *FAZ* unterschiedlich dargestellt (siehe auch Kapitel 8.3.6. und 9.3.).

Spannungsfeld zwischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik

Eng verknüpft mit dieser wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung ist auch das Spannungsfeld zwischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik, das ebenfalls im *Kapitel Governance-Theorie* diskutiert wurde. Dieses Spannungsfeld zeigt sich in den Ergebnissen der Analyse daran, dass der Frame *Proteste und Unzufriedenheit*, der wohl klar der sozialpolitischen Perspektive zugeordnet werden kann, deutlich häufiger vorkommt, wenn der Basis-Frame *Wirtschaftlichkeit* nicht vorkommt. Dies zeigt ein Vergleich der Mittelwerte, der bei der Codierung „*Wirtschaftlichkeit: Nein*“ mit 0,30 deutlich höher ist als bei „*Wirtschaftlichkeit: Ja*“ (-0,14). Dieser Zusammenhang ist signifikant ($\text{Eta}=0,202^{**}$). Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass dieses Spannungsfeld zwischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik, in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands, tatsächlich identifiziert werden kann.

Verhandlungen

Im Kapitel *Governance-Theorie* wurde außerdem mit Benz (2007a) argumentiert, dass politische Verhandlungen wesentlich durch Macht bestimmt sind (vgl. Benz, 2007a: 110). Die politischen Verhandlungen zwischen den Geldgebern und *Syriza* werden in *SZ* und *FAZ*, im Zuge von Framing-Prozessen, vor allem mit dem Streit über die Konditionalitäten der Rettungsprogramme in Verbindung gebracht. Der Macht-Diskurs, der im Kapitel *Governance-Theorie* im Kontext von politischen Verhandlungen angesprochen wurde, kommt dabei nicht explizit in der Berichterstattung vor. Dennoch kann zumindest bei einem Frame ein Bezug zur Verhandlungsmacht der Geldgeber interpretiert werden. Die politischen Verhandlungen werden in zwei verschiedene Frames eingebettet.

Im Kontext des Frames: *Konditionalitäten sorgen für Streit in den Verhandlungen* (nach dem Wahlsieg/beide Zeitungen) wird die Ursache für den Streit in den Verhandlungen darin gesehen, dass beide Seiten nicht nachgeben. Die Geldgeber beharren auf ihre Bedingungen und *Syriza* lehnt ebendiese Konditionalitäten strikt ab. Eine Wertung der Verhandlungspositionen wird in diesem Frame nicht vorgenommen. Der Frame: *Pro Troika – Syriza hat innenpolitische Probleme und lehnt die Konditionalitäten ab – dies sorgt für Streit*, der nur in der *SZ* und im

zweiten Untersuchungszeitraum identifiziert werden konnte, nimmt dagegen schon eher eine Wertung vor, da die Ursache für den Streit bei *Syriza* gesucht wird. Die Partei agiert demnach in den Verhandlungen vor allem aus innenpolitischen Problemen heraus. Die Lösungszuschreibung bzw. Handlungsaufforderung dieses Frames impliziert bis zu einem gewissen Grad auch einen Machtbezug, indem die Verhandlungsposition von *Syriza*, im Vergleich zur politischen Verhandlungsposition der Geldgeber, kleingeredet wird. Demnach solle *Syriza* nämlich die eigene Verhandlungsposition aufgeben, die Konditionalitäten akzeptieren und die innenpolitischen Probleme selbst lösen. Dies könnte man dahingehend interpretieren, dass die Geldgeber demnach über mehr Verhandlungsmacht verfügen.

Policy-Transfer durch Akteure

Außerdem wurde im *Kapitel Governance-Theorie* argumentiert, dass der Transfer von politischen Ideen und Informationen (policy-Transfer-Forschung) in Netzwerken und zwischen Akteuren geschieht (vgl. Benson/Jordan, 2011: 375). Auch Evans rückt dabei die Rolle des Akteurs in den Fokus (vgl. Evans, 2009: 262). Zentral für die Interpretation eines möglicherweise intendierten Policy-Transfers durch bestimmte Akteure ist deshalb das AkteurInnenframing.

Die Frames, die im Kern eine positive Bewertung der Austeritätspolitik beinhalten, werden alle vor allem und in erster Linie von der deutschen Regierung transportiert. Zudem treten auch Vertreter der Troika und andere EU-Politiker als Hauptakteure auf. Die Mittelwerte der entsprechenden Frames sind bei der Akteursgruppe *Deutsche Regierung* noch höher als bei der Akteursgruppe *Vertreter der Troika*. Demzufolge könnte man argumentieren, dass vor allem die deutsche Regierung versucht, die Austeritäts-Politik – im Sinne eines Transfers von politischen Ideen und Inhalten – über die mediale Berichterstattung in ein positives Licht zu rücken. Diese Erkenntnis ist deshalb so interessant, weil man zunächst wohl eher die Troika stärker mit der Austeritätspolitik assoziieren würde. Daraus kann man spannende politische Implikationen, in Bezug auf die Rolle Deutschlands im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands, ableiten. Wenn man diese Erkenntnis nämlich vor dem Hintergrund der Kritik von Bieling (2011) an den strukturellen Ungleichgewichten bei den innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Bieling, 2011: 170) betrachtet und mit dem Vorwurf der Orientierung an nationalen Präferenzen von Seiten Deutschlands (vgl. Bieling, 2011: 172f.) verknüpft und mit der Argumentation Bielings, dass Deutschland eine konkrete Mitschuld an der ungleichen Krisensituation trifft, verbindet, so ergibt dieser Zusammenhang zwischen den *Pro-Austeritäts-Frames* und der Akteursgruppe *Deutsche Regierung* schon deutlich mehr Sinn.

Dieser Interpretation zufolge, stünde im Raum, dass die deutsche Regierung durch Darstellungen, Aussagen und Handlungen in der medialen Berichterstattung im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands, versucht, gezielt eigene wirtschaftspolitische Interessen durchzusetzen. Dies ist aber mit Sicherheit nur eine, von mehreren möglichen Interpretationen dieser Ergebnisse.

Schlussfolgerungen für den Framing-Ansatz

Vor diesem Hintergrund ist auch die Argumentation von Entman (2007) interessant, dass bei Framing-Prozessen immer auch Machtverhältnisse mit zu bedenken sind (vgl. Entman, 2007: 166). Dies bietet zugleich eine ideale Überleitung zu den Schlussfolgerungen, die in Bezug auf den Framing-Ansatz getroffen werden können.

Die Framing-Definition, mit der in der Analyse und Interpretation gearbeitet wurde, orientierte sich an Matthes (2007), der für die Begriffsherleitung das strategische Framing als Ausgangspunkt verwendet (vgl. Matthes, 2007: 134ff.). Auch für Bonfadelli (vgl. Bonfadelli, 2009: 28) und Entman (vgl. Entman, 1993: 52) erfüllen Medien-Frames die Funktion, bestimmte Deutungsperspektiven nahelegen bzw. einzelne Aspekte hervorzuheben. Die Framing-Analyse der vorliegenden Arbeit hat versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden und diese Selektivität in der Berichterstattung, kritisch zu diskutieren.

Auch in Bezug auf die Rolle von Journalistinnen und Journalisten, die ebenfalls im *Kapitel 5. Framing-Ansatz* angesprochen wurde, können auf Basis der Ergebnisse der Framing-Analyse, einige interessante Schlussfolgerungen gezogen werden. Diese beziehen sich konkret auf das Kontinuum zwischen „frame sending“ und „frame setting“ (vgl. Brüggemann, 2014: 62ff.). Dabei hat sich die Vermutung aus dem Framing-Kapitel, dass die Journalisten bei einem Themengebiet wie der Schuldenkrise Griechenlands, das über einen längeren Zeitraum präsent ist, eher aktiv als „frame setter“ auftreten, bestätigt. Dies lässt sich vor allem anhand der Ergebnisse aus dem AkteurInnenframing belegen, die zeigen, dass die Akteursgruppe *Medium bzw. Journalist* insgesamt sehr häufig auftritt (vergleiche *Kapitel 8.1.3.*). In der zuvor ausgeführten Argumentation über den Zusammenhang der *Pro-Austeritäts-Frames* mit einzelnen Akteursgruppen – allen voran *Vertreter der deutschen Regierung* – hat sich außerdem bestätigt, dass die Kontextualisierung von Standpunkten von einzelnen Akteuren entscheidend ist (vgl. Brüggemann, 2014: 67) und, dass auch die Framing-Analyse der vorliegenden Arbeit zeigt, dass oft eine Mischung aus den beiden Arten des journalistischen Framings vorzufinden ist. Dahingehend war auch die Erkenntnis, dass die politischen Standpunkte von *Syriza* häufiger

gemeinsam mit dem *Konflikt-Frame* und einer ambivalenten Tendenz dargestellt werden, interessant. Dies kann dementsprechend dahingehend interpretiert werden, dass bei diesen politischen Standpunkten demnach von den Journalisten häufiger eine entgegenlaufende Kontextualisierung vorgenommen wird.

Da es laut Matthes (2007) für das Ausmaß der Bedeutung einzelner Frames für den Diskurs, auch entscheidend ist, wie häufig sich ein Frame bzw. eine Perspektive identifizieren lässt (vgl. Matthes, 2007: 153), sind auch die Erkenntnisse aus der Häufigkeitenanalyse für die allgemeine Interpretation sehr relevant. In diesem Zusammenhang wurde – wie weiter oben dargestellt – argumentiert, dass die Frames und Perspektiven, die der Austeritäts-Politik eher positiv und den politischen Forderungen und Aktionen von *Syriza* eher negativ gegenüberstehen, überwiegen. Dies wird letztlich deshalb für das Fazit der vorliegenden Arbeit als entscheidend angesehen. Damit sind nämlich auch größere Framing-Effekte bei den LeserInnen erwartbar (vgl. Matthes, 2012: 250ff.). Für die Ursachenforschung zu diesen Erkenntnissen erscheinen die Einbettung des journalistischen Framings in den institutionellen Rahmen, in kulturelle und soziale Kontexte, sowie der Bezug zu den Vorgaben der News-Organisation, die laut Brüggemann zu beachten sind (vgl. Brüggemann, 2014: 67f.), zentral. Demnach kann es für das Zustandekommen des journalistischen Framings entscheidend sein, ob etwa am Level der nationalen Elite bis zu einem gewissen Grad ein Konsens zu einem Thema besteht (vgl. Brüggemann, 2014: 71f.). Dementsprechend könnte man interpretieren, dass die Ergebnisse zur überwiegend positiven Berichterstattung über die Austeritätspolitik in *SZ* und *FÁZ*, die – wie das AkteurInnenframing gezeigt hat – auch stark mit den Positionen der deutschen Regierung übereinstimmt bzw. u.a. von dieser Akteursgruppe transportiert wird, bis zu einem gewissen Grad auf einen solchen Konsens auf nationaler Ebene zurückgeführt werden kann.

Andererseits hat sich im Zuge der Framing-Analyse auch gezeigt, dass auch die Bürgerinnen und Bürger, Einfluss auf den Framing-Prozess nehmen können, wie Boesman, Berbers, d’Haenen und Van Gorp argumentieren (vgl. Boesman/Berbers/d’Haenen/Van Gorp, 2015: 14). Dies bestätigt sich vor allem in Hinblick auf die Erkenntnis, dass der *Anti-Austeritäts-Frame* mit der Akteursgruppe *LeserInnenkommentare* in Verbindung gebracht werden kann. Wie der Vergleich der beiden untersuchten Zeitungen gezeigt hat, spielen diese alternativen Meinungen, die in diesem Fall eben in den LeserInnenkommentaren auftreten, in der *Süddeutschen Zeitung* eine größere Rolle. Dahingehend kann interpretiert werden, dass die Zeitung diese Rubrik dazu verwendet, um alternative Meinungen darzustellen, die eben dem angesprochenen Konsens auf nationaler Ebene entgegenlaufen.

Aspekte des Themenfelds, die in der Berichterstattung eher vernachlässigt werden

Wie vor allem im *Kapitel 2. Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* dargestellt wurde, handelt es sich bei der Schuldenkrise Griechenlands um ein sehr vielseitiges Thema. Daher erscheint es an dieser Stelle noch erforderlich, auf einige Aspekte des Themenfelds, die in der Berichterstattung eher vernachlässigt werden, einzugehen. Auf systemische Entwicklungen im Finanz- und Bankensektor – Stichwort zunehmende Finanzialisierung - wird etwa in der Berichterstattung von *SZ* und *FAZ* kaum eingegangen. Hier kann also durchaus eine Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen Diskussion (wobei an dieser Stelle klar festzuhalten ist, dass diese Diskussion sehr kontrovers geführt wird und umstritten ist) und der medialen Realität festgestellt werden. Die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands fokussiert insgesamt jedenfalls – wie schon im Zwischenfazit nach der Ergebnisdarstellung der qualitativen Inhaltsanalyse konstatiert wurde – auf nicht-systemische Aspekte und Ursachen der Schuldenkrise.

Finanzialisierungsprozesse (vgl. Heires/Nölke, 2011: 45), spezifische Finanzmarktprodukte (vgl. Mügge, 2011: 55f.), die kritische Rolle der Rating-Agenturen (vgl. Sinclair, 2011: 183) oder die Bankenkrise bzw. die Krise der Finanzinstitute allgemein (vgl. Young, 2011: 25) werden etwa wenig bis gar nicht thematisiert. Auch innereuropäische Ungleichgewichte (vgl. Bieling, 2011: 172f.), die mitunter auf die hohe Relevanz der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten zurückzuführen sind, werden kaum im Kontext der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands thematisiert. Dies könnte – wie schon im *Kapitel Forschungsstand* mit Kutter (2014) argumentiert wurde – auf die größere Anziehungskraft der Staatsschuldenstory zurückzuführen sein, die demnach in der generalisierenden Abstraktion begründet ist (vgl. Kutter, 2014: 461).

Ideologische Auseinandersetzung

Insgesamt kann man auf Basis der Ergebnisse der Faktorenanalyse und der Häufigkeitenanalyse das Fazit ziehen, dass Perspektiven, die der Austeritätspolitik positiv, und *Syriza* negativ gegenüberstehen, überwiegen. Dies könnte nun, wie vorhin argumentiert, auf das institutionelle Gefüge der Medien, auf die Notwendigkeit der Vereinfachung in der Berichterstattung oder auch auf die Nachrichtenquellen zurückzuführen sein.

Je nach ideologischer bzw. wirtschaftspolitischer Überzeugung könnte man nun in unterschiedliche Richtungen argumentieren. Die einen Theoretiker oder Politiker würden dieses Ergebnis begrüßen, weil demnach ein realistischer Bezug zu den gegebenen

Verhältnissen der Schuldenkrise Griechenlands gegeben ist. Theoretiker und Politiker mit anderen Überzeugungen würden hierin die neoliberale Ideologie bestätigt sehen. Dieser ideologische Blickwinkel auf die Schuldenkrise Griechenlands, der gerade aufgrund des Wahlsiegs von *Syriza* sehr eng mit der Thematik verbunden ist, ist wohl auch entscheidend dafür, wie man die Austeritätspolitik bzw. die Troika einerseits und *Syriza* andererseits bewertet. Im Kapitel *Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise* wurde die Frage, ob man systemische Ursachen für die Krise sieht oder nicht, als zentrales Kriterium herausgearbeitet. Wenn man nämlich keine systemischen Ursachen für die Schuldenkrise sieht, dann ist die Wahrscheinlichkeit wohl höher, dass man die Forderungen von *Syriza* für unrealistisch hält. Die Bewertung der Forderungen als unrealistisch ist laut Mavrozacharakis eng damit verbunden, die Linkspartei als populistisch zu bezeichnen (vgl. Mavrozacharakis, 2015: 39). Letztlich ist die Bewertung der Schuldenkrise Griechenlands wohl eine zutiefst politische Frage.

Limitierungen der Studie

Nachdem in diesem Fazit teilweise doch recht weitreichende Interpretationen der Ergebnisse angestellt wurden, gilt es an dieser Stelle zu betonen, dass die Inferenzschlüsse, die in Folge einer Inhaltsanalyse getroffen werden können, methodisch begrenzt sind (vgl. Früh, 2015: 46). Auch die Vermutungen hinsichtlich möglicher Framing-Effekte können aufgrund der Konzeption der Studie nur sehr vorsichtig interpretiert werden, da diese Vermutungen erst durch Studien aus der Medienwirkungsforschung bestätigt werden müssen.

Vorschläge für Folgestudien

Daran anschließend können deshalb auch einige Vorschläge für Anschlussstudien getätigt werden. Wie gerade eben angesprochen, könnte anhand einer Wirkungsstudie untersucht werden, wie sich die Meinungen und Einstellungen von LeserInnen der *SZ* und *FAZ*, hinsichtlich der Schuldenkrise Griechenlands, zwischen den Zeitungen unterscheiden. Dabei kann durchaus auch auf aktuellere Entwicklungen in der Schuldenkrise Griechenlands eingegangen werden. Generell erscheinen Studien zur Frame-Verwendung in der Berichterstattung in den Folgemonaten, in denen in Griechenland bekanntlich unter anderem das Referendum über das neue Memorandum abgehalten wurde, spannend. Dabei können Unterschiede in der Frame-Verwendung im Vergleich zum Untersuchungszeitraum in der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet werden. Zudem kann in einem internationalen Vergleich analysiert werden, inwiefern sich die Frames und Perspektiven in den Printmedien anderer

Länder unterscheiden. Besonders interessant wäre wohl ein Vergleich mit der Berichterstattung in griechischen Medien, der in der vorliegenden Arbeit schon aufgrund der sprachlichen Barriere nicht vorgenommen werden konnte. Auch ein crossmedialer Vergleich könnte interessante Ergebnisse liefern. Aufgrund der Unterschiede im journalistischen Framing-Prozess, können etwa im Vergleich zur Print-Berichterstattung, in der TV-Berichterstattung zur Schuldenkrise Griechenlands deutlich andere Ergebnisse vermutet werden. Auch die Fokussierung der vorliegenden Arbeit auf Qualitätsmedien ermöglicht für Folgestudien den Vergleich zu Boulevardblättern. Auch ein Vergleich mit der Online-Berichterstattung könnte, vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Medienlandschaft, zielführend für weitere Erkenntnisse sein.

10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Prozentueller Anteil der erschienenen Zeitungsartikel nach Zeitungen; eigene Darstellung.....	81
Abbildung 2: Prozentueller Anteil der erschienenen Zeitungsartikel nach Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung.....	81
Abbildung 3: Prozentueller Anteil der Tendenz im ersten Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung.....	84
Abbildung 4: Prozentueller Anteil der Tendenz im zweiten Untersuchungszeitraum; eigene Darstellung.....	84
Abbildung 5: Prozentueller Anteil der Tendenz in der Süddeutschen Zeitung; eigene Darstellung.....	85
Abbildung 6: Prozentueller Anteil der Tendenz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; eigene Darstellung.....	85
Abbildung 7: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen im ersten UZ; eigene Darstellung.....	87
Abbildung 8: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen im zweiten UZ; eigene Darstellung.....	87
Abbildung 9: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen in der SZ; eigene Darstellung.....	88
Abbildung 10: Häufigkeiten der einzelnen Hauptakteurs-Gruppen in der FAZ; eigene Darstellung.....	88

11. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Assoziationsmaße zwischen der Variable Untersuchungszeitraum und den 30 inhaltlichen Kategorien. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests nach Pearson mit Kontinuitätskorrektur.....	82
Tabelle 2: Assoziationsmaße zwischen der Variable Zeitung und den 30 inhaltlichen Kategorien. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests nach Pearson mit Kontinuitätskorrektur.....	83
Tabelle 3: Assoziationsmaße zwischen der Variable Untersuchungszeitraum und den fünf Basis-Frames. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests mit Kontinuitätskorrektur.....	89
Tabelle 4: Assoziationsmaße zwischen der Variable Zeitung und den fünf Basis-Frames. Durchgeführt wurden Chi-Quadrat-Tests.....	89

12. Literaturverzeichnis

Beck, Klaus/Berghofer, Simon/Dogrue, Leyla/Greyer, Janine (2012): Wirtschaftsberichterstattung in der Boulevardpresse. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Benson, David/Jordan, Andrew (2011): What have we learned from policy transfer research? Dolowitz and Marsh revisited. In: *Political Studies Review*. Volume 9. S. 366-378.

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Benz, Arthur (2007a): Verhandlungen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 106-118.

Benz, Arthur (2007b): Multilevel Governance. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 297-310.

Bickes, Hans/Otten, Tina/Weymann, Laura C. (2014): The financial crisis in the German and English press: Metaphorical structures in the media coverage on Greece, Spain and Italy. In: *Discourse & Society*. Volume 25. Issue 4. S. 424–445.

Bieling, Hans-Jürgen (2011): Die EU in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise: Konturen und innere Widersprüche des europäischen Krisenmanagements. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): *Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 161-181.

Blatter, Joachim (2007): Demokratie und Legitimation. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 271-284.

Boesman, Jan/Berbers, Anna/ d’Haenens, Leen/ Van Gorp, Baldwin (2015): The news is in the frame: A journalist-centered approach to the frame-building process of the Belgian Syria fighters. In: *Journalism*. 19. Oktober 2015. S. 1-19.

Bonfadelli, Heinz (2009): Moderne Medienwirkungsforschung. Was die Unternehmenskommunikation von der Kommunikationswissenschaft lernen kann. In Gröppel-Klein, Andrea/Germelmann, Claas Christian (Hrsg.): *Medien im Marketing. Optionen der Unternehmenskommunikation*. Springer-Verlag. S. 5-39.

Börzel, Tanja A. (2008): European Governance – Verhandlungen und Wettbewerb im Schatten der Hierarchie. In: Tömmel, Ingeborg (Hrsg.) (2011): *Die Europäische Union. Governance und Policy-Making*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 61-91.

Brüggemann, Michael (2014): Between frame setting and frame sending: How journalists contribute to news frames. In: *Communication Theory*. Volume 24. Issue 1. S. 61-82.

Czada, Roland (2007): Markt. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 68-81.

Dahinden, Urs (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK Verlag.

Doudaki, Vaia (2015): Legitimation Mechanisms in the Bailout Discourse. In: Javnost - The Public. Journal of the European Institute for Communication and Culture. Volume 22. Issue 1. S. 1-17.

Ebner, Alexander (2014): Vermarktlichung, Finanzialisierung und das Austeritätsparadigma der europäischen Krisenbewältigung: Eine polanyische Perspektive. In: Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hrsg.) (2014): Die Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 49-61.

Entman, Robert (2007): Framing Bias: Media in the Distribution of Power. In: Journal of Communication. Volume 57. Issue 1. S. 163-173.

Entman, Robert (1993): Framing: toward clarification of a fractured paradigm. In: Journal of Communication. Volume 43. Issue 4. S. 51-58.

Evans, Mark (2009): Policy transfer in critical perspective. In: Policy Studies. Volume 30. Issue 3. S. 243-268.

Fiedler, Salomon/Kooths, Stefan (2015): Griechenland – zwischen Insolvenz und Schuldenerlass. In: Wirtschaftsdienst. Volume 95. Issue 9. S. 609-613.

Früh, Werner (2015): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 8., überarbeitete Auflage. Konstanz/München: UKV Verlagsgesellschaft.

Funk, Bernd-Christian (2010): Wie sozial ist die Marktwirtschaft in der EU? In: Griller, Stefan/Kneihs, Benjamin/Potacs, Michael (Hrsg.) (2010): Wirtschaftsverfassung und Binnenmarkt. Festschrift für Heinz-Peter Rill zum 70. Geburtstag. Wien: Springer-Verlag. S. 183-193.

Griller, Stefan/Kneihs, Benjamin/Potacs, Michael (2010): Wirtschaftsverfassung und Binnenmarkt. Festschrift für Heinz-Peter Rill zum 70. Geburtstag. Wien: Springer-Verlag.

Habscheid, Stephan/Knobloch, Clemens (Hrsg.): Einigkeitsdiskurse. Zur Inszenierung von Konsens in organisationaler und öffentlicher Kommunikation. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Heires, Marcel/Nölke, Andreas (2011): Finanzkrise und Finanzialisierung. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 37-52.

Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hrsg.) (2014): Die Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kaitatzi-Whitlock, Sophia (2014): Greece, The Eurozone Crisis and the Media. The Solution is the Problem. In: Javnost – The Public. Journal of the European Institute for Communication and Culture. Volume 21. Issue 4. S. 25-45.
- Karasek, Tom (2009): Globalisierung und Reform: Die Hegemonie des Globalisierungs- und Reformdiskurses am Beispiel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In: Habscheid, Stephan/Knobloch, Clemens (Hrsg.): Einigkeitsdiskurse. Zur Inszenierung von Konsens in organisationaler und öffentlicher Kommunikation. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 71-116.
- Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kutter, Amelie (2014): A catalytic moment: The Greek crisis in the German financial press. In: Discourse & Society. Volume 25. Issue 4. S. 446-466.
- Langenohl, Andreas (2011): Die Ausweitung der Subprime-Krise: Finanzmärkte als Deutungsökonomien. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75-98.
- Luttitz, Stephanie (2015): Kirchliche Analphabeten? Der öffentliche Diskurs zwischen den Medien und der katholischen Kirche in österreichischen und deutschen Zeitungen. Dissertation an der Universität Wien.
- Lütz, Susanne (2007): Policy-Transfer und Policy-Diffusion. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 132-143.
- Matthes, Jörg (2012): Framing Politics: An Integrative Approach. In: American Behavioral Scientist. Volume 56. Issue 3. S. 247-259.
- Matthes, Jörg (2007): Framing Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten. München: Fischer-Verlag.
- Mavrozacharakis, Emmanouil (2015): Zum politischen Machtwechsel in Griechenland. Die Parlamentswahlen von Januar 2015 aus einem kritischen Blickwinkel. München: University Library of Munich.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. (11. Auflage). Weinheim und Basel: Beltz-Verlag.
- Mügge, Daniel (2011): Kreditderivate als Ursache der globalen Finanzkrise: Systemfehler oder unglücklicher Zufall? In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 53-74.
- Mylonas, Yiannis (2012): Media and the Economic Crisis of the EU: the “Culturalization” of a Systemic Crisis and Bild-Zeitung's Framing of Greece. In: tripleC: Communication, Capitalism & Critique. Open Access Journal for a Global Sustainable Information Society. Volume 10. Issue 2. S. 646–671.

- Mylonas, Yiannis (2014): Crisis, austerity and opposition in mainstream media discourses of Greece. In: *Critical Discourse Studies*. Volume 11. Issue 3. S. 305-321.
- Mylonas, Yiannis (2015): Austerity Discourses in „Der Spiegel“-Journal, 2009-2014. In: *tripleC: Communication, Capitalism & Critique*. Open Access Journal for a Global Sustainable Information Society. Volume 13. Issue 1. S. 248-269.
- Neubäumer, Renate (2011): Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise. In: *Wirtschaftsdienst*. Volume 91. Issue 12. S. 827-833.
- Potthoff, Matthias (2011): *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Hamburg: Springer-Verlag. Dissertation an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
- Preston, Paschal/Silke, Henry (2011): Market “realities”: De-coding neoliberal ideology and media discourses. In: *Australian Journal of Communication*. Volume 38. Issue 3. S. 47-64.
- Rommel, Nils (2011): Zwischen Selbstregulierung, Staat und Markt. Eine systemische Perspektive auf Governance Strukturen des Finanzsektors im Lichte der Finanzkrise 2007-2009. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): *Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 199-226.
- Schendera, Christian (2010): *Clusteranalyse mit SPSS: mit Faktorenanalyse*. München: Oldenbourg Verlag.
- Schimank, Uwe (2007): Elementare Mechanismen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 29-45.
- Schmidt, Christoph M./Weigert, Benjamin (2014): Eurokrise: Erneute Atempause ist kein Grund zum Ausruhen. In: *Wirtschaftsdienst*. Volume 94. Issue 1. S. 28-34.
- Simonis, Georg (2007): Regulationstheorie. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 212-225.
- Sinclair, Timothy (2011): Im Inneren der Weltfinanzkrise: Eine kritische Analyse zum Problem des Interessenkonflikts. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): *Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 183-197.
- Stavrakakis, Yannis/Katsambekis, Giorgos (2014): Left-wing populism in the European periphery: the case of SYRIZA. In: *Journal of Political Ideologies*. Volume 19. Issue 2. S. 119-142.
- Tömmel, Ingeborg (2011): *Die Europäische Union. Governance und Policy-Making*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tracy, James F. (2012): Covering “Financial Terrorism”. In: *Journalism Practice*. Volume 6. Issue 4. S. 513-529.

Trute, Hans-Heinrich/Kühlers, Doris/Pilniok, Arne (2007): Rechtswissenschaftliche Perspektiven. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 240-252.

Young, Brigitte (2011): Der privatisierte Keynesianismus, die Finanzialisierung des ‚alltäglichen Lebens‘ und die Schuldenfalle. In: Kessler, Oliver (Hrsg.) (2011): Die internationale politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15-36.

Young, Brigitte (2014): Finanzialisierung: Neoliberalismus und der deutsche Ordoliberalismus in der EU-Krisenbewältigung. In: Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hrsg.) (2014): Die Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 63-78.

13. Anhang

13.1. Abstract (Deutsch)

Die vorliegende Forschungsarbeit verfolgt das Ziel, bei der medialen Berichterstattung über ein wirtschaftspolitisch komplexes Themengebiet, einerseits Frames zu identifizieren und andererseits die Perspektivität der medialen Berichterstattung aufzuzeigen. Im Fokus der Arbeit steht die Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands. Die Problemdefinition umfasst die langandauernde Schuldenkrise, die in der medialen Öffentlichkeit sehr präsent ist. Ein Ansatzpunkt für das Problem- und Konfliktpotenzial des Themengebiets ist der Wahlsieg des Linksbündnisses *Syriza*, die mit ihrer Politik speziell die Maßnahmen und Reformprogramme der Geberstaaten bzw. der europäischen und internationalen Institutionen, herausfordert, kritisiert und ablehnt. Dementsprechend steht auch der Einfluss dieses Wahlsieges auf die Berichterstattung im Fokus. Der Untersuchungszeitraum umfasst einige Monate vor, und einige nach dem Wahlsieg von *Syriza*. Als Untersuchungsgegenstand wurden die beiden deutschen Leitmedien der überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gewählt, da generell Deutschland bzw. die deutsche Regierung und speziell auch deutsche Printmedien im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands eine besondere Rolle einnehmen.

Die Forschungsarbeit baut im Wesentlichen auf zwei theoretischen Ansätzen auf. Mit der Governance-Theorie werden zentrale Konzepte wie die institutionelle Regulierung von Märkten, Policy-Transfer-Forschung, Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerbspolitik, sowie die Notwendigkeit der Legitimierung von politischer Herrschaft diskutiert. Die Erkenntnisse aus der Governance-Theorie helfen dabei, die inhaltlichen Ergebnisse der eigenen Analyse zu interpretieren. Der Framing-Ansatz ist jene kommunikationswissenschaftliche Perspektive, mit der die Kommunikationsinhalte analysiert und interpretiert werden.

Die empirische Analyse der vorliegenden Arbeit baut dabei auf einem vierstufigen Framing-Konzept auf. Das thematische Framing, im Zuge dessen inhaltliche Kategorien induktiv erhoben und anschließend anhand einer größeren Datenmenge gemessen werden, wird auf einer Mehrebenenanalyse von einem Tendenzframing (wertende Tendenz gegenüber der griechischen Regierung), einem AkteurInnenframing und der Erhebung der fünf Basis-Frames nach Dahinden ergänzt. Zentral für das thematische Framing ist das anschließende Auswertungsverfahren der Faktorenanalyse, mit der latente Variablen berechnet werden können, die im Wesentlichen komplexe Daten auf einfachere Strukturen reduziert.

Insgesamt wurden 30 inhaltliche Kategorien bzw. thematische Perspektiven herausgearbeitet. Diese konnten mit der Faktorenanalyse auf zwölf Frames reduziert werden. Die Ergebnisse der empirischen Analyse zeigen, dass *SZ* und *FAZ* im vorgegebenen Zeitraum durchaus sehr differenziert über die Schuldenkrise Griechenlands berichten und teils sehr konträre bzw. widersprüchliche inhaltliche Kategorien bzw. Perspektiven und Frames auftreten. Insgesamt konnte auf Basis der quantitativen Inhaltsanalyse aber offenbart werden, dass sich die Berichterstattung durch den Wahlsieg von *Syriza* klar verändert hat. Nach dem Wahlsieg von *Syriza* überwiegen insgesamt negative Kategorien und Frames und speziell die neue griechische Regierung wird häufig mit negativen Kategorien in Verbindung gebracht. Im ersten Untersuchungszeitraum kommen vergleichsweise positivere Kategorien häufiger vor und die Austeritätspolitik wird vor dem Wahlsieg vor allem als alternativlos dargestellt. Eine Erkenntnis war auch, dass die Austeritätspolitik durch den Wahlsieg durchaus auch in der Berichterstattung, vor allem politisch, etwas herausgefordert wurde. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch daran, dass der *Konflikt-Frame* im zweiten Untersuchungszeitraum deutlich häufiger anzutreffen war – und der *Wirtschaftlichkeits-Frame* dafür deutlich seltener. Im Vergleich der beiden Zeitungen hat sich die liberalere Ausrichtung der *Süddeutschen Zeitung* und die konservativere Haltung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* grundsätzlich bestätigt.

Signifikante Zusammenhänge der inhaltlichen Kategorien und Frames ergaben sich nicht nur mit den Variablen *Untersuchungszeitraum* und *Zeitung*, sondern vor allem auch mit dem jeweils auftretenden Hauptakteur. Die spannendste Erkenntnis aus dem AkteurInnenframing – speziell in Bezug auf die Policy-Transfer-Forschung und die Legitimierung von politischer Herrschaft aus der Governance-Theorie – war, dass vor allem und in erster Linie die deutsche Regierung jene inhaltlichen Perspektiven und Frames transportiert und vermittelt, die der Austeritätspolitik und der Troika positiv, und *Syriza* bzw. der linken Politik negativ gegenüberstehen.

In Bezug auf den Framing-Ansatz generell und in Bezug auf das journalistische Framing speziell, hat sich gezeigt, dass die JournalistInnen im Kontext der Schuldenkrise Griechenlands zwar eher aktiv als „frame setter“ auftreten, dass aber dennoch vor allem die Kontextualisierung von Standpunkten von einzelnen Akteuren entscheidend ist und oft eine Mischung aus den beiden Arten des journalistischen Framings („frame setting“ und „frame sending“) vorzufinden ist.

13.2. Abstract (Englisch)

The thesis analyzes the coverage of the Greek debt crisis in the German press. As a very complex politico-economic topic, the purpose of the study is to explore different perspectives with regards to content in the coverage. The election of the political party *Syriza* was identified as a key moment, which has the potential to change the discourse over the Greek debt crisis. Previous studies showed that Germany and the German press in particular, played an important role in the construction of a discourse over the Greek debt crisis. Therefore this study analyzed articles of *Süddeutsche Zeitung* and *Frankfurter Allgemeine Zeitung* around the election victory of *Syriza*.

As theoretical framework, and mainly for the contextualization and the interpretation of the results of the study, some key concepts of the Governance-Theory like the institutional regulation of markets, policy-transfer-research, competition politics and the legitimation of political authority are discussed in this master thesis. Also the concept of framing research serves as a key theoretical framework for the study.

The method adopted is a combination of an inductive qualitative and quantitative content analysis, which bases upon a four-level-framing-concept, which integrates a bias-framing, the identification of the main actors within each article and the deductive analysis of the five frames of Dahinden. The key point for the thematically framing is the factor analysis, which aims to identify the frames in the media-coverage.

The study identified over all 30 categories, which show different perspectives of the coverage of the Greek debt crisis. As a result of the factor analysis, these 30 categories could be reduced to 12 frames, which structure the coverage of *Süddeutsche Zeitung* and *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

The results show that the discursive event of the election of *Syriza* changed the coverage of the Greek debt crisis significantly. After *Syriza* took office, over all negative categories occurred more frequently than before. The tendency towards Samaras and the policies of his conservative party were much more positive. Whereas the austerity-policy was presented as without any alternative in the months ahead of the victory of *Syriza*, afterwards political conflicts have been essential in the coverage of *SZ* and *FAZ*. Also the study approved the more liberal leaning of the *Süddeutsche Zeitung* and the economically conservative outlook of *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

The thesis also points to the interrelations between the frames and the main actors, which are mainly responsible for the content of the articles. Against the background of policy-transfer-research and the legitimation of political authority, the results show strong correlations between the German government as main actor, and frames, that present austerity-politics in a positive light, and with frames, that present *Syriza* and the left-wing-policy in a negative light.

Relating to the concept of framing-research, the thesis also points to the active role of journalists as frame setters and the great importance of the contextualization of arguments of certain main actors.

13.3. Codebuch

Das Codebuch besteht laut Früh in der Regel aus vier Teilen: „1. Formale Identifikationskennzahlen für die Analyseeinheiten. 2. Allgemeine Codierhinweise. 3. Kategoriensystem. 4. Kategoriendefinitionen“ (Früh, 2015: 166) Die Konzeption und Ausgestaltung des Codebuchs orientiert sich nun grundsätzlich an Werner Früh (vgl. Früh, 2015: 167ff.).

Projekt

Perspektiven und Frame-Verwendung in der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands rund um den Wahlsieg von Syriza

Einleitung

Die vorliegende Untersuchung will die Themen und Perspektiven der Berichterstattung über die Schuldenkrise Griechenlands im Zeitraum rund um den Wahlsieg von *Syriza* in den deutschen Qualitäts-Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* untersuchen. Dabei werden jene Kategorien anhand des gesamten Untersuchungsmaterials codiert, die vorab in der qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet wurden. Die Analyseeinheit ist der einzelne Zeitungsartikel. Die Codiereinheit ist die einzelne Kategorie bzw. Variable. Die Codiereinheiten bzw. Variablen und die formalen Identifikationszahlen werden im Folgenden aufgelistet.

V_1_ Zeitung: 1=Süddeutsche Zeitung, 2= Frankfurter Allgemeine Zeitung

V_2_ Erscheinungstag: Bsp.: 25.02.2015 (TT.MM.JJJJ)

V_3_ Untersuchungszeitraum: 1= vor dem Wahlsieg von Syriza, 2= nach dem Wahlsieg von Syriza

Thema Schuldenkrise Griechenlands: Definition des relevanten Bedeutungsausschnitts

Das Thema ist dann behandelt, wenn ein Zeitungsartikel explizit über die Schuldenkrise Griechenlands berichtet oder auch implizit die Folgen, Ursachen, etc der Schuldenkrise in Griechenland thematisiert werden. Dabei reicht auch der implizite Charakter der Wirtschafts- und Schuldenkrise in Griechenland, wenn klar ersichtlich ist, dass bspw. wirtschaftliche Kennzahlen in Bezug auf die wirtschaftliche Erholung oder die wieder zunehmende wirtschaftliche Verschärfung, als Folge der Schuldenkrise Griechenlands gemeint sind. Die 29 Kategorien, die im Folgenden aufgelistet werden, zeigen auf, in welchem Rahmen sich der

relevante Bedeutungsausschnitt aus der Berichterstattung bewegt. Wenn zumindest eine dieser 29 Kategorien auf einen Artikel zutrifft, dann ist dieser im Codiervorgang zu berücksichtigen.

Untersuchungsmaterial, Analysezeitraum und Schlagwortketten

Codiert werden alle zutreffenden Artikel der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in den beiden Untersuchungszeiträumen 1. Juni 2014 bis 31. Dezember 2014 und 25. Jänner 2015 bis 25. April 2015. Die Artikel werden mit der APA Onlinemanager Library gesucht. Für die Erfassung aller relevanten Artikel wurden folgende Schlagwortketten erarbeitet:

Erster Untersuchungszeitraum

Syriza ODER "griechische Regierung" ODER (Griechenland UND Schuldenkrise) ODER (Griechenland UND Eurokrise) ODER (Griechenland und Finanzkrise) ODER (Griechenland UND Wirtschaft) ODER (Griechenland UND Sparpolitik) ODER (Griechenland UND Hilfspaket) ODER Tsipras ODER (EZB UND Griechenland) ODER Samaras ODER (Griechenland UND Schuldenschnitt) ODER "griechischer Schuldenschnitt"

Zweiter Untersuchungszeitraum

(Griechenland UND Schuldenkrise) ODER (Griechenland UND Eurokrise) ODER (Griechenland UND Finanzkrise) ODER (Griechenland UND Wirtschaft) ODER (Griechenland UND Sparpolitik) ODER (Griechenland UND Hilfspaket) ODER (EZB UND Griechenland) ODER (Griechenland UND Schuldenschnitt) ODER "griechischer Schuldenschnitt"

Allgemeine Codieranweisungen

CA 1: Die Texte werden nach Äußerungen abgesucht, die in eine der Kategorien des Kategoriensystems passen. Alle im Sinne des Kategoriensystems irrelevanten Äußerungen werden nicht erfasst (vgl. Früh, 2015: 169).

CA 2: Eine Äußerung ist jede grammatisch vollständige Aussage, die einen eigenständigen Bedeutungsgehalt repräsentiert (vgl. Früh, 2015: 169).

CA 3: Jede Kategorie kann pro Artikel nur maximal einmal codiert werden, da mit einer binären Codierung (1=im Artikel vorhanden, 0= nicht im Artikel vorhanden) gearbeitet wird. Ziel ist es ja nicht in erster Linie die absoluten Häufigkeiten von Kategorien in einzelnen Berichten zu ermitteln, sondern die Platzierung von Themen und Perspektiven und wie diese auch gemeinsam in Artikeln vorkommen und welche Muster sich daraus ableiten lassen.

CA 4: Für die Codierung kann oft der Kontext entscheidend sein. Deshalb wird grundsätzlich immer der gesamte Artikel gelesen, bevor mit der Codierung von einzelnen Kategorien angefangen wird. Der Bedeutungsgehalt einer Aussage kann sich durch den gegebenen Kontext im Artikel verändern.

CA 5: Beim Tendenzframing werden ab dem Wahlsieg von *Syriza* (25. Jänner) die Tendenz bezogen auf die Vertreter von *Syriza* bzw. auf die Partei allgemein codiert. Auch wenn die Regierungsbildung in den ersten Tagen noch nicht abgeschlossen ist, so ist nach dem Wahlsieg doch schon relativ sicher, dass *Syriza* Teil der neuen Regierung sein und den Regierungschef stellen wird.

CA 6: Generell ist beim Tendenzframing immer die Tendenz bezogen auf die aktuelle griechische Regierung gemeint. Wenn etwa im Dezember schon Aussagen über mögliche Regierungsvorhaben von *Syriza* getroffen werden, so kann das zwar für das thematische Framing bzw. die Kategorien relevant sein, aber nicht für das Tendenzframing. Dies bezieht sich im ersten Untersuchungszeitraum auf die Regierung von Samaras.

Kategoriensystem

Die inhaltlichen Kategorien bzw. Variablen werden mit 0 (= nicht im Artikel vorhanden) und 1 (= im Artikel vorhanden) einzeln codiert. Die inhaltlichen Kategorien wurden im Zuge der qualitativen Inhaltsanalyse induktiv herausgearbeitet. Der Vollständigkeit halber werden die 29 Kategorien mit der jeweiligen Variablen-Nummer versehen, hier nochmals aufgelistet.

V_4_ **K1**: Ungewisse politische Lage und das drohende Ende der Sparpolitik in Griechenland sorgen für Unruhe auf den Finanzmärkten

V_5_ **K2**: Der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft.

V_6_ **K3**: Die griechische Wirtschaft befindet sich aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Schuldenkrise

V_7_ **K4**: Kritik an den griechischen Regierungen und staatlichen Institutionen vor *Syriza*.

V_8_ **K5**: Der Schuldenschnitt als Option.

V_9_ **K6**: Die konkreten politischen Forderungen der griechischen Regierung bzw. von *Syriza* im Vorfeld der Wahl und bei den Verhandlungen

V_10_ **K7**: Kritik an den Kreditaufgaben, an der Sparpolitik der Troika und Alternativen zur Austeritätspolitik

- V_11_ **K8:** Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise/Schuldenkrise in Griechenland
- V_12_ **K9:** Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands.
- V_13_ **K10:** Die Ursachen für die Griechenlandkrise liegen auch außerhalb Griechenlands.
- V_14_ **K11:** Die Geldpolitik der EZB und die Maßnahmen der Euro-Gruppe als „Retter“ der griechischen Wirtschaft.
- V_15_ **K12:** Kritische Thematisierung der Kreditgeber und Deutschlands im Kontext der Schuldenanhäufung Griechenlands und der Bewältigung der Schuldenkrise
- V_16_ **K13:** Die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung zwischen griechischer Regierung und Geldgeber – ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) hätte fatale wirtschaftliche und soziale Folgen.
- V_17_ **K14:** Der griechischen Regierung ist in den Verhandlungen nicht zu trauen und mindert durch ungewöhnliche Aktionen die Kompromissbereitschaft und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands und die Pläne der Euro-Staaten.
- V_18_ **K15:** Verlängerung des Hilfsprogramms und die Finanzhilfen der EZB sind an Konditionalitäten gebunden.
- V_19_ **K16:** Die Euro-Staaten bzw. Geberländer müssen Griechenland in den Verhandlungen entgegenkommen.
- V_20_ **K17:** Syriza kämpft mit innenpolitischen Problemen.
- V_21_ **K18:** Die Hilfspakete und Reformprogramme haben die Krise nicht verursacht und nicht zur Verschärfung beigetragen.
- V_22_ **K19:** Forderungen von Syriza sind unrealistisch und rechtlich nicht umsetzbar.
- V_23_ **K20:** Forderungen von Syriza sind unzureichend.
- V_24_ **K21:** Ein Grexit wäre für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkräften.
- V_25_ **K22:** Verhandlungen über zeitlichen Aufschub und Reformauflagen sorgen für Streit zwischen Geldgebern und Griechenland.
- V_26_ **K23:** Grexit aus Sicht der Euro-Gruppe keine Option.

V_27_ **K24:** Proteste gegen die Sparpolitik in Griechenland

V_28_ **K25:** Neue griechische Regierung behindert die Reformbemühungen und strapaziert die Solidarität der Europäer.

V_29_ **K26:** Griechische Regierung hat so viel Vertrauen an den Kapitalmärkten zerstört, dass sie ihren Finanzbedarf nicht selbst decken kann.

V_30_ **K27:** Die griechische Regierung lehnt die Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms ab.

V_31_ **K28:** Aus Sicht von Samaras ist kein weiteres Hilfspaket des IWF mehr nötig.

V_32_ **K29:** Die Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der Sparpolitik

Im Zuge des Pretests hinzugefügt: V_33_ **K30:** Notwendigkeit von finanziellen Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit Griechenlands

Tendenzframing

In der zweiten Stufe der Framing-Analyse wird die Tendenz des gesamten Artikels in Bezug auf die griechische Regierung erhoben.

V_34_ Tendenz des Artikels in Bezug auf die griechische Regierung

0= kein direkter Bezug auf die griechische Regierung

1= sehr positiv

2= eher positiv

3= ambivalent

4= eher negativ

5= sehr negativ

6= neutral

Hauptakteur

In der dritten Stufe der Framing-Analyse wird der eine Hauptkommunikator bzw. der eine Hauptakteur identifiziert.

V_35_ Hauptakteur des Artikels

1= Antonis Samaras (Regierungschef vor dem Wahlsieg von Syriza) oder andere griechische Regierungsvertreter im ersten Untersuchungszeitraum

2= Regierungsvertreter anderer EU-Krisenstaaten

3= Alexis Tsipras

4= Yanis Varoufakis

5= Andere Vertreter von Syriza

6= Wolfgang Schäuble

7= Angela Merkel

8= Andere Vertreter der deutschen Regierung

9= Andere Politiker von EU-Staaten

10= Vertreter der Troika (EZB, EU-Kommission und IWF), der Eurogruppe bzw. eine dieser Institutionen

11= Andere Vertreter der EU

12= Finanzmarktakteure wie Investmentbanken, Investoren, Anleger, etc.

13= Wirtschaftsexperten

14= Experten aus anderen Bereichen (exklusive Wirtschaftsexperten)

15= JournalistInnen, Medium, Autoren aus anderen Medien

16= LeserInnenkommentar

99= Keine/Keiner vorhanden/nicht bestimmbar

Basis-Frames

Die Basis-Frames werden mit 0 (= nicht im Artikel vorhanden) und 1 (= im Artikel vorhanden) einzeln codiert.

V_36_Konflikt

V_37_Wirtschaftlichkeit

V_38_Fortschritt

V_39_Moral, Ethik und Recht

V_40_Personalisierung

Kategoriendefinitionen und Indikatorenliste

Für die ausformulierten Kategoriendefinitionen der 29 thematischen Kategorien sei an dieser Stelle an das *Kapitel Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse* verwiesen. Die Definitionen

inklusive einiger Ankerbeispiele sind dort übersichtlich dargestellt. Im Folgenden wird nun – für eine möglichst transparente Offenlegung des Codiervorganges, das Kategoriensystem gemeinsam mit den dazugehörigen Indikatorenlisten, die im Zuge der qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet wurden und die letztlich auch die Kategoriendefinitionen bestimmen und eingrenzen, aufgelistet.

V_4_ K1: Ungewisse politische Lage und das drohende Ende der Sparpolitik in Griechenland sorgen für Unruhe auf den Finanzmärkten

- Ungewisse politische Lage in Griechenland belastet den Euro
- Anstehende Neuwahlen schüren Ängste auf den Finanzmärkten wegen drohendem Ende der Sparpolitik
- Spekulationen um vorgezogene Neuwahlen in Griechenland verunsichern die Investoren und führen zu heftigen Kursstürzen auf den Finanzmärkten
- Zinsen für griechische Staatsanleihen steigen, weil Investoren mit politischen Unsicherheiten rechnen
- Verhandlungen in der griechischen Schuldenkrise haben negative Auswirkungen auf die Börse.

V_5_ K2: Der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft.

- Wirtschaft fehlt es an Wettbewerbsfähigkeit
- Griechische Staatsverschuldung ist nicht nachhaltig
- Nichtbediente Kredite von Privathaushalten und Firmen sind das Problem
- Banken vergeben wegen der Schuldenkrise wenige Kredite an Firmen in Griechenland. Das macht die Wirtschaft verwundbar.

V_6_ K3: Die griechische Wirtschaft befindet sich aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms auf einem guten Weg aus der Schuldenkrise

- Griechenland hat Reformen erbracht und Austerität akzeptiert und kann allmählich die Früchte dieser Reformen ernten.
- Merkel würdigt die Fortschritte Griechenland auf dem Weg aus der Schuldenkrise.
- kann aufgrund der Umsetzung des Reformprogramms von der Regierung Samaras auf leichtes Wachstum hoffen.
- Samaras hatte den Mut zu einer unpopulären Politik fiskalischer und wirtschaftlicher Disziplin.
- Ratingagenturen erhöhen die Bonität Griechenlands aufgrund der besseren finanziellen Lage.
- Griechenland kann sich auf den Finanzmärkten schon wieder frisches Geld von den Investoren holen.
- Nur in den Programmländern – allen voran Griechenland – gab es echte Reformen. Frankreich und Italien wehren sich gegen Reformen.
- Troika rechnet mit einem automatischen Absinken der Schuldenquote

V_7_ **K4:** Kritik an den griechischen Regierungen und staatlichen Institutionen vor Syriza.

- Dringende Reformen wurden nicht umgesetzt
- Griechenland wehrt sich trotz großer finanzieller Hilfe gegen die Reformen (Zeitraum vor Syriza)
- Schuld an fehlender Zukunftsperspektive und Reformschwäche liegt allein bei der politischen Elite des Landes
- Griechenlands Elite ist gescheitert
- Konservative griechische Regierung maßgeblich mitverantwortlich für die Krise und deshalb nicht für die Reformen geeignet.
- Die Aufgabe des Klientelstaates ist das wichtigste für die Zukunft des Landes.
- Die konservative und die sozialistische Partei haben das Land mit einer korrupten Klientelpolitik heruntergewirtschaftet.
- Klientelismus, Reformverweigerung und Verschwendung der griechischen Regierung haben die Krise verursacht

V_8_ **K5:** Der Schuldenschnitt als Option.

- Unkontrollierter Schuldenschnitt würde zu einer Katastrophe für Griechenland führen
- Schuldenschnitt und das Lockern von Reformvorgaben werden aus politischen Überlegungen heraus nicht durchgeführt, weil Kollegen aus anderen Krisenländern auch vom Reformkurs abkommen könnten.
- Schuldenschnitt, den Tsipras als ökonomisches Wundermittel preist, würde Griechenland in Wahrheit gar nicht helfen.
- Ein Schuldenschnitt ist nicht vermittelbar und bringt kurzfristig nichts.
- Die deutsche Regierung schließt einen Schuldenschnitt kategorisch aus.
- Interessenskonflikt zwischen Hilfe gegen Reformen und Schuldenschnitt
- Griechenland braucht einen ausreichenden Schuldenschnitt oder eine Verringerung der Zinslast

V_9_ **K6:** Die konkreten politischen Forderungen der griechischen Regierung bzw. von Syriza im Vorfeld der Wahl und bei den Verhandlungen

- Die griechische Delegation bringt bei den Verhandlungen konkrete Zahlen und Forderungen vor.
- Varoufakis listet Reformen auf, über die sich Griechenland und die europäischen Institutionen einig sind.
- Griechische Regierung gibt konkrete Vorschläge für alternative Finanzierungen
- Linke Politik von Syriza als notwendige Maßnahme
- Die Syriza-Partei ist im Verhältnis zu anderen populistischen Parteien moderat und will das Land im Euro-Raum halten.
- Varoufakis verurteilt die Sparvorgaben und will in der Eurozone bleiben.
- Syriza zeigt sich in Regierungsposition schon moderater.
- Griechische Regierung setzt sich bei den Verhandlungen für die sozial Schwächeren ein.

V_10_ **K7:** Kritik an den Kreditauflagen, an der Sparpolitik der Troika und Alternativen zur Austeritätspolitik

- Wirtschaft kann wegen der hohen Kreditzinsen nicht wettbewerbsfähig werden.
- Sparpolitik allein hilft nicht weiter und hat die Lage verschlimmert
- Sparpolitik trifft die Armen härter als die Reichen
- Die europäische Sparpolitik hat versagt.
- Sparauflagen der Troika haben negative soziale Folgen wie hohe Arbeitslosigkeit – vor allem bei jungen Menschen
- Das zentrale Argument für die Austerität, dass die Staatsschulden für die ökonomischen Probleme in der Eurozone verantwortlich sind, kann widerlegt werden.
- Die europäische Schuldenkrise ist in Wahrheit eine verschleierte Bankenkrise. Die Austerität ist ein Mittel zum Zweck.
- Von der Austeritätspolitik profitiert nur das reichste Drittel und die Finanzinstitutionen. Ungleichheit wird dadurch verstärkt.
- Austerität führt zu schrumpfender Wirtschaft und steigenden Staatsschulden
- Mit einer Weiterführung der Austeritätspolitik droht weitere Verarmung, Deflation und politische Instabilität.
- Austerität als ideologische Haltung, die es den Konservativen erlaubt, den Sozialstaat zu attackieren.
- Politische Fehler in den Jahren der Eurokrise – implizite Kritik an der harten Austeritätspolitik.
- Alternativen zur Austeritätspolitik: Höhere Steuern auf Finanztransaktionen und Vermögen
- Notwendigkeit, die Ökonomie als in gesellschaftliche, politische und normative Kontexte eingebettet zu betrachten.
- Griechische Regierung bezeichnet die finanziellen Ziele der Euro-Länder und Institutionen als unrealistisch. Bsp.: Summe für Privatisierungen
- Kritik am Kapitalismus

V_11_ **K8:** Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise/Schuldenkrise in Griechenland

- Hohe Arbeitslosigkeit in Griechenland
- Soziale Probleme – Arbeitslosigkeit von 25 Prozent.
- Fünf Krisenjahre hinterlassen soziales Elend
- Soziale und persönlich negative Folgen der Krisenjahre
- Gabriel weist auf die schwierige soziale Situation der griechischen Bevölkerung hin.
- In Griechenland sind besonders viele von Armut bedroht.

V_12_ **K9:** Notwendigkeit von Troika, Sparprogrammen, Reformauflagen und Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit und Liquidität Griechenlands.

- Griechenland braucht ein drittes Hilfspaket.
- Finanzielle Befreiung Griechenlands aus dem Hilfnetz würde Finanzmärkte unruhig machen.
- Für die Euro-Zone ist es überlebenswichtig, Griechenland unter Kontrolle zu behalten.

- Euro-Gruppe will ein drittes Hilfspaket für Griechenland
- Investoren zweifeln an der Refinanzierbarkeit Griechenlands, wenn es vorzeitig auf internationale Hilfen verzichtet
- Die EU will Griechenland weiter mit Hilfsprogrammen unterstützen
- Griechenland ist zu schwach, um schon bald wieder auf eigenen Beinen stehen zu können, weil die Refinanzierung zu teuer ist.
- Griechenland braucht europäische Hilfe, um sich neu aufzustellen.
- Griechenland hat keine andere Wahl, als ein weiteres Hilfsprogramm zu beantragen, wenn sie Mitglied der Euro-Zone bleiben wollen.
- Griechenland hat nur mit der Umsetzung der Reformauflagen eine Chance.
- Griechenland soll Eigenverantwortung für Reformen übernehmen
- Erleichterung der Kreditkonditionen sind keine Option
- Investoren sehen einen vorzeitigen Rückzug Griechenlands aus dem europäischen Rettungsprogramm skeptisch
- Nationale Parlamente der Geberländer könnten den Antrag auf ein neues Hilfsprogramm ablehnen. Syriza einfach nachzugeben birgt die Gefahr von Aufständen in wirtschaftlich soliden Ländern

V_13_ **K10:** Die Ursachen für die Griechenlandkrise liegen auch außerhalb Griechenlands.

- Aufnahme Griechenlands in die Eurozone war ein Fehler. Haushaltslügen waren den meisten bewusst
- Die Wurzeln der Krise liegen im Privatsektor. Die Banken wurden von den Regierungen gestützt.
- War es ein Fehler, Griechenland zu diesem Zeitpunkt in die Eurozone aufzunehmen?
- EU ist mit Schuld an Griechenlandkrise. Die kleinen Bürger zahlen für die oberste Schicht.
- Europa muss aufhören, Steuergelder in Banken zu pumpen, während die Bevölkerung leidet und braucht einen Plan B.
- Die Griechen schulden privaten Banken und dem Finanzsektor Geld und nicht Deutschland oder den Deutschen

V_14_ **K11:** Die Geldpolitik der EZB und die Maßnahmen der Euro-Gruppe als „Retter“ der griechischen Wirtschaft.

- Geldpolitik der EZB verschafft griechischen Banken besseren Zugang zu Krediten und hält den Euro-Raum finanzpolitisch zusammen
- Der Euro steigt nach der Wahl der Syriza - gleichzeitig gab es aber auch das quantitative Easing der EZB
- Hoffnung auf EZB-Hilfen stärkt griechische Anleihen
- Euro-Partner ermöglichen Verhandlungen durch Einlenken und Bereitschaft für neue Finanzierungs-Verhandlung.

V_15_ **K12:** Kritische Thematisierung der Kreditgeber und Deutschlands im Kontext der Schuldenanhäufung Griechenlands und der Bewältigung der Schuldenkrise

- Schutz von korrupten Eliten in Griechenland durch Kreditgeber
- Deutschland profitiert von der Verschuldung anderer Euro-Länder
- Wenn die Griechen unter Tsipras mit der Korruption aufräumen, die Klientelpolitik abschaffen und die Oberschicht besteuern, sollen ihnen die Deutschen im Kompromiss entgegenkommen.
- Die deutsche Regierung muss ihre Strategie an die Realität, dass es den Menschen in Griechenland immer schlechter geht, anpassen.
- Kritik an der deutschen Position in der Austeritätspolitik

V_16_ **K13:** Die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung zwischen griechischer Regierung und Geldgeber – ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) hätte fatale wirtschaftliche und soziale Folgen.

- Mit dem Auslaufen des EU Hilfsprogramms am 28. Februar droht die Pleite.
- Das Auslaufen des griechischen Hilfsprogramms am 28. Februar 2015 wäre für beide Seiten verheerend.
- Auslaufen des Hilfsprogramms und Nothilfe durch die EZB würde dazu führen, dass griechische Bürger ihre Konten leerräumen.
- Ein Ende der Hilfskredite würde das Ende der Reform- und Sparanstrengungen der griechischen Bevölkerung bedeuten.
- Auslaufen des Hilfsprogramms würde das Vertrauen in den Euro schwächen und den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone zur Diskussion stellen.
- Griechenlands Austritt würde Vertrauen in die europäische Wirtschaft schwächen
- Griechenland aus dem Euro zu werfen ist keine Option, weil das Land bankrott gehen würde und dies fatale wirtschaftliche und soziale Folgen hätte.
- Ein Grexit hätte für die griechische Wirtschaft verheerende Folgen.
- Es muss alles getan werden, um die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu vermeiden.

V_17_ **K14:** Der griechischen Regierung ist in den Verhandlungen nicht zu trauen - sie mindert durch ungewöhnliche Aktionen die Kompromissbereitschaft und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität Griechenlands und die Pläne der Euro-Staaten.

- Griechische Regierung agiert in den Verhandlungen aus innenpolitischen Überlegungen heraus.
- Die griechische Regierung hat ein fundamental falsches Verständnis von der EU und schert sich nicht um Recht und Gesetz.
- Syriza nutzt das Europa-Engagement für Erpressung.
- Universitäre Denkübnungen von Varoufakis lassen europäische Realpolitiker verzweifeln und mindern die Kompromissbereitschaft.
- Plötzliche Meinungswechsel der griechischen Regierung mindern die deutsche Kompromissbereitschaft.
- Die griechische Regierung erschwert mit immer neuen Vorschlägen die Verhandlungen.
- Syriza begreift die Ursachen für die Schuldenkrise nicht
- Griechische Regierung sucht nach Druckmitteln gegenüber den Partnerländern.

- Griechische Regierung versucht mit politischen Manövern von der Verwirklichung von Reformen abzulenken.
- Griechische Regierung droht mit Neuwahl oder Referendum
- Varoufakis äußert sich bewusst mehrdeutig und widersprüchlich.
- Da der griechischen Regierung nicht zu trauen ist, müssen zuerst Fakten geschaffen werden, und danach kann das Geld überwiesen werden.
- Linke Regierungspolitik führte in der Euro-Zone schon in Zypern schon zum wirtschaftlichen Desaster.
- Konservative schüren Angst vor dem Absturz mit Syriza.
- Die griechische Regierung will das Steuergeld anderer Länder ohne Auflagen ausgeben.

V_18_ **K15:** Verlängerung des Hilfsprogramms und die Finanzhilfen der EZB sind an Konditionalitäten gebunden.

- Die Euro-Partner beharren darauf, dass Griechenland ein Reformprogramm umsetzt
- Finanzhilfen der EZB gibt es nur gegen Zugeständnisse aus Athen.
- EZB knüpft die Refinanzierung des griechischen Finanzsystems an die Einigung auf ein Anpassungsprogramm.
- Ausstehende Kredite aus dem Hilfsprogramm werden nur ausgezahlt, wenn die Reformauflagen erfüllt werden
- Euro-Partner knüpfen die Zusammenarbeit mit Griechenland an Bedingungen bzw. Reformauflagen.
- Hilfskredite fließen nur dann, wenn sie im Gegenzug Reformen einleiten
- Griechenland kann die Kreditbedingungen nicht einseitig ändern.
- Partner-Euroländer drängen auf schnelle Verwirklichung der Wirtschaftsreformen.

V_19_ **K16:** Die Euro-Staaten bzw. Geberländer müssen Griechenland in den Verhandlungen entgegenkommen.

- Deutsche Regierung verschärft durch harte Reaktion bei Verhandlungen den Konflikt.
- Es liegt an Deutschland, für konjunkturstützende Maßnahmen in Europa zu sorgen. Sonst sind Reformenerfolge in Griechenland umsonst.
- Deutschland soll der griechischen Regierung in den Verhandlungen entgegen kommen

V_20_ **K17:** Syriza kämpft mit innenpolitischen Problemen.

- Angekündigte mögliche Fortsetzung des Reformprogramms dürfte auf Widerstand in eigener Partei stoßen.
- Die Glaubwürdigkeit der griechischen Regierung ist angeschlagen
- Syriza ist innenpolitisch angeschlagen.

V_21_ **K18:** Die Hilfspakete und Reformprogramme haben die Krise nicht verursacht und nicht zur Verschärfung beigetragen.

- Deutschland verdient nicht an den hohen Zinsen. Das Ausfallrisiko ist hoch.

V_22_ **K19:** Forderungen von Syriza sind unrealistisch und rechtlich nicht umsetzbar.

- Die Vorschläge von Varoufakis sind weder umsetzbar, noch sinnvoll, weil auch rechtlich nicht umsetzbar.

V_23_ **K20:** Forderungen von Syriza sind unzureichend.

- Vorschläge der griechischen Regierung werden als unzureichend angesehen.
- Reformprogramme sind den griechischen Bürgern durchaus zuzumuten.
- Griechische Regierung muss die Reichen des Landes an der Finanzierung beteiligen.
- Die Euro-Staaten bzw. Geberländer sind der griechischen Regierung schon weit entgegen gekommen.

V_24_ **K21:** Ein Grexit wäre für die Gemeinschaftswährung und das Finanzsystem zu verkräften und die Verhandlungen beeinflussen die Stabilität der Finanzmärkte nicht.

- Die Turbulenzen der Griechenland-Verhandlungen beeinflussen die Stabilität des Euro nicht.
- Grexit hat für viele Investoren an der Börse seinen Schrecken verloren
- Austritt Griechenlands aus der Eurozone als Option.
- Plan B für Griechenland, weil sie ein Negativbeispiel für die Gemeinschaft darstellen.
- Grexit zwar rechtlich möglich, aber teuer für die europäischen Steuerzahler.

V_25_ **K22:** Verhandlungen über zeitlichen Aufschub und Reformauflagen sorgen für Streit zwischen Geldgebern und Griechenland.

- Appell an beide Seiten, logisch und nicht ideologisch zu handeln.
- Der Umgangston in den Verhandlungen wird mit dem Regierungswechsel rauer werden.
- Von Varoufakis, einem entschiedenen Gegner der Sparpolitik, wird ein hartes Auftreten gegenüber den Geldgebern erwartet.
- Das Leiden des deutsch-griechischen Verhältnisses und das Bemühen, Stereotype abzubauen.

V_26_ **K23:** Grexit aus Sicht der Euro-Gruppe keine Option.

V_27_ **K24:** Proteste gegen die Sparpolitik in Griechenland

V_28_ **K25:** Neue griechische Regierung behindert die Reformbemühungen und strapaziert die Solidarität der Europäer.

- Die neue griechische Regierung hat die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Situation im Keim erstickt.
- Die Geduld und Bereitschaft zur Solidarität mit Griechenland neigen sich dem Ende zu.

- Das Thema Privatisierung wird von der griechischen Regierung viel zu nachrangig behandelt. Die Regierung verpasst es, internationales Kapital anzulocken.

V_29_ **K26:** Griechische Regierung hat so viel Vertrauen an den Kapitalmärkten zerstört, dass sie ihren Finanzbedarf nicht selbst decken kann.

V_30_ **K27:** Die griechische Regierung lehnt die Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms ab.

- Griechenland will kein drittes Hilfspaket und fürchtet weitere Auflagen und Kontrollen.
- Griechische Regierung (Samaras) will die Kontrolleure loswerden.

V_31_ **K28:** Aus Sicht von Samaras ist kein weiteres Hilfspaket des IWF mehr nötig.

- Samaras will einen Reformplan vorlegen, um nach der Beendigung der IWF-Maßnahmen den Reformweg fortzuführen.

V_32_ **K29:** Die Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der Sparpolitik

- Die Wut und Empörung der griechischen Bevölkerung gegen die Verantwortlichen
- Griechische Regierung und Bevölkerung akzeptieren die Reformauflagen nicht und suchen die Schuld im Ausland.

V_33_ **K30:** Notwendigkeit von finanziellen Hilfsprogrammen für die Überlebensfähigkeit Griechenlands

Tendenzframing

0= kein direkter Bezug auf die griechische Regierung wird codiert, wenn die griechische Regierung nicht explizit Teil des Bedeutungsgehalts des Artikels ist. Dies ist etwa bei Artikeln der Fall, die auf rein wirtschaftliche Kennzahlen zur griechischen Wirtschaft fokussieren. Diese Artikel fallen, wenn ein zumindest impliziter Bezug zur Schuldenkrise gegeben ist, zwar in das Untersuchungsmaterial für die vorliegende Studie, ein Bezug zur griechischen Regierung muss dabei aber nicht notwendigerweise gegeben sein.

1= sehr positiv wird codiert, wenn in Bezug auf die griechische Regierung nur positive Aspekte angeführt sind. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Akteure, die in den Berichten auftreten, die aktuelle Politik der griechischen Regierung loben und die positiven Auswirkungen dieser Politik herausstreichen.

„Falls Samaras Strategie aufgehe, könne dies ein Durchbruch für Griechenland sein, schreibt Holger Schmieding, Chefvolkswirt bei Berenberg, in einem Marktkommentar. Griechenland habe mehr Reformen

erbracht und mehr Austerität akzeptiert als jedes andere westliche Land außerhalb von Kriegen und brauche Zeit, um die Früchte seiner Reformen zu ernten.“ (FAZ 10. Dezember 2014: 23)

2= *eher positiv* wird codiert, wenn zwar sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen, die positiven Aspekte aber überwiegen.

3= *ambivalent* wird codiert, wenn sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen

Dies trifft etwa dann zu, wenn die Standpunkte von verschiedenen Akteuren in Bezug auf die aktuelle griechische Regierung thematisiert werden und diese unterschiedliche, aber insgesamt etwa gleichermaßen ausgewogen repräsentierte positive und negative Aspekte enthalten.

Negativ: *„Tsipras sagte nach dem zweiten Wahlgang, Samaras habe keinen Blankoscheck mehr, die Austeritätspolitik mit der Kürzung der Renten, der Erhöhung der Preise für Medikamente und dem Plündern der Gesellschaft fortzusetzen.“ (FAZ, 24. Dezember 2014: 4)*

Positiv: *„Der unabhängige Abgeordnete Vassilis Ekonomou sagte, die Politik von Samaras zur Herstellung eines Konsenses sei erfolgreich; er selbst habe am Dienstag für Dimas gestimmt.“ (FAZ, 24. Dezember 2014: 4)*

Da die beiden Argumentationen in diesem Artikel vom 24. Dezember 2014, als noch die Vorgängerregierung von Syriza im Amt war, ausgewogen dargestellt werden, ist in diesem Fall *ambivalent* zu codieren.

4= *eher negativ* wird codiert, wenn zwar sowohl positive als auch negative Aspekte vorkommen, die negativen Aspekte aber überwiegen.

5= *sehr negativ* wird codiert, wenn in Bezug auf die griechische Regierung nur negative Aspekte angeführt sind.

„Die Schlussfolgerung, ein durch nationale Wahlen legitimiertes politisches Programm stehe über dem europäischen Recht, zeugt von einem fundamental falschen Verständnis der EU als Vertragsgemeinschaft. Wie wenig den Ökonomen Varoufakis Recht und Gesetz scheren, zeigt sein Vorschlag (...)“ (SZ, 18. Februar 2015: 4)

In dieser Textpassage aus dem Februar 2015 wird explizit das politische Programm und zusätzlich noch der Finanzminister persönlich negativ dargestellt.

6= *neutral* wird codiert, wenn objektiv und ohne wertenden Charakter über die griechische Regierung berichtet wird, ohne subjektive Meinungen zu integrieren.

In Griechenland gibt es einen Machtwechsel. Das Linksbündnis Syriza unter der Führung des 40-jährigen Alexis Tsipras gewann die vorgezogene Parlamentswahl am Sonntag nach ersten offiziellen Hochrechnungen klar. (SZ, 26. Jänner, 2015: 1)

Kontext dieses Ankerbeispiels ist der Wahlsieg von Syriza. In dem Bericht werden generell grob die Forderungen der neuen Regierungspartei präsentiert, ohne dabei Wertungen vorzunehmen oder subjektive Meinungen von Akteuren einzubinden.

Hauptakteur

Für die Liste der Hauptkommunikator erscheint an dieser Stelle keine weitere Kategoriendefinitionen erforderlich, da die Abgrenzbarkeit zwischen den einzelnen Codiermöglichkeiten ohnehin schon klar gegeben ist.

Basis-Frames

Konflikt

„Tsipras hat nach Umfragen gute Chancen, die Samaras-Partei bei einer Wahl zu überholen. Der Wahlkampf in Griechenland hat schon begonnen. Tsipras verdankt seine Popularität dem höchst unbeliebten Spar- und Reformprogramm, das die Regierung unter dem Druck ihrer Geldgeber seit 2012 umzusetzen versucht. Während Samaras Erfolge bei der Etatsanierung hervorhebt, zeigt Tsipras auf soziale Härten.“ (SZ, 17. Oktober 2014: 17)

Der Basis-Frame Konflikt tritt – wie dieses Ankerbeispiel illustriert – etwa auf, wenn der Konflikt zwischen der wirtschaftlichen Etatsanierung und den negativen sozialen Auswirkungen der Sparpolitik thematisiert wird. Dabei besteht etwa ein Interessenskonflikt zwischen den Interessen der Gläubiger und jenen der Menschen, die von den Sparprogrammen betroffen sind.

Wirtschaftlichkeit

Der Basis-Frame Wirtschaftlichkeit wird immer dann codiert, wenn die griechische Wirtschaft thematisiert wird – etwa der schlechte Zustand der griechischen Wirtschaft, das Wirtschaftswachstum, die Kreditzinsen auf den Finanzmärkten oder andere wirtschaftliche Kennzahlen. Da der untersuchte Themenkomplex Schuldenkrise Griechenlands den wirtschaftlichen Aspekt ja fast schon per definition mit einschließt, ist wohl davon auszugehen, dass die meisten Artikel unter anderem auch den Basis-Frame Wirtschaftlichkeit beinhalten. Denkbar wäre etwa aber auch, dass nur die sozialen Folgen der Schuldenkrise thematisiert werden. In diesem Fall, wenn nicht näher auf wirtschaftliche Zusammenhänge oder Aspekte

eingegangen wird, dann wäre in diesem Fall auch nicht der Basis-Frame Wirtschaftlichkeit zu codieren.

Fortschritt

„Eine neue Studie zeigt: Das Land braucht nicht nur mehr Geld, sondern auch eine neue Zivilgesellschaft“ (FAZ, 11. März 2015: 17)

Dieser Basis Frame wird codiert, wenn ein Bericht auf neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien aufbaut und dementsprechend argumentiert wird.

Moral, Ethik und Recht

„Es gibt Streit darüber, ob es sich um eine geeignete und rechtlich zulässige geldpolitische Maßnahme handelt. Jenseits dessen verdient die Frage Aufmerksamkeit, wer für Verluste aus solchen Geschäften haftet.“ (FAZ, 11. Februar 2015: 16)

Im hier angeführten Ankerbeispiel werden die geldpolitischen Maßnahmen der EZB aus rechtlicher Perspektive thematisiert.

Personalisierung

„Dessen markanter Kopf erinnert an den US-Schauspieler und Kojak-Darsteller Telly Savalas, der eigentlich Aristotelis hieß und auch ein Grieche war. In der Rolle als EU-Umweltkommissar hat Dimas einst gute Figur gemacht, weshalb es sogar der radikallinken Opposition schwerfällt, dem Konservativen die Eignung für das überwiegend zeremonielle Amt abzusprechen. Dimas sei ein "offener Mensch", ließ Alexis Tsipras' Partei Syriza wissen.“ (SZ, 11. Dezember 2014: 4)

Der Basis-Frame Personalisierung ist zu codieren, wenn ein persönliches Porträt dargestellt wird oder auch wenn generell aus einer personalisierten Betroffenheit heraus dargestellt wird.

Grenzfälle

Wenn in einem Artikel von einem Akteur angesprochen wird, dass alles dafür getan werden muss, um die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu vermeiden, dann beinhaltet diese Aussage grundsätzlich gleich zwei wesentliche Kernaussagen, die auch die Codierung von zwei unterschiedlichen Kategorien nach sich ziehen. Einerseits wird damit die Notwendigkeit der Hilfsprogramme (K9) und andererseits auch implizit die drohenden Folgen bei einer Nicht-Einigung (K13) angesprochen, wenn dies im Kontext von Problemen in den Verhandlungen rund um die Verlängerung von Hilfsprogrammen thematisiert wird.

Ein Grenzfall besteht zwischen **K 25: Die griechische Regierung behindert die Reformbemühungen und strapaziert die Solidarität der Europäer** und **K27: Die Griechische Regierung lehnt die Konditionalitäten des gegenwärtigen Rettungsprogramms ab**. K25 wird codiert, wenn in einer Art und Weise berichtet wird, die suggeriert, dass die griechische Regierung destruktiv Reformbemühungen behindert. Dagegen ist K27 zu codieren, wenn konkret thematisiert wird, dass die griechische Regierung die Konditionalitäten des Rettungsprogramms ablehnt bzw. wenn diese Ablehnung begründet dargestellt wird. Beispielsweise wird berichtet, dass die griechische Regierung diese konkreten Reformen, die von den Geldgebern als Bedingungen für die weitere Auszahlung von Hilfskrediten gegeben werden, aufgrund von konkreten negativen Auswirkungen abgelehnt werden. K25 dagegen impliziert den Vorwurf, dass die griechische Regierung grundsätzlich und destruktiv die Reformpläne ablehnt. Folgendes Ankerbeispiel illustriert einen Grenzfall:

„Weil Athen erneut konkrete Reformzusagen verweigerte, unterbrachen die EU-Kommission, die EZB und der Internationale Währungsfonds (IWF) ihre Gespräche mit der Regierung vorerst.“ (SZ, 20.03.2015: 1)

In diesem konkreten Fall wurde K25 codiert, weil hier gerade der Bezug auf die Verweigerung von konkreten Reformen einen destruktiven Charakter dieser Ablehnung suggeriert. K27 wäre zu codieren gewesen, wenn die Ablehnung entweder begründet gewesen wäre oder aber spezifische Reformen, die von der Regierung abgelehnt werden, dargestellt worden wären.

Leichte Überschneidungen zwischen **K7** und **K9** könnte darauf zurückzuführen sein, dass zwar einerseits durchaus eine Notwendigkeit von Hilfsprogrammen in der einen oder anderen Form angesprochen wird, aber gleichzeitig auch Kritik an der bisher durchgeführten Austeritätspolitik geübt wird. Also eine solche Korrelation könnte durchaus auch bei ein und demselben Akteur auftreten.

Ad K10: Die Ursachen für die Griechenlandkrise liegen auch außerhalb Griechenlands:

Darunter fallen auch Berichte, die generelle strukturelle Probleme und Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone thematisieren – etwa, dass die Geldpolitik der EZB gar nicht für alle Staaten der Währungsunion passend sein kann, da sich die Wettbewerbsfähigkeit und Struktur der Wirtschaft stark unterscheiden. Dies impliziert, dass dieser Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Volkswirtschaften zu einer Währungsunion sehr krisenanfällig ist. Für die Codierung von K10: Die Ursachen für die Griechenlandkrise liegen auch außerhalb Griechenlands ist es deshalb nicht zwingend erforderlich, dass explizit auf die Ursachen für die

Griechenlandkrise eingegangen wird. Die Thematisierung der strukturellen Ungleichgewichte impliziert diese mannigfaltigen Ursachen für die Schuldenkrise.